



Türken wählen „links“ in Deutschland, und „rechts“ in der Türkei.

Innenansichten aus Erdoganistan
SEITE 24

Friedenauer Gemeinschaftsschule: „judenrein“?
Offener Brief von Gerd Buurmann an die Eltern der Friedenauer Gemeinschaftsschule
SEITE 3



Die Werteinitiative jüdischer Bürger zur Bundestagswahl

Acht wichtige politische Standpunkte
SEITE 20



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



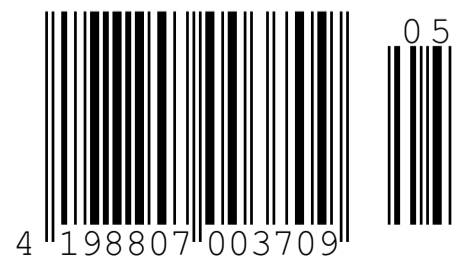
Liebe Leserinnen und liebe Leser,
In dem ausklingenden Monat April wurden weltweit zwei große globale Feste begangen, die beide in engem Zusammenhang mit der Geschichte des jüdischen Volkes verbunden sind.

Sowohl das jüdische Pessachfest als auch das christliche Osterfest belegen – so unterschiedlich sie auch in ihrem Sinngehalt sein mögen – in herausragender Weise die historische Legitimation des jüdischen Volkes auf seine ungeteilte jüdische Hauptstadt Jerusalem und den auf Jahrtausende altem jüdischen Boden wieder neu entstandenen Staat Israel.

Durch die am Ende des Pessach-Exodus vor über 3.000 Jahren mit dem jüdischen Königreich begründete Eigenstaatlichkeit der Juden stellt das im letzten Jahrhundert auf altem Staatsgebiet wiedergeborene Israel das historisch am längsten legitimierte existierende Staatswesen nicht nur in der Region dar. Das dem jüdischen Religionsstifter gewidmete christliche Osterfest beweist den legitimen Anspruch des jüdischen Volkes auch auf seine letztmalig im Jahre 1967 aus brutaler arabischer Okkupation befreiten Ostteile seiner uralten Hauptstadt Jerusalem sowie der historischen Gebiete Galiläas, Samarias und Judäas. Zahlreiche zeitgenössische Quellen benennen neben der Hauptstadt Jerusalem genau diese Gebiete mit ihrer jüdischen Ortschaften Betlehem, Nazareth, Hebron, Jericho und anderen mehr als heimatliche Wirkungsstätten des Juden Jesus. Auch die begriffliche Identität belegt die unauflösbare Verbindung des jüdischen Volkes zu seiner ihm durch arabische Eroberungen strittig gemachten Heimat. Judäa ist das Land der Juden und Juden sind die Bewohner Judäas. So war es, so ist es und so wird es bleiben.

Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande
4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Der gewollte Eklat des Sigmar Gabriel



JOHANNES EISELE/AFP

Von Alex Feuerherdt

Der deutsche Außenminister sorgt in Israel für einen Affront – doch angelastet wird er in den Medien nicht ihm, sondern dem israelischen Premierminister. Genau das war das Kalkül von Sigmar Gabriel. Dass Benjamin Netanjahu gute Gründe hatte, das Treffen mit ihm ausfallen zu lassen, wird gezielt ausgeblendet.

Dass der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu sein vorgesehene Treffen mit dem deutschen Außenminister Sigmar Gabriel bei dessen Antrittsbesuch in Israel kurzfristig abgesagt hat, wird in deutschen Medien beinahe unisono als „Eklat“ bezeichnet. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im Februar dieses Jahres ihre für Mai geplante Reise in den jüdischen Staat stornierte, weil ihr ein die israelischen Siedlungen betreffendes Gesetz nicht passte, fiel dagegen niemandem diese Vokabel ein. Doch das nimmt nicht wunder, denn für einen Eklat sorgt selbstverständlich immer nur die israelische Seite: Sei es, dass sie Wohnungen auf umstrittenem Gebiet bauen lässt, sei es, dass sie keinen Bedarf hat, sich mit einem europäischen Politiker zusammzusetzen, der vorher Vertreter von NGOs trifft, die den israelischen Staat dämonisieren und dafür größtenteils aus dem Ausland finanziert werden, vor allem von europäischen Regierungen und (quasi-)staatlichen Einrichtungen aus Europa.

Für einen Eklat hält man es in Deutschland auch nicht, wenn Sigmar Gabriel auf seiner Facebook-Seite schreibt, Israel habe in Hebron ein „Apartheid-Regime“ installiert. Oder wenn er Machud Abbas auf Twitter als seinen „Freund“ bezeichnet. Jenen Abbas, der auf Einladung des damaligen EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz – Parteigenosse von Gabriel und Kanzlerkandidat der SPD – im EU-Parlament eine Rede hielt, in der er die uralte antisemitische Lüge auftischte, die Juden vergifteten die Brunnen. (Eine Rede, die Schulz übrigens „anregend“ fand.) Jenen Abbas, der in seiner Dissertation den Holocaust geleugnet und in einem weiteren Buch eine „Kooperation der Juden mit den Nazis“ erfunden hat. Jenen Abbas, der in einem „palästinensischen“ Staat „keinen einzigen Israeli“ sehen will. Jenen Abbas, der sich mittlerweile im zwölften Jahr seiner vierjährigen Amtszeit befindet, also über keinerlei demokratische Legitimation mehr verfügt.

Nein, ein Eklat liegt erst dann vor, wenn der israelische Regierungschef eine Zusammenkunft mit dem deutschen Minister abbläst, weil dieser sich unbedingt mit fundamentaloppositionellen Organisationen treffen will. Konkret geht es um Breaking the Silence (BtS) und B'Tselem. Dass es sich dabei nicht bloß um harmlose NGOs handelt, ist in den Medien kein Thema – dabei müsste es für aufrichtige Journalisten eigentlich eines sein. Breaking the Silence etwa versucht seit Jahren

mithilfe aufsehenerregender, aber anonymer Berichte von Soldaten, der israelischen Armee allerlei Missetaten bis hin zu Kriegsverbrechen nachzuweisen. In Europa trifft die Gruppe deshalb auf große Sympathie. Im vergangenen Sommer erschütterte jedoch ein Fernsehfilm das höchste Gut dieser zu fast zwei Dritteln aus Europa finanzierten NGO, nämlich ihre Glaubwürdigkeit. Denn viele der Berichte sind entweder nachweislich unwahr oder lassen sich nicht verifizieren.

Breaking the Silence: Erschütterte Glaubwürdigkeit

Zu diesem Ergebnis kam ein Beitrag in der Fernsehsendung HaMakor („Die Quelle“), dessen Autoren selbst mit BtS sympathisieren und von der Organisation ausnahmsweise Zugang zu deren Allerheiligstem bekommen hatten, nämlich zu den Quellen. Zehn davon durften die Reporter nach dem Zufallsprinzip auswählen und überprüfen. Was sie herausfanden, legten sie in einem siebzugminütigen TV-Beitrag dar: Zwei Zeugenaussagen erwiesen sich als rundweg falsch, zwei weitere stimmten nur teilweise – es fehlten entscheidende Details, zudem enthielten sie Übertreibungen oder irreführende Titel. Weitere vier Stellungnahmen konnten nicht verifiziert werden, obwohl HaMakor mit den Urhebern gesprochen hatte. Lediglich zwei Berichte stellten sich als wahr und nicht irreführend heraus.

Der gewollte Eklat des Sigmar Gabriel

Selbst vor mancher Räuberpistole schreckt Breaking the Silence nicht zurück. So behauptete beispielsweise Yehuda Shaul, einer der führenden Köpfe von BtS, dass Siedler das Trinkwasser einer „palästinensischen“ Ortschaft im Westjordanland mit Kadavern von Hühnern vergiftet hätten, weshalb die Bevölkerung für mehrere Jahre evakuiert worden sei und erst kürzlich habe zurückkehren können. An der Geschichte stimmt nachweislich nichts, was arabische und „palästinensische“ Medien allerdings nicht davon abhielt, sie aufzugreifen und zu verbreiten. Das „palästinensische“ Außenministerium entwickelte sie sogar weiter und behauptete im Juni des vergangenen Jahres, es gebe einen Rabbi namens Shlomo Melamed, der dem Rat der Rabbiner im Westjordanland vorstehe und den Siedlern die Erlaubnis gegeben habe, das „palästinensische“ Trinkwasser zu vergiften. Genau dieses antisemitische Märchen erzählte Mahmud Abbas schließlich dem EU-Parlament.

Aus Europa finanzierte NGOs zur Dämonisierung Israels

Auch die israelische NGO B'Tselem sollte äußerst kritisch gesehen werden. Sie verunglimpft Israel als „Apartheidstaat“ und hat ihm in der Vergangenheit auch vorgeworfen, Nazimethoden anzuwenden. Unlängst geriet die Vereinigung in die Kritik, weil einer ihrer Aktivisten dem amerikanisch-israelischen Publizisten Tuvia Tenenbom vor laufender Kamera sagte, der Holocaust sei „eine Lüge“ und „eine Erfindung der Juden“. B'Tselem dementierte die Äußerung zunächst, dann erfolgte eine halbherzige Distanzierung und schließlich die Ankündigung, sich von dem Mitarbeiter zu trennen. Für Aufsehen sorgte auch der Versuch eines „palästinensischen“ Mitarbeiters

von B'Tselem, gemeinsam mit einem israelischen Aktivist einen Araber, der im Westjordanland privaten Grundbesitz an Juden verkaufen wollte, in eine Falle zu locken. Dort wäre er von „palästinensischen“ Sicherheitskräften festgenommen worden, und ihm hätte die Todesstrafe droht.

„Brot für die Welt“ schenkte der Organisation 480.000 Euro

Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst unterstützte die Organisation – die einen Großteil ihres Budgets aus Europa erhält – zwischen 2012 und 2014 mit Zuschüssen von insgesamt rund 480.000 Euro. Damit ist diese nicht zuletzt aus staatlichen Zuschüssen finanzierte kirchliche Einrichtung einer der Hauptförderer.

In Deutschland und Europa firmieren israelische NGOs wie Breaking the Silence und B'Tselem bevorzugt als regierungskritische, zivilgesellschaftliche Menschen- und Bürgerrechtsvereinigungen, die mit sozialen Projekten versuchten, zur Verständigung von Israelis und „Palästinensern“ beizutragen. Tatsächlich beteiligen sie sich jedoch an Kampagnen zur Dämonisierung und Delegitimierung des jüdischen Staates – mit großzügiger finanzieller Unterstützung von europäischen Regierungen und staatsnahen europäischen Organisationen. Diese Gelder fließen nach dem Motto: Wenn die bockbeinige israelische Regierung nicht so will, wie man das in Europa für richtig hält, pumpt man eben Millionen in Vereinigungen, die vor Ort an der Unterminierung jüdischer Souveränität arbeiten. Nimmt die israelische Regierung das nicht einfach hin, halten Politik und Medien das

in vollständiger Verkehrung der Realität für einen Skandal.

Ein kalkulierter Affront – von Gabriel

Dabei besteht der Affront in Wirklichkeit darin, dass ein deutscher Außenminister fundamentaloppositionellen Vereinigungen unbedingt seine Aufwartung machen wollte. So etwas tun westliche Diplomaten normalerweise nur, wenn sie Autokratien, Despotien oder Diktaturen bereisen. Und deutsche Minister tun es meist nicht einmal dann. Oder hat Sigmar Gabriel etwa Regimekritiker getroffen, als er in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister in den Iran flog? Hat er auch mit „palästinensischen“ Menschenrechtlern gesprochen, als er seinen Freund Abbas besuchte? Nein, hat er nicht – aber in Israel musste er dringend mit Organisationen zusammenkommen, die den jüdischen Staat und seine Armee schwerster Verbrechen beschuldigen.

Und das war genauso wohlkalkuliert wie die Möglichkeit, dass Netanjahu dann von einem Treffen Abstand nehmen könnte. Schließlich wusste Gabriel, dass er dafür zu Hause rauschenden Beifall bekommen würde, sowohl von potenziellen Wählern als auch von wichtigen Medien. In der „Süddeutschen Zeitung“ applaudierte Peter Münch dem Sozialdemokraten dann auch begeistert und stellte den israelischen Premierminister allen Ernstes auf eine Stufe mit den Autokraten Putin und Erdogan, indem er ihn in „Wladimir Tayyip Netanjahu“ umbenannte. Alexandra Förderl-Schmid vom österreichischen „Standard“ gefiel Münchs Artikel offensichtlich so gut,

dass sie Teile daraus gleich wortwörtlich übernahm. Die „taz“ feierte das „Ende der Leisetreterei“, auf „Spiegel Online“ hieß es:

„Die historische Schuld kann nicht dazu führen, dass Deutschland es akzeptiert, wenn die israelische Regierung sich immer weiter von jenen Werten entfernt, die wir bisher für gemeinsame gehalten haben.“

Der Tenor war eindeutig und entsprang einem sehr deutschen Bedürfnis: Endlich hat ein starker Mann aus Deutschland die Vergangenheit hinter sich gelassen und ist den Juden und ihrem Staat mit harter Hand begegnet.

Selbstverständlich hat Sigmar Gabriel es nicht lassen können, zu beteuern, welch großer Freund Israels er doch sei. In einem Gastbeitrag für die Berliner Zeitung behauptete er, die „pro-israelische Einstellung“ sei ein „Markenzeichen der deutschen Sozialdemokratie“, und verstärkte die Peinlichkeit seines Auftritts sogar noch mit dem unsäglichen Satz: „Sozialdemokraten waren wie Juden die ersten Opfer des Holocausts.“ Nicht des Nationalsozialismus, nein, der Schoah – was bekanntlich nicht stimmt und lediglich dazu dient, sich auf die gleiche Stufe zu stellen wie die Opfer der Judenvernichtung. Nachdem der aus einer Täterfamilie stammende deutsche Minister sich so selbst auf die moralisch gute Seite der Geschichte bugsirt hatte, konnte er daran gehen, gezielt jenen Eklat zu provozieren, der in Deutschland nun Benjamin Netanjahu angelastet wird. Der aber war bloß nach dem Motto verfahren: Gott, bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich allein fertig.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Auf den soeben begangenen Jom Haschoah, der an die systematische bestialische Ermordung von 6 Millionen unschuldiger jüdischer Frauen, Kinder und Männer durch Deutsche in den Jahren des Nazi-Reichs erinnert, folgen mit dem Jom Ha'Zikaron und dem Jom Ha'Atzmauth gleich zu Beginn des vor uns liegenden Monats Mai zwei für den Staat Israel und für die Juden in aller Welt überaus wichtige Gedenktage.

Auch diese Gedenktage stehen in engem Zusammenhang mit der nach Jahrausenden der Vertreibung und Verfolgung des jüdischen Volkes in der Diaspora auf dem durch vielfache fremde Gewalt eroberten historischen jüdischen Boden im Jahre 1948 wiedergeborenen Staat Israel. Der von den Juden auch weltweit gefeierte Nationalfeiertag und Gedenktag der neuen Staatsgründung Israels, Jom Ha'Atzmauth, ist nicht zu trennen von dem Jom Ha'Zikaron, der an die zahlreichen blutigen Opfer erinnert, die die Verteidigung des demokratischen Staates Israel gegen Kriege, Gewalt und Terrorismus seitens der gewalttätigen arabischen Eroberer und widerrechtlichen Besetzer jüdischen Bodens unter den Bürgern Israels und den Soldaten der israelischen Verteidigungskräfte verursacht hat.

Wie bedeutsam die Wieder-Gründung und die Existenz des demokratischen und prosperierenden Staates Israel als Heimat und Zuflucht der Juden nach der schrecklichen Katastrophe der Schoah am jüdischen Volk auch für ein „Never Again“ des damaligen grauenvollen Genozids an den europäischen Juden sind, belegen bereits wenig

über 70 Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazi-Terrors die wiederum in Europa sichtbaren gegenwärtigen negativen Entwicklungen der durch Islam-Import deutlich verstärkten tradierten Judenfeindschaft. Der in nie erwarteter Weise schuldhaft von unserer verantwortungslosen, linksromantisierenden, kurzsichtigen und suizidalen Strukturauflösungs-Politik verursachte bejammernswerte Zustand des nahezu täglich Islamterror-erschütterten Westeuropas und die sich stetig verschlechternde Situation und Gefährdungslage seiner hiesigen jüdischen Minderheit verstärken die Bedeutung Israels als Zufluchtsort für das jüdische Volk noch erheblich.

Selbst in den schlimmsten Albträumen war nicht anzudenken, dass nur 72 Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazi-Horrors und nur 74 Jahre nach dem Fanal des Aufstandes im Warschauer Ghetto nunmehr eine linkslastige Islam-Appeasement-Politik im unheiligen Ringschluss mit tradiertem Antisemitismus faktisch ohne jede Sanktion islam-generierte „Juden-ins-Gas“-Rufe und No-Go-Areas für Juden auf den Straßen unserer Städte zulassen und mit dauernder Verteufelung Israels legitimieren würden.

Daran ändert die zum infamen Rechtfertigungs-Alibi unserer einseitig erblindeten Israel-Delegitimierungspolitik gewordene, jede Sympathie mit den Millionen ermordeter jüdischer Opfer entbehrende, sinnentleerte und geheuchelte Gedenktagrualisierung für tote Juden nicht das geringste.

Ein überdeutliches Beispiel hierfür ist der Eklat, den der nicht einmal zum Ersatz-Außenminister für den aus

Parteiproporz unverdientermaßen ins Bundespräsidialamt beförderten Bereiter der iranischen Atombombe F.W.Steinmeier geeignete S. Gabriel vorsätzlich verursacht hat.

Der einstudiert wiederholte Kondolenz-Besuch in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem diente dem deutschen Außenminister und bekennenden Freund des Terror und Mord an Juden befürwortenden arabischen Amt-Usurpatoren Abbas ganz offensichtlich nur als Rückendeckung für seine Rendezvous-Politik mit dezidiert subversiven, aus dem westeuropäischen Ausland zur Destabilisierung der israelischen Verteidigung finanzierten und nachweislich Lügen verbreitenden regierungsfeindlichen Extrem-Organisationen.

Die Desavouierung und Verärgerung des israelischen Gastgebers, Ministerpräsident Netanjahu, wurde bewusst in Kauf genommen. Bezeichnend für das hiesige antisraelische Klima ist die bis zur Kanzlerin reichende nahezu einhellige Heroisierung dieses diplomatischen Affronts, der von Gabriel in keinem der von ihm stets gern und fraternisierend besuchten islamischen Unrechtsregime, wie Iran, Türkei oder Saudi-Arabien je gewagt worden wäre, und der ihm hier auch nicht die Zustimmung des gesamten linkslastigen Politestablishments eingebracht hätte.

Die Hintergründe liegen auf der Hand. Europa und Deutschland werden zunehmend beherrscht durch ein rückgratloses politisches Appeasement unserer fahrlässig gewählten politischen Vertreter gegenüber der rassistischen, sich hinter dem Alibi eines schlechten Religionsplagiat tarnenden, gegen un-

sere westlichen Lebenswerte gerichteten, demokratie-feindlichen und vor allem massiv antisemitischen Weltbeherrschungsideologie des Islam.

Deshalb bleiben wohl auch körperliche muslimische Übergriffe auf und Beschimpfungen von Juden in deutschen und europäischen Städten nahezu ohne jede Ahndung durch unsere auf die gebotene Rechtsanwendung oder Strafverfolgung von hauptsächlich muslimischer Migrationskriminalität faktisch verzichtende Justiz und Politik. Lächerliche Minimal-Bestrafung von Gewalttaten, dummliche ideologische Resozialisierungs-Romantik, Straferlasse und vielfacher Verzicht auf konsequente Abschiebung muslimischer Straftäter ergänzen das desaströse Bild.

Jüdische Abwanderung und „Entjudung“ ganzer, zunehmend vornehmlich islam-dominierter, nahezu rechtsfreier Bezirke in europäischen und deutschen Städten sind die Folge und längst wieder eine erschreckende Wirklichkeit, die keinesfalls zum Anstoß bei unserer linkslastigen Islameinlass-Politik und den nachgeschalteten Nachrichten-Filter-Medien führt, sondern wegen des erhofften Wahlpotentials nicht einmal ungern hingenommen wird.

Eine Bankrotterklärung unseres sich in rapider Auflösung befindlichen, freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ist es allemal. Dies ist um so bedrückender, weil es dieser Rechtsstaat war, der vor dem verheerenden Versagen unserer gegenwärtigen politischen Führung viele Nachkriegs-Jahrzehnte für Wohlergehen und Rechtsfrieden seiner Bürger gesorgt hat.

Seite 6 ▶▶

Friedenauer Gemeinschaftsschule: „judenrein“?

Offener Brief von Gerd Buurmann an die Eltern der Friedenauer Gemeinschaftsschule in Berlin

Liebe Anja Kathrin Schultz,
Liebe Julia Kuhne,
Liebe Marika Saridou,
Liebe Lena Nitsche,
Liebe Anni Lindner,
Liebe Jennifer Krawehl,
Liebe Karin Letz,
Lieber Matthias Lindner,
Lieber Marco Krawehl,
Lieber Ben Letz,

an der Schule, wo Eure Kinder unterrichtet werden, wurde über Monate ein 14-jähriger Schüler gemobbt, weil er Jude ist! Der Junge wurde geschubst, getreten und mit der Faust in den Rücken geschlagen. Mitte März 2017 wurde er sogar außerhalb der Schule an einer Bushaltestelle von zwei Schülern gewürgt und mit einer Spielzeugpistole bedroht, während andere Schüler zugeschaut und gelacht haben. All dies ist an der Schule Eurer Kinder passiert, 70 Jahre nach dem Holocaust. Die Mutter des Jungen wusste sich letztendlich nicht zu helfen und nahm ihren Sohn von der Schule. In einem Leserbrief vom 4. April 2017 an den „Tagesspiegel“ nehmt Ihr wie folgt Stellung:

„Als Eltern von Grundschüler_innen der Schule möchten wir an dieser Stelle unser großes Missfallen über die erschreckend unreflektierte und einseitige Art der Berichterstattung äußern, die sich nachhaltig rufschädigend für eine äußerst engagierte Schule auswirkt. Wir befürchten, dass die Schule in ein völlig falsches Licht gerückt und der Ruf, den sie sich gerade hart erkämpft, zunichte gemacht wird (...) Wir befürchten, dass die Schule in ein völlig falsches Licht gerückt und der Ruf, den sie sich gerade hart erkämpft, zunichte gemacht wird.“

Ist das Euer Ernst? Ihr sorgt Euch um den Ruf der Schule, statt darüber nachzudenken, dass Eure Kinder eine Schule besuchen, die zu den ersten deutschen Schulen nach dem Nationalsozialismus gehört, auf der ein jüdischer Schüler derart terrorisiert wurde, dass er es nicht mehr ausgehalten hat? Ihr schreibt weiter:

„Wie Sie richtig recherchiert haben, besuchen viele Schüler_innen mit einem Migrationshintergrund die Schule. Damit unterscheidet sich die Schule mit ihren Voraussetzungen sehr von den anderen Schulen in Friedenau, die vorwiegend von Kindern und Jugendlichen aus gutbürgerlichen Familien ohne Migrationshintergrund besucht werden.“

Was die Schule, die Eure Kinder besuchen, ebenfalls von vielen anderen Schulen unterscheidet, sind die Sendungen, die die Mehrheit der Mitschüler_innen Eurer Kinder im Internet und im Fernsehen verfolgen. In vielen Wohnzimmern der Klassenkamerad_innen Eurer Kinder sind arabische Sendungen in den Flimmerkisten zu sehen und dort ruft das lustige Hamas-Häschen Assud die Kinder zum Krieg gegen Juden auf. Zu seinem Hobby gehört es, Juden zu töten. Die Hamas-Maus wiederum stachelt Kinder zum Hass gegen Juden auf und lässt sie Lieder über die heldenhafte Tat des Judenmords singen.

Es gibt ganze Hochglanzvideos, in denen der Terrorismus glorifiziert und der Hass auf Juden gefeiert wird.

In einer Serie eines der erfolgreichen arabischen Sender wird gezeigt, wie Juden ein Christenkind schlachten, um



Welche Zukunft erwartet diese Kinder in Deutschland?

aus seinem Blut Mazzebrot zu machen.

Die Serie lief zur besten Sendezeit im Feiertagsprogramm. Sie war und ist auch heute noch in deutschen Wohnzimmern zu sehen. Im arabischen Fernsehprogramm ist der Hass gegen Juden Alltag.

Das 3-jährige Mädchen Basmallah zum Beispiel erklärte im Mai 2002 vor einem großem Fernsehpublikum, dass Juden Affen und Schweine sind, die

„ Die Eltern scheinen sich mehr Sorgen um den Ruf der Schule als um das Kind zu machen. “

sie nicht mag. Heute ist Basmallah 18 Jahre alt und somit nicht viel älter als Eure Kinder, die eine Schule besuchen, an der ein jüdischer Junge terrorisiert wurde.

Ihr schreibt weiter:

„Seit Jahrzehnten existiert im Nahen Osten ein nicht enden wollender Konflikt zwischen Arabern und Juden. Eine Stadt wie Berlin, in der Menschen beider Religionen und Kulturen (und noch vieler mehr) leben – was unserer Meinung nach ein enormer Reichtum ist – kann vor den Auswüchsen internationaler Konflikte, wie des Nahostkonflikts, nicht verschont bleiben.“

Die „Auswüchse“ dieses Konfliktes sind, dass ein jüdisches Kind in Berlin an der Schule Eurer Kinder terrorisiert wird! Der sogenannte „Konflikt“ im Nahen Osten sieht übrigens wie folgt aus: Während Israel seit der Unabhängigkeitserklärung die Hand zum Frieden ausstreckt, ruft die arabische Seite zur Vernichtung aller Juden auf.

Der „Konflikt“ zwischen Juden und Arabern ist somit heute in etwa so sehr ein „Konflikt“, der von beiden Seiten

ausgeht, wie der „Konflikt“ zwischen Deutschen und Juden im Jahr 1933. Damals verließen die ersten jüdischen Kinder deutsche Schulen, so wie es in diesem Jahr an der Schule Eurer Kinder geschehen ist. In der israelischen Unabhängigkeitserklärung steht:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und

gegenseitiger Hilfe mit dem selbstständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

In der Gründungscharta der Hamas steht:

„Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: ‚Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!‘ (...) Ansätze zum Frieden, die sogenannten friedlichen Lösungen und die internationalen Konferenzen zur Lösung der Palästinafrage stehen sämtlich im Widerspruch zu den Auffassungen der Islamischen Widerstandsbewegung.“

Wundert es Euch bei diesem Hass gegen Juden tatsächlich, wenn auf der Schule Eurer Kinder ein Jude gemobbt wird? Lest einfach mal, was in der Muttersprache der Mitschüler_innen Eurer Kinder in den letzten Jahren so alles gepredigt und öffentlich gesagt wurde.

Bei der Fußballweltmeisterschaft 2010 zum Beispiel sprach der libanesischer Minister, Wiam Wahhab, am 4. Juli 2010 auf Al-Jadid/New TV:

„Ich unterstütze Deutschland in der Politik und Brasilien im Sport. Ich mag die Art wie Brasilien Fußball spielt, aber ich mag die Deutschen, weil sie die Juden hassen und sie verbrannt haben.“

Lustig, oder? Fast schon Berliner Schnauze! Hier noch ein paar andere Aussprüche, mit denen die Mitschüler_innen Eurer Kinder groß werden:

„Bevor Israel stirbt muss es gedemütigt und erniedrigt werden!“ (Khaled Meshall, Vorsitzender der Hamas am 3. Februar 2006)

„Jeder, der ein Messer, eine Waffe oder ein Auto hat und damit nicht einen Siedler oder einen Juden angreift und mehrere zehn Zionisten tötet, gehört nicht zu Palästina!“ (Fawzi Barhoum, Hamassprecher am 30. Juli 2014)

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen, sie sind kein Volk. Sie haben keine Religion, kein Gewissen, keine moralischen Werte!“ (Abdallah Jarbu, stellvertretender Minister für religiöse Stiftungen der Hamas am 28. Februar 2010)

„Unser Hass auf die Juden ist in unserem Glauben begründet! Der Koran sagt uns, sie zu hassen, nicht sie zu lieben.“ (Al-Nas TV (Ägypten), 8. Januar 2008)

„Überließen uns die Juden Palästina, würden wir dann beginnen, sie zu lieben? Natürlich nicht! Wir werden sie niemals lieben. Absolut nicht! (...) Dein

Glaube bezüglich der Juden soll sein, erstens, dass sie Ungläubige sind und zweitens, dass sie Feinde sind! Und sie sind nicht nur Feinde, weil sie Palästina besetzt halten. Sie wären auch unsere Feinde, wenn sie niemals irgendetwas besetzt hätten! Wir werden die Juden als Feinde betrachten, selbst wenn sie uns Palästina zurück geben. Weil sie Ungläubige sind!“ (Qatar TV (Katar), 9. Januar 2009)

„In aller Kürze, so sind die Juden: Als Muslime ist unser Blut voller Rachsucht gegen sie und sie kann nur mit der Vernichtung der Juden gestillt werden, so Gott will.“ (Al-Aqsa TV (Gaza), 28. Februar 2008)

„Die größten Feinde eines jeden Muslims nach dem Teufel sind die Juden! Wer sagt das? Gott sagt das!“ (Al-Rahma TV (Ägypten), 9. Januar 2009)

„Immer wieder hat Gott Strafen über die Juden kommen lassen. Die letzte Strafe wurde von Hitler ausgeführt. Bei allem, was er ihnen angetan hat, und die Juden übertreiben bei der Beschreibung dieser Taten, hat Hitler die Juden nur an ihren gerechten Platz gesetzt. Es war die göttliche Strafe für sie!“ (Al-Jazeera TV (Katar) 30. Januar 2009)

Am 9 Oktober 2015 hielt der Kleriker Muhammed Salah „Abu Rajab“ folgende Predigt in der Al-Abrar Moschee in Rafah:

„Unsere erste Phase soll lauten: Stecht die Juden ab! Sie haben keine Chance! Die zweite Phase soll lauten: Wir werden die Juden nicht mehr vertreiben! Wir werden sie allesamt abstechen und abschlachten!“

Dieser ganze Hass ist mittlerweile ebenfalls auf Facebook und anderen sozialen Netzwerken zu finden, die Eure Kinder auf dem Pausenhof nutzen. Dort rufen junge Menschen massenhaft im vermeintlichen Namen Allahs und des Korans zum Hass gegen Juden auf. Sie schreiben: „Juden ins Gas“, „Hitler hat es richtig gemacht“ und „Tötet die Juden!“ Es ist genau dieser Hass, der vor einigen Monaten dazu geführt hat, dass ein wütender Mob auf offener Straße in Berlin gebrüllt hat: „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!“

Im Jahr 2017 musste ein jüdischer Junge an der Schule Eurer Kinder unter den Krieg leiden, der gegen Israel geführt wird und Ihr fragt: „Wie kann also eine Schule mit einer Schüler_innenschaft, die sich aus vielen Nationen zusammensetzt, davor gefeit sein, dass es zu religiös motivierten Auseinandersetzungen zwischen Schülerinnen und Schülern kommt?“ Ihr fügt jedoch hinzu: „Die Lösung liegt nicht darin, dies anhand eines tragischen Vorfalls zu bemessen und den Ruf einer engagierten Schule nachhaltig zu schädigen.“

Dieser „tragische Vorfall“ zog sich über Monate hin und ist nur deshalb einzigartig, weil es der erste Jude war, der die Schule Eurer Kinder besucht hat. Der Schulleiter Uwe Runkel erklärt selbst:

„Bei der Anmeldung des Schülers habe ich die Mutter darauf hingewiesen, dass wir keine Erfahrung mit jüdischen Schülern haben, die wie der 14-Jährige offen mit ihrer Religion umgehen.“

Mit anderen Worten: Hundert Prozent aller jüdischen Schüler, die „offen zu ihrer Religion stehen“, haben die Schule Eurer Kinder verlassen. Die Schule Eurer Kinder ist somit wieder judenrein. Der Konfliktpartei Hamas gefällt das!

Übrigens, „offen zu seiner Religion stehen“ heißt in diesem Fall, dass der Schüler im Ethikunterricht lediglich erklärt hatte, Jude zu sein. Das reichte schon! Wird Euch da nicht wenigstens etwas mulmig? Ihr erklärt:

„Die Lösung läge darin, eine Schule

wie die Friedenauer Gemeinschaftsschule in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu bestärken – z.B. durch zusätzliche finanzielle Ressourcen, durch zusätzliches Personal und zu guter Letzt durch einen Journalismus, der nicht voreilig verurteilt. Das tut der Tagesspiegel leider nicht, wenn er mit seiner Berichterstattung zum einen dem bildungsbürgerlichen Trend der Abschottung vor dem vermeintlich Anderen, dem Fremden, Vorschub leistet und zum anderen Wasser auf die Mühlen derer gießt, die den Islam fürchten oder gar islamfeindliche Tendenzen verfolgen.“

Wie jetzt? Die Presse ist schuld? Sie ist schuld, weil sie darüber berichtet hat? Ist das Euer Ernst? Vor über siebzig Jahren wurden Juden in Deutschland verfolgt und ermordet, ohne dass die deutsche Presse kritisch darüber berichtete, hinterher behaupteten die Deutschen, sie hätten von alledem nichts gewusst und

heute erklärt Ihr eine Zeitung zum Sündenbock, weil sie über den Judenhass an der Schule Eurer Kinder berichtet hat? Ich kann gar nicht in Worte fassen, auf wievielen Ebenen mich das entsetzt.

Habt Ihr Euch damals, als Ihr noch zur Schule gegangen seid, nicht auf gefragt, wie es zu der Judenverfolgung kommen konnte? Die Antwort kennt Ihr nun. Sie ist bitter. Ihr findet Sie im Spiegel. Und so wie Eure Groß- und Urgroßeltern gezetert haben über die Kritik Ihrer Kinder an ihrem Schweigen, Verharmlosen und Rechtfertigen, so werdet Ihr jetzt gewiss ganz empört sein über meine Kritik an Euch. Aber Ihr müsst Sie Euch anhören, da sie berechtigt ist. Der Leidtragende an Eurem Verhalten war nämlich der einzige Jude an der Schule Eurer Kinder! Das ist Eure Verantwortung! Ihr schreibt:

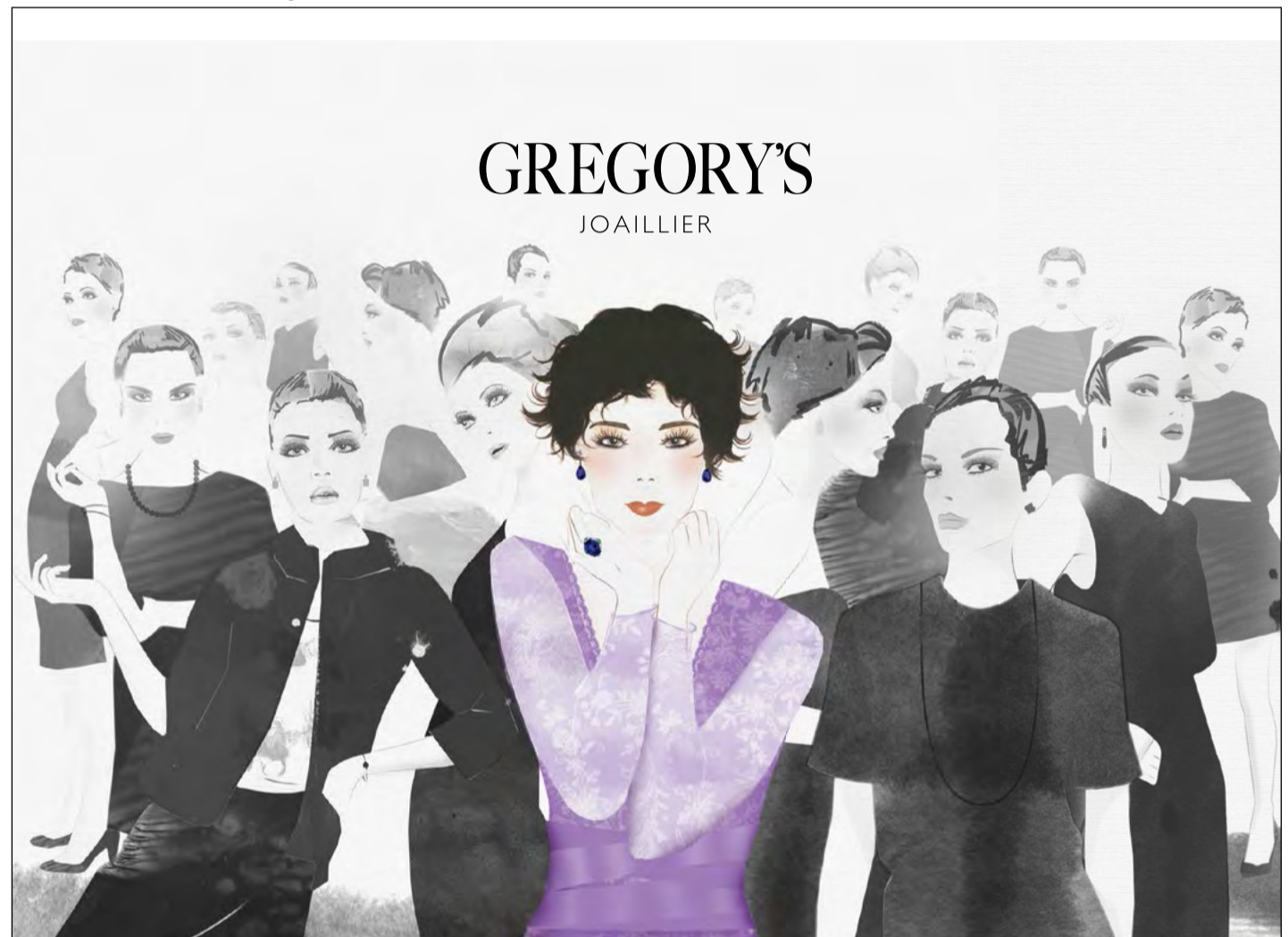
„Wir als Eltern wenden uns entschieden gegen Antisemitismus, Antiislamismus, Rassismus und Gewalt und werben

für ein offenes Miteinander in der Gesellschaft, das nur funktionieren kann, wenn alle an einem Strang ziehen.“

Ihr stellt Euch also gegen Antisemitismus. Das ist lobenswert. Ihr müsst aber wissen, dass es nicht ausreicht, sich nur gegen den Antisemitismus zu stellen. Ihr müsst auch verstehen, was Antisemitismus ist und erkennen, wie sehr er unser Denken und unsere Kultur durchdringt. Ein Antisemit zeichnet sich dadurch aus, dass er von sich selbst sagt, kein Antisemit zu sein. Sein Standardspruch ist: „Ich hab nichts gegen Juden, aber ...“

Wenn Ihr wirklich an einem Strang gegen Antisemitismus ziehen wollt, dann nehmt Euch die Zeit und lest die kurze Geschichte des Antisemitismus, die ich diesem Brief anhängen. Das wäre wenigstens ein Anfang.

Alles Liebe,
Gerd Buurmann



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel. 030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Der Anschlag von Stockholm lässt den „Willkommens-Weltmeister“ Schweden ratlos zurück

Ist es für die Terrorgefahr einerlei, wie sich eine Gesellschaft gegenüber Muslimen verhält?

Von Ramin Peymani

Es ist wieder passiert. Und diesmal hat es ein Land getroffen, das aus Sicht der lautstarken Rufer nach mehr Integration gar nicht im Fokus des islamistischen Terrors hätte stehen dürfen. Der Multi-Kulti-Vorzeigestaat Schweden beweint die Opfer des Attentats von Stockholm.

Ausgerechnet Schweden – keine andere Gesellschaft der westlichen Welt hat über Jahrzehnte hinweg derart viel für die Integration der muslimischen Einwanderer getan. Schweden verhält sich politisch und militärisch neutral, vermeidet jeden Konflikt mit dem Islam und geht bis an die Grenzen der Selbstverleugnung, damit Muslime dort so leben können, wie sie es wollen.

Nun also hat der IS-Terror auch in einem Land zugeschlagen, das dem Islam keinerlei Anlass für Hass und Gewalt geboten hat. Die vielen selbsternannten Experten, die nach jedem Terroranschlag von den Kameras angezogen werden, wie die Motten vom Licht, müssen die Schuldfrage diesmal anders beantworten. Zu leicht hatten sie es in Frankreich, in Großbritannien oder in Deutschland, den muslimischen Tätern die Absolution zu erteilen. Immer schwang neben der Bestürzung auch der unterschwellige Vorwurf mit, eine Gesellschaft, die andere ausgrenze, dürfe sich nicht wundern, wenn bei Einzelnen die Frustration in Gewalt umschlage. Zwar geht der Vorwurf ins Leere, doch zeigt er gerade hierzulande immense Wirkung.

Die sprichwörtliche Obrigkeitshörigkeit, die Deutschland im vergangenen Jahrhundert ins größte Verderben seiner Geschichte gestürzt hat, mag auch der Grund dafür sein, dass kaum einmal ernsthaft hinterfragt wurde, warum sämtliche muslimischen Attentäter auf deutschem Boden anschließend für psychisch gestört erklärt wurden. Die pietätlose Umdeutung der Täter zu Opfern ihrer vermeintlichen seelischen Erkrankung scheint es für manche einfacher zu machen, mit dem Unfassbaren zu leben. Dabei liegt man wohl tatsächlich nicht falsch, wenn man jemanden für verrückt erklärt, der wahllos auf andere losgeht, um sie zu meucheln. Jemand, der mit einer Machete, einem Beil oder einem Fahrzeug wildfremde Menschen niedermetzelt, hat offensichtlich nicht alle Tassen im Schrank. Dies aber jeweils unmittelbar nach der Tat hervorzuheben, um jeden Verdacht auf einen Zusammenhang mit der religiösen Weltanschauung des Täters zu zerstreuen, ist geradezu zynisch. Wer befürchtet, mit der Benennung des Offensichtlichen irgendwelchen Rechtspopulisten in die Hände zu spielen, darf sich nicht wundern, wenn die Verschleierung offenkundiger Muster genau dies bewirkt.

Nun betrauert Schweden die Opfer eines Anschlags, den es aus Sicht der Multi-Kulti-Prediger gar nicht hätte geben dürfen. Dabei war schon lange nicht mehr alles gut in Stockholm, Malmö oder Göteborg. Von der deutschen Öffentlichkeit wenig beachtet, prägen seit mehreren Jahren immer wieder Unruhen und gewaltsame Auseinandersetzungen das Bild in den muslimisch dominierten Stadtvierteln. Besonders die hohe Arbeitslosigkeit unter den Migran-



Der Tatort des islamischen Anschlags vom 7. April 2017.

ten wird dabei regelmäßig von den Berichterstattern ins Feld geführt. Was in Frankreichs Vorstädten als Begründung taugen mag, greift in Schweden jedoch zu kurz. In einem Land, das Chancengleichheit über alles stellt und in dem der Wohlfahrtsstaat trotz aller Reformen auch heute niemanden zurücklässt, ist es zu einfach, die offenbar latent vorhandene Gewaltbereitschaft unter jungen Muslimen damit zu begründen, dass diese sich abgehängt fühlten. Eher

Dass sich die friedfertige muslimische Mehrheit nicht klar und vernehmbar gegen den Terror stellt, macht die Sache nicht leichter. Zweifel nähren auch manche muslimischen Dachverbände.

Es scheint, als müssten sich all die Islamversther in der deutschen Medien- und Politiklandschaft mit dem Gedanken anfreunden, dass es völlig einerlei ist, wie sich eine Gesellschaft gegenüber Muslimen verhält. Denn von Stockholm geht an diesem traurigen Tag eine Bot-

und Institutionen ziehen. Viel zu lange haben die Verantwortlichen bagatellisiert, schöngeredet und ignoriert. Sie haben es zugelassen, dass sich Parallelgesellschaften etabliert haben. Statt konsequent die Pflicht zur Integration einzufordern, wurde diese viel zu oft zur Disposition gestellt. Im Zweifel war stets die Mehrheitsgesellschaft schuld, weil sie zu wenig getan habe. Dabei ist es pure Ironie, dass erst die Freiheit und die Toleranz unserer westlichen Gesellschaften dem radikalen Islam die Tür geöffnet haben. Und dies im sprichwörtlichen Sinne, gelang es dem sogenannten Islamischen Staat doch vor allem im Zuge der Zuwanderungswelle der vergangenen Jahre, seine Kämpfer nach Europa einzuschleusen. So sehen wir heute unsere Zivilisation, unsere Kultur und unsere religiöse Vielfalt bedroht, weil wir zu nachsichtig mit intoleranten religiösen Fanatikern waren.

Noch können wir die Dinge zum Guten wenden. Doch dazu gehört der Mut zur Ehrlichkeit auf allen politischen Ebenen sowie ein gemeinsames Vorgehen aller gesellschaftlichen Kräfte ohne falsch verstandene Toleranz oder ideologische Scheuklappen. Wer einer Religion die uneingeschränkten Segnungen der Religionsfreiheit zukommen lässt, die noch Jahrhunderte von einer Säkularisierung entfernt ist, handelt naiv. Und wer den Islamismus gebetsmühlenartig vom Islam trennt, handelt fahrlässig. Hatten sich Medien und Politik bei früheren Attentaten bemüht, diesen Eindruck zu erwecken, so ist mit dem Anschlag auf die schwedischen Willkommens-Weltmeister zur Gewissheit geworden, dass die Lösung nicht in größeren Integrationsanstrengungen westlicher Gesellschaften liegt. Die Kämpfer des Islams führen einen Religionskrieg gegen die „Ungläubigen“. Seit Stockholm gibt es keine Ausreden mehr.

„ Was in Frankreichs Vorstädten als Begründung taugen mag, greift in Schweden, einem Land, das Chancengleichheit über alles stellt, jedoch zu kurz.“

schon lässt sich der Absturz des früheren Pisa-Wunderlands mit der hunderttausendfachen muslimischen Zuwanderung erklären.

Fehlt vielleicht doch der Integrationswille der Neuankömmlinge? Auffällig ist jedenfalls eines: Egal, ob in Schweden, Frankreich, Deutschland oder sonst irgendwo – anders als die Einwanderer der übrigen Religionsgemeinschaften, scheinen sich muslimische Migranten insgesamt eher mühsam in ihrer neuen Gesellschaft einzuleben. Wo immer es in der westlichen Welt um das Thema Integration geht, reden wir nicht von Buddhisten, Hindus oder Juden. Wir reden über den Islam. Der religiöse Absolutheitsanspruch ist dabei ebenso ein Problem wie die fehlende Aufklärung. Und auch eine Terrorgefahr geht ganz offensichtlich von keiner der anderen Weltreligionen aus. Es muss also etwas dran sein an der Befürchtung, dass mit der Religion zu tun hat, was wir seit Jahren in Europa erleben.

schaft aus: Solange wir nicht zum Islam übertreten, und zwar zu jenem radikalen politischen Islam, den der IS propagiert, sind wir in den Augen der Islamisten legitime Opfer. Es kann keine friedliche Koexistenz fundamentalistischer Muslime mit „Ungläubigen“ geben. Wir sollten der Tatsache ins Auge sehen, dass wir uns in einem Kampf befinden, den wir verlieren werden, wenn wir die Auswüchse des Islams nicht mit aller Härte verfolgen. Und zwar nicht erst dann, wenn wieder einmal viele unschuldige Opfer zu beklagen sind, sondern schon vorher, wenn radikale Prediger Muslime in Moscheen aufhetzen, wenn sich islamistische Propaganda über die sozialen Netzwerke ihren Weg bahnt, oder wenn sich sogenannte Gefährder unbehelligt in Europa bewegen.

Die Nulltoleranzstrategie gegenüber dem radikalen Islam darf nicht nur Wahlkampfaktionismus sein, wie dieser Tage zu beobachten, sondern muss sich als politischer Wille durch alle Parteien

◀ Fortsetzung von Seite 2

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Eine mit fataler Konsequenz durch unsere Politik und Mainstreampresse geleugnete und bagatellierte Islamisierung sowie ein gegen besseres Wissen sogar schöneredeter islamischer Einwanderungstsunami von kaum auf ihre wirklichen Absichten und ihre demokratische und integrative Eignung geprüften Muslimen hat bereits zu weitgehend irreversiblen Schäden an unserer abendländischen Wertewelt geführt. Kaum zu übersehen ist auch die als Folge des Islamimports deutlich zunehmende Radikalisierung und Demokratieverachtung der hier bereits länger ansässigen Muslime, deren zweite und dritte Generation widersinnigerweise vielfach weniger integriert und integrationsbereit ist als die ursprüngliche Einwanderungspopulation ihrer Väter und Großväter.

Die Relativierung und Einzelfall-Kleinredung islamischer Gewalttaten auf unser Leben und unsere Rechtsordnung und die stereotype Wiederholung der grundfalschen Behauptung, der Islam gehöre zu Deutschland und Europa, schaffen da keine Abhilfe, sondern beschleunigen nur die Strukturauflösung unserer freiheitlich-westlichen Gemeinschaften.

Das zum Teil wie auch im Falle Gabriel hierzulande gern genutzte jüdische Weißwasch-Alibi durch professionell willfährige jüdische und ehemalige israelische Funktionsträger und das überaus diffamierende ständige Bashing besorgter politischer Gegner der Anbiederung an das allgegenwärtige Islam-Appeasement sowie die ausschließlich dem rechten Rand überlassene Verteidigung unserer Gesellschaft gegen deren Verachtung durch den Islam, sind nicht geeignet die immer deutlicher sichtbar werdenden Resultate der Fehlentwicklung unserer hiesigen Politik auf Dauer zu verbergen.

In diesem Zusammenhang und angesichts des hierzulande vor allem gegenüber dem jüdischen Populationsanteil angerichteten beispiellosen gesellschaftlichen Desasters sind es die einsichtslose Selbstgerechtigkeit und die hysterisch-trotzige Weinerlichkeit der für das systemverändernde politische Versagen uneingeschränkt verantwortlich zu machenden Exponenten und Funktionsträger unserer hiesigen, an rechtsstaatlichen Erfordernissen, am Wohl der Wähler und am gesunden Menschenverstand vorbeiregierenden sogenannten etablierten Parteien, die fassungslos machen.

Ein weiteres Beispiel für unsere hiesige suizidale Strukturauflösungspolitik liefert die nunmehr nicht mehr

zurückzuhaltende, dem Wähler offensichtlich stets positiver suggerierte, vernichtende Statistik über die massiv angewachsene Zahl der von unserer Politik im Vergleich mit der Ahndung von Umwelt- oder Wirtschaftsvergehen stets bagatellierten und mit unbotmäßiger Milde geahndeten Schwerestrafkriminalität, wie Mord, Gewalt- und Sexualstraftaten sowie der hohe diesbezügliche Anteil der fahrlässig und unkontrolliert eingelassenen vorwiegend muslimischen Migranten.

Dies führt nicht zuletzt bei dem jüdischen Bevölkerungsanteil, dessen Nachkriegspräsenz in dieser Republik ein Gradmesser für die gelungene Revitalisierung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates war und ist, zu großer Verunsicherung.

Besonders dramatisch ist der Umstand, dass zwischenzeitlich auch die freie Schulwahl und die Ausbildung jüdischer Kinder und Jugendlicher massiv beeinträchtigt sind.

Unhaltbares, von der Schulleitung, den Lehrern und den nicht-muslimischen Mitschüler-Eltern kleinredend hingenommenes Mobbing, Misshandlung und sogar Vertreibung jüdischer Schüler von islam-dominierten deutschen Schulen führt heute kaum noch zu rechtlichen Konsequenzen für die muslimischen Täter.

So duldet trotz Kenntnis der widerwärtigen Vorfälle die Schulleitung der „Friedenauer Gemeinschaftsschule“ in Berlin monatelang ohne jede Abhilfe ein von islamischen Schülern verübtes antisemitisches Dauermobbing und massive physische Gewalt gegen einen jüdischen Mitschüler und Enkel von Holocaust-Überlebenden.

Schließlich mussten die Eltern das Martyrium des Jungen dadurch beenden, dass sie ihn in einem Akt resignativer Notwehr von der Schule genommen.

Festzuhalten ist, dass weder der Schulleiter der zu 75 % türkisch-arabisch besuchten Schule, noch sonst jemand aus dem Kollegium oder Schulamte eine Veranlassung sah, besondere Umstände auf sich zu nehmen, um etwa den Ehrgeiz zu entwickeln, dem jüdischen Schüler doch noch einen Verbleib auf der Schule zu ermöglichen. – Das jüdische Opfer musste weichen, damit die islamischen Gewalttäter an der Schule bleiben können.

Es scheint – nur etwas über 70 Jahre nach dem Ende Nazi-Deutschlands – als würden nach Ansicht von Schulleitern, Lehrkörper, Eltern nichtjüdischer Schüler und Behörden, Juden in dem gegenwärtigen islam-affinen

politischen Klima der nicht mehr für alle freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland, einfach schon wieder nicht erwünscht sein auf deutschen Schulen.

Der Skandal wurde verschwiegen, wäre da nicht eine ausländische Zeitung, die sich wohl an die Omerta-Regeln der hiesigen, regelmäßig die Identität muslimischer Straftäter verschweigenden Leitmedien nicht gebunden sah.

In dieses Klima passt auch das duckmäuserische Verhalten vor allem der deutschen Politik gegenüber dem panislamistischen Kurden-Bombardierer, IS-Unterstützer, Antisemiten, faschistoiden Ermächtigungsgesetz-Durchmarschierer, Wahlfälscher und von Großmannssucht befallenen Unterdrücker des eigenen Volkes, Zerstörer des letzten Hoffnungsfunkens auf eine säkulare, demokratische Türkei.

Dazu gehört das unverständliche Einrichten von türkischen Wahllokalen auf deutschem Boden ebenso wie das sanktionslose Dulden des demokratieverächtlichen Abstimmungsverhaltens der hier ansässigen türkischen und Doppel-Passhalter und das instinktive Gefasel des Israel-Bashers und Außenministers Gabriel über den Verzicht auf Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen für die zur Diktatur umgebaute Türkei.

Dabei ist im Hinblick auf die ständige Islam-Integrationslüge unserer bunten Bessermenschen festzuhalten, dass die hiesigen türkisch-stämmigen Islamo-Faschismus-Fans mit türkischer oder doppelter Staatsbürgerschaft – wie die Wahlstimmen-Auswertungen belegen – mit überwältigender Mehrheit in der Türkei demokratie-feindlich und rechts abstimmen, sogar noch deutlich rechts-islamofaschistischer und demokratieverächtlicher als die türkische Stammland-Bevölkerung.

Gleichzeitig garantieren sie mit ihrem hiesigen links-affinen Wahlverhalten und ihren Stimmen hauptsächlich für die SPD den Fortbestand der sich gegenseitig links überholenden ehemaligen Volksparteien unserer großen Islam-Einlass-Koalition der Merks, Schulzes und Gabriels und des gleichgesinnt-austauschbaren grünen und noch röteren Parteiengestrüpps aus den unsere demokratischen Werte für islamische Wählerstimmen feilbietenden Islam-Appeasern und Ausverkäufern unserer freiheitlich-toleranten, jüdisch-christlichen abendländischen Werte.

Die bereits greifbare Zukunfts-Vision ist schrecklich: Lange werden sich unsere Groko-Parteien und ihre Pseudo-Bessermensch-Epigonen an dem Appeasement-erkauften islamischen Stimmenzuwachs nicht erfreuen dürfen.

Mit der weiteren, von der strategisch und opportunistisch geförderten Zunahme des islamischen Populationsanteils und dem Fortschreiten des durch den nicht-islamischen Bevölkerungsteil

hierzulande und westeuropa-weit nicht mehr zu gewinnenden demoskopischen Wettlaufs, wird das mit Wahlrecht versehene muslimische Wählerpotential in nicht allzu ferner Zukunft wiederholt wechselwählen und seine Stimmen dieses Mal nach bewährtem türkischen Muster einer hier in absehbarer Zukunft hierzulande gegründeten rechts-faschistoiden, rassistischen Islampartei zukommen lassen.

Leider wird dies nicht nur das Ende des kuscheligen heutigen Links-am-Wähler-vorbei-Regierens bedeuten – es könnte auch das Ende unseres freiheitlich-demokratischen Wertesystems einleiten.

Eine nicht zur Gegenwehr bereite, opportunistisch entfesselte, gegenüber der sichtbaren Intoleranz dümmlich und suizidal tolerante Demokratie lässt – wie bereits anderenorts und auch hierorts in der Geschichte geschehen – ihre eigene demokratische Abwahl und die Wahl einer Diktatur zu. Für den umgekehrten Weg zurück sieht das schon anders und fast immer opferreich und blutig aus.

Auch und obwohl die Islam-Anbiederungs-Politik der Bundesrepublik, West-Europas und der UNO sich ganz im Sinne der gern hofierten islamischen Unrechts-Regime und Blut-Diktatoren der näheren und fernerer Region des Mittleren Ostens, Asiens und Afrikas hauptsächlich und wie eben durch Sigmar Gabriel und seine allparteilichen Unterstützer ohne jede Rücksicht auf den kleinen Staat der Juden mehr oder minder offen der finanziellen Unterstützung israel-feindlicher Aktivitäten und der Delegitimierung und Diffamierung Israels verschrieben hat.

Und auch obwohl der neue amerikanische Präsident Trump hinter seinen Zusagen gegenüber dem Staat Israel bisher deutlich zurückgeblieben ist.

Israel wird trotz aller hiesigen Dämonisierung im Interesse aller seiner Bürger seine menschen- und lebensfreundlichen Demokratie zu verteidigen wissen.

Mag auch das Oberhaupt der katholischen Kirche, der seine Position als Stellvertreter des jüdischen G'ttessohns auf dieser Welt dem jüdischen Volk und dessen Religion verdankende größte Brückenbauer sich im Ton vergreifen und die organisierten Ermordungen, die Erschießungen, die Folterungen, die Versklavungen und die endlosen Leiden der Juden in den Nazilagern bagatellisieren, indem er die islam-verschuldeten Flüchtlingslager mit den Konzentrationslagern der Nazis vergleicht. Mag er auch, statt die von ihm kaum erwähnten alljährlichen islamischen Morde und Vertreibungen an seinen christlichen Glaubensbrüdern und Schutzbefohlenen zu thematisieren, das Siedeln der Israelis in ihrem eigenen Land delegitimieren.

Israel and his people will survive. In diesem Sinne wünsche ich dem Staat Israel und uns allen alles erdenklich Beste für den Monat Mai und die beiden bevorstehenden großen nationalen Feiertage Israels.

Am Israel Chai!

Dr. Rafael Korenzecher

FÖRDERER GESUCHT!

Für die Veröffentlichung eines bekannten deutschsprachigen Holocaust-Werks als Hörbuch suchen wir Spender und Förderer. Bei Interesse melden Sie sich bitte

unter Tel. 0151-56004170 oder per

E-Mail: nik@pro-socio.de

Westliche Nicht-Einmischung kann tödlich sein

Warum die maßlose Eigendämonisierung mit vernünftiger Selbstkritik nichts zu tun hat.

Von Melissa Kaiser

Es gibt zahlreiche Gründe, die Ursachen für einschneidende politische Geschehnisse nicht nur einseitig bei der „anderen Seite“ zu suchen. Allerdings verfällt die westliche Gesellschaft nun schon seit einigen Jahren in eine fast schön religiöse Selbstkasteiung, wenn es sich um das Ringen nach Erklärungen von extremistischen Strömungen im Nahen und Mittleren Osten handelt. Konflikte und ihre Ursprünge, die schon seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten bestehen, werden eindimensional mit Waffenlieferungen aus dem Ausland erklärt. Auch militärische Interventionen des Westens und insbesondere der USA werden von den selbsternannten Rettern des Weltfriedens ohne jede Differenzierung dämonisiert.

Erstlich wurde dies aktuell an den zahlreichen Mobilisierungen der Wohlstandspazifisten, die nach zahlreichen Jahren des barbarischen Gemetzels in Syrien behaupteten, der Krieg hätte mit der militärischen Intervention Trumps erst begonnen. Die selektive Wahrnehmung der Meaculpisten scheint mit jedem Jahr eine neue Dimension zu erreichen. Angeführt und aufgestachelt von Experten vom Geiste eines Jürgen Todenhöfers, welche die komplizierte Lage und das Geflecht unterschiedlichster Konflikte bestimmter Regionen in ein simplifiziertes Weltbild kanalisieren, dominieren diese nach und nach die Diskussions- und Dämonisierungskultur.

Dabei gibt es zahlreiche populäre historische Beispiele, welche den „Bauchgefühl-Theorien“ widersprechen, wonach sich der kriegslüsterne Westen besser aus allen Krisen dieser Welt heraushalten solle.

Hierzu zählt der aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit fast verschwundene Völkermord in Ruanda im Jahre 1994. Diesem fielen binnen drei Monaten knapp eine Million Menschen zum Opfer. Ein erheblicher Teil der Opfer wurde nicht mit Panzern oder Bomben getötet, sondern mit Machten, Keulen und Knüppeln. Diese Grausamkeit war unter anderem durch eine jahrelange Ignoranzpolitik der westlichen Staaten dem unmenschlichen Treiben verschiedener Konfliktparteien wie zum Beispiel der ruandischen Armee oder der Gendarmerie gegenüber ermöglicht worden. Ein eindrückliches Beispiel, dass auch Pazifismus indirekt tötet und nicht der propagierte goldene Schlüssel zum Weltfrieden ist.

Die arabischen Regionen werden von Konflikten dominiert, welche wesentlich auf die fehlende Aussöhnung zwischen den verschiedenen Strömungen des Islams und der ungeklärten Frage um Mohammeds Nachfolger zurückzuführen sind, und nicht auf westliche Beeinflussung. Als diese Konflikte entstanden, hatte Columbus seinen Fuß noch nicht auf amerikanischen Boden gesetzt, ebenso wenig wie US-Soldaten auf die betroffenen Regionen. Und Europa (vor allem der Balkan) war zu dieser Zeit eher muslimischen Invasionen ausgesetzt, als dass der islamische Raum Ziel europäischer



Ruandische Flüchtlingskinder 1994

Invasionen war.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die schon fast gleichermaßen in der westlichen und islamischen Gesellschaft undifferenziert verurteilten „regime changes“ der USA oft nicht

„ Man stelle sich vor die USA wären den bedrängten Südkoreanern nicht gegen Nordkorea zu Hilfe gekommen. “

das gewünschte Ergebnis erreichen konnten. Dabei wird jedoch die für den Frieden Europas wohl wichtigste Intervention, die Befreiung von den Nationalsozialisten, gerne ausgeblendet. Ebenso die parlamentarische Demokratie Südkoreas, welche im direkten Vergleich zu Nordkorea nicht in Vergessenheit geraten darf. Wie sich das südkoreanische System nach einem Sieg Nordkoreas und seiner Verbündeten gestaltet hätte, kann man sich lebhaft ausmalen. Woher kommt also dieser westliche Selbsthass, welcher sich mit der Krisenverschärfung weltweit permanent zu vermehren scheint? Warum ist es im Laufe der Zeit schon fast unmöglich geworden, rational über berechnete Kritikpunkte zu debattieren?

Dass vor allem die Kriege im Nahen und Mittleren Osten hierbei als Grundlage herangezogen werden, ist kein Zufall. Natürlich ist es unmöglich, alle Ursachen genauestens im richtigen Maße zu nennen und ihre Wirkung untereinander perfekt zu beschreiben, dennoch ist es einseitig und falsch, die Haupt-

schuld für die heutige Konfliktherde dem westlichen Einfluss zuzuschreiben.

Die Tendenz der islamischen Welt, die eigene Identität aus der Ablehnung des Westens zu speisen und zu stärken,

ist jedoch nicht von der Hand zu weisen. Es wird auf die ruhmreiche Vergangenheit verwiesen, welche durch den westlichen Einfluss zerstört wurde. Eine Überzeugung, welche schleichend Einzug in die westliche Debattenkultur hielt und diese zunehmend vereinnahmt.

Diese Argumentation spielt eine ganz wesentliche Rolle für die muslimischen Gemeinschaften in unserer Gesellschaft. Es wird ein Hass genährt, der auf besagtem Bauchgefühl beruht und durch empfundene Ermangelung an anderen Identifikationsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft starken Auftrieb erfährt.

Der Erfolg der „unislamischen Gesellschaft“ muss nach diesem Muster zwangsweise auf der Ausbeutung der islamischen Welt beruhen. „Gesellschaftskritiker“ à la Todenhöfer sind derart in dieser Denkweise gefangen, dass sie gar nicht erahnen können, welchen irreversiblen Schaden sie mit der Propagierung derselben anrichten. Es entsteht ein Teufelskreis, in welchem sich jene „Kritiker“ untereinander in

ihrem Bauchgefühl bestätigen ohne pragmatischen Inhalten eine Chance zu geben. Antiamerikanische Verschwörungstheorien, die in nahezu allen Fällen mit Antisemitismus einhergehen, könnten sich im Westen keinen fruchtbareren Boden wünschen als die Kommentarfunktionen Todenhöfers und Augsteins. Eine Abgrenzung zur Ideologie des IS erfolgt nicht durch nacktes Dementieren, sondern durch differentes Gedankengut. Genau das ist aber existent.

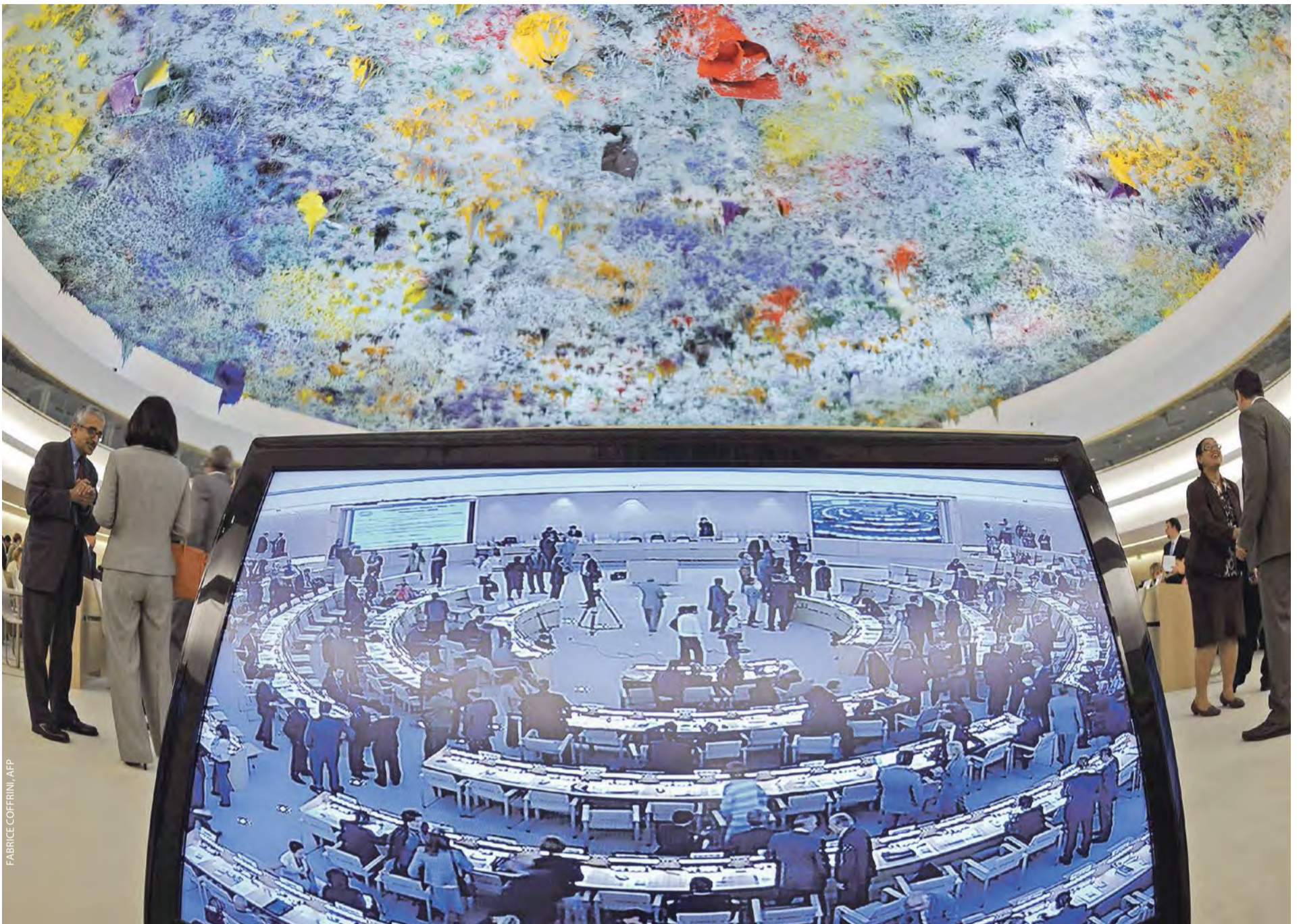
Eine Lösung dieses Dilemmas wäre der Wille zur Emanzipation und die Befreiung aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit. Dazu bedarf es aber jener Rationalität, deren Abstinenz erst die Grundlage für beschriebene Verhältnisse schafft.

Dennoch ist diese Lösung nicht unerreichbar, wenn die westliche Gesellschaft wieder lernt, die Errungenschaften der Aufklärung zu schätzen und auch selbstbewusst zu vertreten. Natürlich begeht auch die westliche Gesellschaft Fehler, trifft falsche Entscheidungen. Diese sind selbstverständlich zu benennen. Das bedeutet aber nicht, dass man Nachsicht mit Regimes haben muss, die uralte eigene Konflikte nicht zu lösen vermögen. Und schon gar nicht sollte man diese Probleme zu den eigenen ernennen und die eigentlich Betroffenen aus ihrer Verantwortung entlassen.

Die Religion der westlichen Selbstkasteiung muss ein Ende finden. Das alleine wäre bereits ein wichtiger Schritt, dem Islamismus einen Teil des Weges zu versperrern.

Der sogenannte Menschenrechtsrat der UNO ist eine Farce

Die Kopfabschneider-Diktatur Saudi-Arabien wurde bereits zum vierten Mal in den UNO-Menschenrechtsrat gewählt



Von Gerd Buurmann

Sitzung des Menschenrechtsrats der UNO

Am 20. März 2017 kam es zu einem Eklat im sogenannten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. An diesem Tag nämlich schlossen sich finstere Diktaturen in dem Versuch zusammen, die Verteidigung von Menschenrechten zum Schweigen zu bringen.

Am 20. März 2017 sprach Hillel Neuer für die Organisation UN Watch im sogenannten Menschenrechtsrat:

„Wird die Welt der Wiener Erklärung gerecht, die grundlegende Menschenrechte bekräftigen will? Wir fragen die Regierung des türkischen Präsidenten Erdogan, wenn er sich Sorgen macht um die Menschenrechte – warum hat sie erst jüngst mehr als hunderttausend Lehrer, Dekane, Richter, Staatsanwälte, religiöse Vertreter und Beamte entlassen? Wir fragen Pakistan, wann werden Sie Asia Bibi freilassen, die unschuldige, christliche Mutter von fünf Kindern, die zur Zeit in der Todeszelle sitzt, aufgrund des absurden Vorwurfs der Blasphemie? Wir fragen Saudi-Arabien, wann wird Sie die Geschlechterapartheid beenden? Wann hören Sie mit der anhaltenden Unterdrückung sämtlicher religiöser Praktiken auf, die nicht zum wahhabitischen Islam gehören? Wann werden Sie Raif Badawi freilassen, der eine zehnjährige Gefängnisstrafe absitzt für das Verbrechen für eine freie Gesellschaft eingetreten zu sein?

Wir begrüßen die Zusage des Generalsekretärs für eine Reform der Vereinten Nationen. Darum fordern wir heute gemäß Artikel 8 der Resolution 60/251 die Entfernung von Saudi-Arabien aus dem Menschenrechtsrat. So lange 1,3

”

Algerien, wo sind Deine Juden?

Milliarden Menschen grundlegende Menschenrechte verweigert werden, fordern wir die Entfernung von China. So lange die Menschenrechte von Bangladesch, Bolivien, Burundi, Kongo, Ägypten, Irak, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten verweigert werden, fordern wir deren Entfernung. Solange die Regierung Maduros Demokraten einsperrt, wie den Bürgermeister Antonio Ledezma von Caracas, während sie Millionen ihrer Bürger verzweifelt nach Nahrung suchen lässt, fordern wir die Entfernung von Venezuela. Solange die Regierung Castros Eduardo Cardet im Gefängnis sitzen lässt als Gefangener seines Gewissens, fordern wir die Entfernung Kubas ...“

Da hielt es der kubanische Vertreter nicht mehr aus und unterbrach. Ihm folgten unzählige weitere Nationen, so dass über 13 Minuten lang darüber diskutiert wurde, ob sich der sogenannte Menschenrechtsrat Kritik gefallen lassen müsse. Kuba erklärte ausführlich,

die Mitglieder im Menschenrechtsrat seien nun mal gewählt worden und deshalb solle UN Watch zur Ordnung gerufen werden! Bangladesch erklärte ebenfalls ausführlich, die Sprache von UN Watch sei „nicht nur unannehm-

“

bar, sondern abscheulich“. Bangladesch erklärte nicht, dass die aufgezeigten Menschenrechtsverletzungen unannehmbar und abscheulich seien, aber betonte stattdessen, die Organisation UN Watch sei ernsthaft besorgniserregend und deren weitere Teilnahme daher „nicht wünschenswert“.

Venezuela stimmte Kuba und Bangladesch zu und betonte, UN Watch habe nichts zu tun mit der Förderung von Menschenrechten: „Diese Organisation verletzt den Geist der Zusammenarbeit, der notwendig ist für die Bedürfnisse unserer Arbeit“. Pakistan erklärte, UN Watch lasse es an Ehre und Respekt fehlen, die stets an der Spitze der Tagesordnung des Rates stehen sollten. Nach Pakistan folgten die USA, die kurz erklärten – ohne etwas zum Inhalt der Aussagen von UN Watch zu sagen –, dass der Organisation die Möglichkeit gegeben werden sollte weiterzusprechen. China widersprach, weil die Vorwürfe von UN

Watch „völlig inakzeptabel“ seien. Daraufhin erklärten das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Kanada in kurzen Erklärungen, UN Watch möge weitersprechen.

Saudi-Arabien und Iran widersprachen. Litauen erklärte, Nichtregierungsorganisationen seien wertvoller Bestandteil des Dialogs, deshalb sollten sie ausreden dürfen. Deutschland stimmte zu. Bolivien wiederum erklärte, Pakistan, China und Saudi-Arabien zustimmen zu müssen und fügte hinzu: „Wir stellen nicht die Meinungsfreiheit in Frage. Es ist der Inhalt von dem, was die Nichtregierungsorganisation gesagt hat, das sie diskreditiert.“

Die ganze Unterbrechung dauerte über 13 Minuten, so dass der Vizepräsident des Menschenrechtsrats am Ende erklärte:

„Wir haben jetzt mehr als zehn Minuten verschwendet. Wir haben 15 Länder zu der Frage gehört, ob wir es UN Watch ermöglichen sollen weiterzusprechen. Wir sollten alle zur Kenntnis nehmen, dass wir kaum noch Zeit haben für diese Sitzung. Darum sollten wir alle in effizienter Weise diesen Punkt zu Ende bringen. Daher darf UN Watch jetzt noch zehn Sekunden sprechen, aber ich fordere den Repräsentanten von UN Watch auf, sich angemessen zu verhalten („stay in line“) und die Mitgliedsstaaten und vor allem den Rat selbst zu respektieren!“

Nur zehn Sekunden! Was kann man nach einem minutenlangen Angriff von Vorwürfen und der Rüge durch den Vorsitzenden, sich gefällig angemessen zu verhalten, schon passendes in zehn Sekunden sagen? Hillel Neuer brauchte nur neun Sekunden:

„Mr. Präsident, wir haben das Recht die Gründe für die Suspendierung eines Mitgliedsstaats zu zitieren, die die Gründungscharta dieses Rats selbst formuliert hat. Die Mitgliedsstaaten können bei sich zuhause die Menschenrechte zu Schweigen bringen, aber nicht hier in den Vereinten Nationen.“

Am 20. März 2017 regten sich Länder wie Saudi-Arabien und China darüber auf, dass Menschenrechtsverletzungen in ihren Grenzen kritisiert wurden, obwohl sie fünf Tage vorher, nämlich am 15. März 2017, selbst nicht sehr zimperlich waren bei der Anklage von Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern.

Ägypten warf Großbritannien vor Menschenrechte massiv zu verletzen. Venezuela wiederum warf einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Xenophobie und Rassismus vor, aber präsentierte sich selbst als Beispiel für die Schaffung einer gerechten Gesellschaft. Auch China lobte die eigene „vorbildliche“ Einhaltung der Menschenrechte, kritisierte jedoch den Rassismus in den USA. Russland kritisierte empört den Rassismus in den USA, Frankreich und Deutschland und betonte, die sexuelle Gewalt sei in Kanada, Schweden, Dänemark, Großbritannien und den USA besonders hoch. Syrien erklärte, in Aleppo würden die Menschen geschützt. Der Iran führte aus, Israel sei in Wirklichkeit die Wurzel für die Krise in Syrien. Nord-Korea stimmte dem zu und erklärte, Israel sei mit „systematischen Verletzungen der Menschenrechte“ Schuld an der Krise in den arabischen Gebieten rund um Syrien. Hillel Neuer fand auch für diese Farce die richtigen Worte:

„Alles, was wir gerade von einigen der weltweit schlimmsten Menschenrechtsverletzern gehört haben, hat keine Rechtsgrundlage und keinen Bezug zur Realität. Wann wird dieser UN-Rat endlich seiner eigenen Charta gerecht und adressiert die wirklichen Menschenrechtsverletzungen in den folgenden Regionen:

- #Afghanistan: Frauenhass!
- #Algerien: Machtmissbrauch!
- #Weißrussland: Autoritarismus!
- #Burundi: Völkermordwarnung.
- #Kambodscha: Gewalt gegen Frauen!
- #Zentralafrika: Sexuelle Missbräuche von Friedenstruppen!
- #China: Verweigerung der Grundrechte!
- #Kongo: Kinderarbeit!
- #Kuba: Diktatur!
- #Ecuador: Unterdrückung der Opposition!
- #Ägypten: Außergerichtliche Tötungen!
- #Eritrea: Zwangsarbeit!
- #Äthiopien: Willkürliche Hinrichtungen!
- #Haiti: Chronische Korruption!
- #Iran: Folter!
- #Irak: Hibrichtungen durch das Militär!
- #Laos: Missbrauch von Gefangenen!
- #Libanon: Gräueltaten der Hisbollah!
- #Libyen: Massenmorde!
- #Malaysia: Hinrichtungen durch die Polizei!
- #Maldediven: Einkerkern der Opposition!
- #Mali: Folter!
- #Mauritanien: Sklaverei!
- #Morokko: Unfreie Rechtsprechung!
- #Myanmar: Gewalt gegen Minderheiten!



Wegen absurder Religionsgesetze in Pakistan inhaftiert: Asia Bibi.

- #Nigeria: Außergerichtliche Hinrichtungen!
 - #Nordkorea: Zwangsarbeitslager!
 - #Pakistan: Todesstrafe für Blasphemie!
 - #Panama: Korruption!
 - #Katar: Sklavenarbeit!
 - #Russland: Verfolgung von Dissidenten!
 - #SaudiArabien: Enthauptungen!
 - #SriLanka: Willkürliche Verhaftungen!
 - #Sudan: Bombardierung von Zivilisten!
 - #Syrien: Massaker an Zivilisten!
- Herr Präsident, wann wird die Welt von den wirklichen Menschenrechtsverletzungen hören?“

Der Menschenrechtsrat hatte jedoch besseres zu tun. Statt der von Hillel Neuer zitierten Menschenrechtsverletzungen sonderte der Menschenrechtsrat lieber ein einziges Land aus, das dann mehr kritisiert wurde als alle anderen Länder zusammen. Das Land heißt Israel, der Jude unter den Staaten. Die Vorwürfe gegen Israel lauteten Apartheid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Extremismus, Terrorismus und Judai-

sierung von Jerusalem. Letzteres gilt bei den Vereinten Nationen offensichtlich als Verbrechen. Auch hier fand Hillel Neuer die passenden Worte:

„Alles, was wir gerade gehört haben, von den weltweit schlimmsten Menschenrechtsverletzern der Frauenrechte, Religionsfreiheit, der Presse, der Versammlungs- und Redefreiheit, ist absolut falsch und erinnert an Orwell. Der heutige Bericht betrachtet Israelis als nicht menschenrechtswürdig. Mit seiner berüchtigten antiisraelischen Haltung hat dieser Rat schon im Ansatz die Menschenrechte aller Israelis ignoriert ...“

Auch diese Rede wurde unterbrochen, unter anderem von Ägypten und Pakistan. Danach fuhr Hillel Neuer jedoch unbeindruckt fort:

„Israels 1,5 Millionen Araber genießen das volle Stimmrecht. Sie alle können in die Knesset gewählt werden. Sie arbeiten als Ärzte und Rechtsanwälte und sie dienen am Obersten Gerichtshof. Ich frage die Mitglieder dieser Kommission, die die

Berichte gegen Israel in Auftrag gegeben haben, ich frage die arabischen Staaten, von denen wir gerade gehört haben, ich frage Ägypten, Irak und die anderen: Wie viele Juden leben in Euren Ländern? Wie viele Juden lebten in Ägypten, Irak, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko?

Einst war das Gebiet voller Juden. Algerien hatte 140.000 Juden. Algerien, wo sind Deine Juden? Ägypten hatte 75.000 Juden. Wo sind Deine Juden? Syrien, Du hattest zehntausende von Juden. Wo sind Deine Juden? Irak, Du hattest über 135.000 Juden. Wo sind Deine Juden? Wo ist die Apartheid?

Warum treffen wir uns heute zu einem Tagesordnungspunkt, der nur auf einen einzigen Staat abzielt, den jüdischen Staat? Wo ist die Apartheid, Herr Präsident?“

Nach dieser Rede verstummte der sogenannte Menschenrechtsrat. Es war die ehrlichste Stille der Vereinten Nationen seit langer, langer Zeit.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Haben die Täter auch mich gemeint?

Das große Schweigen um die ermordeten Christen in Ägypten



Von Stefan Frank /
Redaktion Audiatur

Einer der später ermordeten Mitarbeiter von „Charlie Hebdo“.

Bei islamistischen Anschlägen am Palmsonntag auf zwei koptisch-christliche Kirchen in Ägypten wurden am 9. April 2017 mindestens 40 Menschen getötet und über 120 Personen verletzt. Die Massaker wurden in den Nachrichten zwar erwähnt, doch die Berichterstattung war im Vergleich zu anderen Anschlägen kurz, oberflächlich und wurde rasch von anderen Meldungen verdrängt.

Woran liegt das? Ist Mitgefühl eine begrenzte Ressource? Einiges spricht leider dafür. Nehmen wir den U-Bahn-Anschlag von Sankt Petersburg (der, kaum eine Woche später, auch schon fast wieder vergessen ist). Danach fragten viele in Berlin: Warum wird das Brandenburger Tor nicht in den Farben der russischen Nationalflagge angeleuchtet? Für die, die es nicht wissen: Es ist inzwischen ein Brauch, nach den Anschlägen, die Dschihadisten in aller Welt regelmäßig verüben, die Fahne des Landes, in welchem der Terrorakt stattfand, auf das Brandenburger Tor zu projizieren: die französische, die belgische, die türkische, die britische usw. Nach einem der zahlreichen Anschläge in Jerusalem wurde das Brandenburger Tor kürzlich sogar für viele überraschend mit der israelischen Flagge angestrahlt.

Zudem wurde nach dem Massaker von Orlando die Regenbogenfahne der Homosexuellenbewegung und nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt der Berliner Bär gewählt. Vielleicht gibt es in Berlin schon die Planstelle des Trauerbeleuchtungstechnikers und einen eigenen Etat. Dann wird es nicht mehr vorkommen, dass es „Schwierigkeiten“ gibt, „einen

geeigneten Projektor“ zu leihen, wie es nach dem Anschlag von Orlando nach Angaben eines Senatsprechers der Fall war. Zumindest gibt es einen offiziellen Leitfadens, der erklärt, für wen geleuchtet wird und für wen nicht. Nur für Partnerstädte, heißt es darin. Das kann offensichtlich nicht stimmen, denn Beobachter wiesen schnell

„Selbst der amerikanische Außenminister John Kerry zeigte 2013 Verständnis für die Charlie-Hebdo-Mörder.“

darauf hin, dass auch Jerusalem und Orlando keine Partnerstädte Berlins seien.

Die Wahrheit ist so simpel, dass sie sich jeder selbst erklären kann, aber so unangenehm, dass Offizielle sich nicht trauen, sie auszusprechen: Es werden heutzutage einfach viel zu viele Terroranschläge verübt, Tag für Tag, Woche für Woche. Würde dann jedes Mal das Brandenburger Tor in den entsprechenden Farben angestrahlt, würde dieses schnell zu einem reinen Mahnmal für die Opfer von Terroristen. Das wäre vielleicht gar keine schlechte Sache, ist politisch aber offenbar nicht gewollt.

Mitgefühl oder Egoismus?

Man muss sich also, damit das Trauern nicht jeden einzelnen Tag bestimmt, auf einige Anlässe konzentrieren. Aber welche? Gibt es wichtige und weniger wichtige Anschläge und Opfer? Genau dieser Frage hat sich Audiatur vor fast genau einem Jahr schon einmal gewidmet und dazu Wissenschaftler befragt, die geforscht haben, wie viel Raum der

Berichterstattung über Terroranschläge in einigen ausgewählten Tageszeitungen gewidmet wird.

James Igoe Walsh, Professor für Politikwissenschaft an der University North Carolina und Projektleiter der Studie „Media Attention to Terrorist Attacks: Causes and Consequences“, sagte, Zeitungsleser und Fernsehzu-

anschlagen des IS in Paris und Brüssel), dann deutet dies daraufhin, dass diese Organisationen Schritte unternehmen, außerhalb ihres Landes anzugreifen. Und wenn der IS Belgien angreift, dann kann man vernünftigerweise folgern, dass er auch an Anschlägen in Deutschland, Großbritannien oder den USA interessiert sein wird.“

„Dieser Anschlag trifft uns alle“

Es spricht also einiges dafür, dass das, was wir scheinbar humanitär als Mitgefühl mit Opfern beschreiben, zumindest zu einem Teil auch von ziemlich egoistischen Gefühlen gesteuert wird, nämlich der Frage: Könnte mir das auch passieren? Haben die Täter auch mich gemeint? Hätten sie im Zweifelsfall auch mich getötet?

Der abgegriffene Politikersatz „Dieser Anschlag trifft uns alle“ gibt einigen Aufschluss darüber, warum das Mitgefühl so unterschiedlich verteilt ist. Anschläge treffen nämlich immer nur dann „uns alle“, wenn sie sich in der westlichen Welt ereignen und die Opfer, wie dann gern gesagt wird, „wahllos“ getötet wurden. Ein Massaker, das nur Juden, nur Schiiten oder nur ägyptischen Christen galt – wo also der Täter so umsichtig war, nicht „wahllos“ zu töten, sondern seine Opfer gut ausgewählt hat – gilt eben zumindest aus Politikersicht nicht „uns allen“. Es gilt den anderen.

Natürlich dürfen wir bei der Frage des gerechten und angemessenen Gedenkens nicht mit dem Finger auf andere zeigen, ohne mit uns selbst ins Gericht zu gehen und das eigene Gewissen zu erforschen. Wer kann



Ägyptische Christen halten nach einem Anschlag ein Holzkreuz in die Höhe.

behaupten, sich auch nur an alle Terroranschläge der jüngeren Zeit zu erinnern? Selbst auf Wikipedia findet man ja nur eine „Auswahl“. Und wie viele Menschen sind unter uns, die wirklich von jedem Anschlag gleich berührt sind?

Den Opfern die Schuld geben

Doch es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man mit der Ungleichbehandlung der Opfer des Terrorismus umgehen kann. Man kann entweder versuchen, etwas dagegen zu tun, oder es kann einem gleichgültig sein. Ja, es gibt sogar Arten, über Anschläge zu sprechen, die diese unselige Tendenz noch unterstützen. Ein besonders abscheuliches Beispiel ist hier der ehemalige amerikanische Außenminister John Kerry. Nach den Pariser Anschlägen vom 13. November 2013 sagte er:

„Es gibt einen Unterschied zu Charlie Hebdo, und ich denke, dass jeder ihn spürt. [Der Anschlag auf Charlie Hebdo] hatte einen besonderen Fokus und vielleicht sogar eine Legitimation im Hinblick auf – keine Legitimation, aber eine Ratio, die man sich irgendwie zueigen machen kann und sagen: OK, sie sind wirklich wütend wegen diesem und jenem. Dieser Freitag hingegen war völlig unterschiedslos.“

Hier haben wir eine Illustration der oben vorgebrachten These: Da ist auf der einen Seite der gezielte Mord an einer ausgesuchten Gruppe; in dem Fall waren es Satiriker, es können aber auch Juden oder Christen sein. Den Mord an den Mitarbeitern des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ konnte Kerry verstehen. Viel schockierender sind „unterschiedslose“ Morde.

Kerrys Äußerung ist nahe an dem, was man „victim blaming“ nennt: den Opfern eines Verbrechens die Schuld geben. Einige der Opfer hatten Mohammed-Karikaturen gezeichnet? Ja, dann ist es ja kein Wunder, dass sie getötet wurden. Das victim blaming ist bei vielen Journalisten eine Obsession.

Es mag vielleicht daran liegen, dass es zum Beruf eines Journalisten gehört, Dinge zu erklären. Dazu gehört wiederum, Ursachen zu nennen. Und natürlich hat jeder Terroranschlag eine Ursache – nämlich den Hass der Täter:

Dschihadisten töten Christen, weil diese keine Muslime sind; sie töten Juden, weil diese keine Muslime sind; und sie töten andere Muslime, die in ihren Augen keine wahren Muslime sind. Es sind da aber nicht wenige Journalisten, die die Schuld bei den Opfern suchen oder bei der Regierung des Landes, in dem sich das Massaker ereignet hat. Machen sich Araber in Jerusalem daran, mit Messern und Äxten Juden zu töten, dann wird in deutschen Zeitungen schon mal deren „Frustration“ verantwortlich gemacht. Oder „Armut und Polizeigewalt“. Wenn nicht gar: „Verzweiflung“ über die „gescheiterten Friedensverhandlungen“. Die perverse Logik: Der Mörder will nichts Anderes als Frieden, das Mordopfer war dann wohl nicht so friedlich. Dieses victim blaming finden wir auch bei den jüngsten Anschlägen. So schreibt „Spiegel online“:

„Allerdings werden Kopten in Ägypten seit einigen Jahren zunehmend Opfer von Gewalt. Radikale Islamisierungsgruppen werfen den Kopten vor, den Sturz des islamistischen Präsidenten Mohamed Morsi im Sommer 2013 unterstützt zu haben. Seitdem wurden Menschenrechtsaktivisten zufolge mehr als 40 koptische Kirchen in Brand gesetzt oder beschädigt.“

Soll heißen: Die Christen sind schuld, und die Täter haben einen nachvollziehbaren Grund. Hätte der Journalist recherchiert, hätte ihm auf-

fallen sollen, dass Christen in Ägypten nicht erst seit 2013, sondern schon seit über 40 Jahren im Visier radikaler Muslime sind. Und dass Christen nicht nur in Ägypten getötet werden, sondern in vielen mehrheitlich muslimi-

schen Ländern Afrikas und der Welt. Doch schon im Dezember 2016, als bei einem Anschlag auf einen christlichen Gottesdienst in Ägypten 25 Menschen getötet worden waren, brachte „Spiegel Online“ dies mit dem – von zig Millionen Ägyptern unterstützten – Sturz Mursis in Verbindung: „Der koptische Papst Tawadros II. stellte sich demonstrativ hinter Sisi, als dieser 2013 den gewählten islamistischen Präsidenten Mohamed Morsi mit einem Putsch beiseitigte.“ Das victim blaming ist schon eine Art Textbaustein, den man nur einzufügen braucht.

Ein besonders unruhliches Beispiel hierfür ist auch ein Kommentar im „Tagesspiegel“ zu den Anschlägen von Sankt Petersburg. Dort heißt es, Russland „proviziert zudem mit seinem militärischen Einsatz an der Seite des Massenmörders Assad noch mehr Zulauf für Dschihadisten“.

Sie meinen immer uns alle

Noch einmal die Frage: Warum gibt es bei manchen islamistischen Terroranschlägen mehr, bei anderen weniger Mitgefühl für die Opfer? Das Mitgefühl ist dann besonders stark, wenn es das Gefühl gibt: Das hätte auch mich treffen können. Dieses Gefühl wiederum ist umso stärker, je näher der Anschlag uns ist – geografisch und kulturell. Bei einem Angriff auf eine ägyptische Kirche haben nur sehr wenige Europäer das Gefühl, dass es

auch sie hätte treffen können. Die bekannte Journalistenfrage, ob unter den Opfern „auch Deutsche“ bzw. „auch Schweizer“ waren, wird in solchen Fällen gar nicht erst gestellt. Wären europäische Urlauber ermordet worden, so wie 2015 in Tunesien – dann, ja dann wäre die Berichterstattung eine ganz andere gewesen (obwohl auch solche Anschläge bald von anderen Nachrichten verdrängt werden). Wenn es aber Christen in Afrika trifft, ist das Gefühl, dass auch wir gemeint sind, offenbar in Europa weniger stark. Das ist ein schwerer Fehler.

„Die Opfer des Terrorismus sind wie wir“

Was ist dagegen zu tun? Zum einen müssen Journalisten sich angewöhnen, die Schuld bei den Tätern zu suchen, nicht bei den Opfern. Zum anderen wäre es hilfreich, wenn einmal Fernsichtteams nach Ägypten (oder Kenia, Pakistan etc.) reisen und mit den Hinterbliebenen von Anschlägen sprechen würden. Dazu müssten Bilder der Opfer gezeigt, ihre Namen genannt und ihre Geschichten erzählt werden. Dann spätestens würde jedem von uns klarwerden: Die Opfer des Terrorismus sind wie wir – auch wenn sie weit weg leben. Und das Gedenken sollte nicht um Städtenamen oder Nationalflaggen kreisen. Die Opfer sind konkrete Menschen, keine Städte oder Länder. Die Frage, warum diese Menschen sterben mussten, darf keine rhetorische bleiben, sondern hat eine Antwort: Weil es auf der Welt Dschihadisten gibt, die alle töten wollen, die nicht ihrer Auslegung des Islam gemäß sind oder leben. Insofern gilt jeder Anschlag uns allen. Ironischerweise ist dies aus Sicht der Dschihadisten selbstverständlich: Sie machen keinen Unterschied zwischen dem Besucher eines Rockkonzerts in Paris, dem Gottesdienstbesucher in Alexandria und dem Passanten in der Stockholmer Innenstadt; für sie sind wir alle gleich.

72 Jahre Frieden in Europa: Es war die NATO, nicht die EU/EG/EWG

Die Philosophie der Abschreckung hat Europa vor dem Krieg bewahrt

Von Carl Christian Jancke

In diesen Tagen feiert man 60 Jahre römische Verträge und damit die Gründung der EU. Diese mögen zu freiem Warenverkehr, freier Kapitalbewegung, Diskriminierungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit beigetragen haben. Den Frieden in Europa aber hat nicht sie bewahrt. Ich will erklären, warum sich die EU hier mit fremden Federn schmückt.

Am 15. August 1983 endete für mich als Abiturient die frisch gewonnene Freiheit. Ich musste als Wehrpflichtiger zur Grundausbildung bei der Bundeswehr einrücken. Damals verlief mitten durch Deutschland und Europa der Eisenerne Vorhang. Der Warschauer Pakt und die NATO standen sich verfeindet und hochgerüstet mit Atomwaffen gegenüber. In den Politik-Spalten und insbesondere den Feuilletons der Zeitungen philosophierte man über das, was Hans-Dietrich Genscher und Egon Bahr friedliche Koexistenz nannten, was aber in Wahrheit ein Gleichgewicht des Schreckens war.

Helmut Kohl war kein Jahr lang Bundeskanzler und verteidigte erbittert das wesentliche Vermächtnis seines Vorgängers Helmut Schmidt: Den NATO-Doppelbeschluss. Die Sowjets hatten den Plan, Westeuropa vom Verbündeten USA zu entkoppeln. Sie stationierten Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20, die nur Ziele in Europa erreichen konnten. Die USA, die von einem Schlag mit diesen Raketen unberührt blieben, hätten dann Interkontinentalraketen vom Boden der USA schicken müssen und hätten sich dem womöglich verweigert. Schon alleine die Drohung, so Helmut Schmidt, hätte Westeuropa erpressbar gemacht. Denn das Zulassen des Mauerbau hatte schon 1961 deutlich gemacht, dass Kennedy lieber den halben Kontinent einsperren ließ, statt die Freiheit 20 Jahre nach dem letzten Krieg erneut mit Waffen zu verteidigen.

Deshalb forderte Schmidt von den Amerikanern ebenfalls Mittelstreckenraketen (vom Typ Pershing II) in Europa zu stationieren, um den USA die Chance zu geben flexibel zu reagieren und keine Interkontinentalraketen vom eigenen Territorium schicken zu müssen. Diese Logik des Raketenschachs des Kalten Krieges erschloss sich weiten Teilen der Gesellschaft nicht und Hunderttausende demonstrierten auf dem Bonner Hofgarten gegen den „Doppelbeschluss“. Pikant, dass ausgerechnet die Ikone der Sozialdemokratie, Willy Brandt, seinem Nachfolger Schmidt in den Rücken fiel und sich gegen die Stationierung aussprach.

Die „Friedensbewegung“ (in deren Reihen zahlreiche Stasi-Agenten der SED tätig waren wie z.B. Gerhard Kaden und William Borm) war die andere Seite der Medaille der grünen Bewegung. Zu deren Selbsttäuschung gehörte das berühmte halbe Zitat von Berthold Brecht: „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“, der sich als Aufkleber neben dem „Atomkraft Nein Danke“-Badge auf fast jeder Ente und jedem R4 fand. Was da nicht stand, war der zweite Satz von Brecht, der da hieß: „Dann kommt der Krieg zu Dir.“ Und so wäre es denn auch gekommen,



Die NATO-Zentrale in Brüssel.

wenn die NATO nicht die Philosophie der Abschreckung verteidigt hätte: „Wer als Erster auf den Roten Knopf drückt, stirbt als Zweiter“. Weil die Frühwarnsysteme Zeit genug ließen noch die eigenen Raketen auf den Weg zu bringen, führte die Angst vor der eigenen Vernichtung dazu, dass 40 Jahre lang in Europa Frieden herrschte, auch wenn der östliche Teil in bitterer Diktatur und wirtschaftlichem Verfall dar-

nenko, Andropow), bis man sich entschloss mit Michail Gorbatschow einen Mann unter 60 zu inthronisieren, der es immerhin bis zur Auflösung der Sowjetunion schaffte an ihrer Spitze zu bleiben

Der entpuppte sich vor allem in einem Land als Hoffnungsträger: In Deutschland. Dabei wollte er eigentlich mit „Glasnost“ und „Perestroika“ das eigene System reformieren, um für die

Bastian in Mutlangen Sitzblockaden gegen die Stationierung von Pershing-2-Raketen organisierten und sich selbst moralische Instanzen wie der Nobelpreisträger Heinrich Böll von Bereitschaftspolizisten wegtragen ließen, legte der französische Publizist Andre Glucksmann seine Philosophie der Abschreckung vor: Waffen sind nicht schlecht. Schlecht ist allenfalls der Zweck, dem sie dienen. Und wer ausreichend bewaffnet ist, muss sich nicht fürchten. Diese Erkenntnis erschloss sich bisher niemandem in der „linksintellektuellen“ Szene.

Dass diese Doktrin bis heute gilt, kann man jenseits des Vertragsgebietes sehen. Weil der Nachfolgestaat der Sowjetunion, die russische Föderation von der NATO nichts zu befürchten hatte, zettelte sie Kriege in Georgien und der Ukraine an. Der vermeintliche Bürgerkrieg in der Ukraine wäre kaum denkbar, wenn diese der NATO beigetreten wäre. Dort sicken offensichtlich immer wieder russische Söldner und Waffen ein – natürlich ohne Hoheitszeichen, wie sie nach der Genfer Konvention vorgeschrieben wären.

Deshalb war die NATO-Osterweiterung ein richtiger und wichtiger Schritt, viel wichtiger als der Beitritt der ehemaligen Staaten des „Rates für gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zur Europäischen Union und zum Binnenmarkt. Das letztere hätte ohne das erstere auch keinen Sinn gemacht.

Die NATO hat den Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg bewahrt, weil ihre Mitglieder unter der Führung der USA füreinander einstehen. Wenn dies auch realpolitisch illusorisch ist, so gehörte eigentlich auch Israel in diesen Staatenbund, weil man gemeinsam die Werte von Frieden und Freiheit teilt.

Die EU schmückt sich mit fremden Federn.

ben musste, denn die Sowjets hatten ja den halben Kontinent in Geiselhaft genommen und ihm ein ineffizientes Wirtschaftssystem aufgezwungen, das zu Miss- und Mangelwirtschaft führte.

Es war ausgerechnet der amerikanische Präsident Reagan, der dieses Gleichgewicht des Schreckens zum Einsturz brachte, indem er die Sowjetunion und den Warschauer Pakt „totrütete“. Gegen den ehemaligen Hollywood-Schauspieler und Gouverneur Kaliforniens polemisierte die deutsche Mainstream-Presse in vergleichbarer Weise wie gegen George W. Bush oder heute Donald Trump, auch weil er die Stagnation mit einem radikalen Steuererleichterungs- und -vereinfachungsprogramm überwunden hatte.

Sein SDI-Programm setzte auf das selbe Prinzip wie die „Eiserne Kuppel“ der Israelis. Er wollte die Abschreckung dadurch aushebeln, dass er die sowjetischen Raketen schon in der Luft abschießen konnte. Damals war nicht nur der ganze Warschauer Pakt marode, sondern auch deren Führungspersonal. Jahrelang reisten die Staatlenker zum alljährlichen Begräbnis des Generalsekretärs (Breschnew, Tschere-

KPdSU die Macht zu retten. Da war es am besten, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren: Die Sowjetunion. Nur weil Gorbatschow erkannte, dass diese mit dem Rüstungswetlauf, den Reagan angezettelt hatte, wirtschaftlich nicht mithalten konnte, gab er auf. Nicht aus Friedensliebe, sondern weil er nicht zu gewinnen war: Die Sowjetunion konnte sich so etwas wie ein SDI schlicht nicht leisten. Später sollte sich zeigen, dass sein Spruch „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ vor allem auf ihn selbst zutraf.

Dass ausgerechnet die Europäische Union 2012 den Friedensnobelpreis erhielt, ist ein weiteres Indiz für die politisch motivierten Fehlentscheidungen des Vergabekomitees. Richtig und gerecht wäre es gewesen, ihn der NATO und vor allen Dingen den USA zuzuerkennen, die über 40 Jahre mit ihrer militärischen Stärke und ihrem Arsenal an Atomraketen für die Sicherheit und damit den Frieden in Europa unter Gefährdung der eigenen Existenz garantierten.

Als 1983 deutsche Promis unter Führung der Vorzeige-Grünen Petra Kelly und dem Brigadegeneral a.D. Gert

Der Antisemitismus-Bericht 2017

Unabhängiger Expertenkreis stellt fest, dass Betroffene eine wachsende Bedrohung empfinden

Von Maya Zehden

Am 24. April wurde den Abgeordneten des Bundestages vom „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus“ (UEK) der 300 Seiten starke Antisemitismusbericht 2017 übergeben. Die Kommission erfasste seit Dezember 2014 Entwicklungen des Antisemitismus in Gesellschaft, Medien, Politik, politischen Bewegungen, Sport, Religion und im Bereich Flucht und Migration in Deutschland.

Diesmal wurde insbesondere die Perspektive der von Antisemitismus Betroffenen berücksichtigt. Patrick Siegele, Koordinator des UEK, stellte fest: „Ein großes Problem ist die fehlende Einsicht in der Bevölkerung, dass Antisemitismus ein aktuelles Problem ist.“ Jüdinnen und Juden in Deutschland sähen sich dagegen einer wachsenden Bedrohung ausgesetzt. In einer Studie schildern die Befragten, dass sie zunehmend eine verzerrte Darstellung Israels als Ausdruck von Antisemitismus wahrnehmen, besonders im Internet und in anderen Medien. Als persönliche Bedrohung erlebten sie verbale und alltägliche Beleidigungen, auch stereotype antijüdische/-israelische Äußerungen beispielsweise auf Demonstrationen. Als Täter wurden überproportional häufig muslimische Personen genannt. Allerdings haben wenige der Befragten konkrete Vorfälle angezeigt.

Die neun Experten (Prof. Werner Bergmann, Zentrum für Antisemitismusforschung; Marina Chernivsky, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland; Aycan Demirel, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus; Dr. Elke Gryglewski, Haus der Wannseekonferenz; Prof. Beate Küpper, Hochschule Niederrhein; Prof. Andreas Nachama, Topographie des Terrors; Prof. Armin Pfahl-Taughbar, Fachhochschule Brühl; Patrick Siegele, Anne-Frank-Zentrum; Dr. Juliane Wetzel, Zentrum für Antisemitismusforschung) versuchten als Ausgangspunkt ihrer Arbeit eine Definition von Antisemitismus. Sie ist für die Erfassung tragfähiger Daten unerlässlich. So kann sich Antisemitismus in verbalen Diffamierungen, in politischen Forderungen, in diskriminierenden Praktiken bis hin zu physischen Angriffen äußern. Wo ein strafbarer Tatbestand beginnt, ist jedoch umstritten. Beispiel: Weder das Amtsgericht Wuppertal noch eins der folgenden Gerichte wollten den Brandanschlag von drei „Palästinensern“ auf die Synagoge der Stadt als antisemitisch einstufen (Die Tat geschah im Sommer 2014, das Urteil im März 2017 waren Bewährungsstrafen). Stattdessen wurde dieser Gewaltakt als Protest gegen den Gaza-Konflikt anerkannt.

Wie wird Antisemitismus definiert?

Antisemitische Straftaten werden zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) gezählt. Die UEK bemängelt, dass Polizisten zu Vermeidungsstrategien neigen. So würde häufig bei der Erfassung einer Straftat auch bei offensichtlichem Tatmotiv Antisemitismus auf alternative, nicht politische Tathintergründe verwiesen. Viele Straftaten werden zudem nicht von den Betroffenen oder von Zeugen angezeigt, so dass man von sogenanntem „Underre-



Der Antisemitismusbericht 2017 wird vorgestellt.

porting“ ausgehen kann. Bei den Zahlen vom BKA – Straftaten 2014: 1596, 2015: 1366; Gewalttaten 2014: 45, 2015: 36 – wird vom UEK auch vermutet, dass die tatsächliche Zahl antisemitischer Vorfälle höher liegt.

Die Unterscheidung der Tätermilieus wie politisch oder Migrationshintergrund fehlt im Bericht. Auf diesbezügliche Nachfrage führte Prof. Bergmann aus, dass überwiegend antisemitische körperliche Angriffe von Rechten erfasst

„ **Festgestellt wird auch eine antisemitische Mobilisierung in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus sowie im islamischen Fundamentalismus.** “

worden seien. Der von befragten Betroffenen tatsächlich empfundenen Bedrohung durch Attacken von überwiegend muslimischen, meist jugendlichen Angreifern stehen zu wenige Anzeigen gegenüber. Zudem werden die antisemitischen oft unter fremdenfeindlichen oder anderen Taten eingeordnet und damit nicht ausreichend erfasst.

Ein Großteil des Berichts besteht aus Analysen, die das Phänomen Antisemitismus in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen überprüft haben. Besonders wichtig ist die Bestätigung, dass der klassische, stereotypische Antisemitismus rückläufig ist, aber bei 40 % der Bevölkerung Formen eines israelbezogenen Antisemitismus zu finden sind. Festgestellt wird auch eine antisemitische Mobilisierung in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus sowie im islamischen Fundamentalismus.

Nicht alle Muslime sind in gleichem Maße antisemitisch. Der Antisemitismus unter Migranten steht in engem Zusammenhang mit ihrem Herkunft-

land. Nicht überraschend kommt er vor allem bei Migranten aus arabischen und nordafrikanischen Ländern vor.

Studie im muslimischen Milieu

Aycan Demirel berichtet von einer ersten Studie im muslimischen Milieu mit 18 Imamen aus den großen islamischen Verbänden, die als qualitativer Blick auf die allgemeine Einstellung dieser Gruppe gewertet werde. Entgegen der allgemeinen Annahme sei Holocaustleugnung unter

den Imamen kein Thema. Die Befragten würden vielmehr in ihren Gemeinden eine Differenzierung zwischen Juden und Israel vornehmen, sich damit gemäß ihrer Verantwortung als Autoritäten gegen Antisemitismus aussprechen. Demirel ergänzte, dass sie sich allerdings im Spannungsfeld der Erwartungen der Gemeinden und ihrer Arbeitgeber befinden, was den Wunsch einschränke, die Demokratieerziehung voran zu bringen. Beim Zuhörer hinterlässt diese Einschränkung Zweifel an den Erfolgsaussichten der Bemühungen der Imame.

5 Handlungsempfehlungen

Die Kommission hat den Analysen sowohl Forderungen an die Bundesregierung als auch Handlungsempfehlungen beigefügt. Die fünf Forderungen sind:

1. Berufung eines Antisemitismusbeauftragten und Verstärkung eines unabhängigen Expertenkreises,
2. konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten,

3. dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention,

4. Schaffung einer ständigen Bundesländer-Kommission und

5. langfristig angelegte Forschungsförderung zum Antisemitismus.

Besonders erwähnte Frau Dr. Wetzel in ihrer Zusammenfassung, dass bisher Förderprogramme gegen Antisemitismus nicht ausreichend abgestimmt seien.

Wichtiges Element des Berichts sind die Handlungsempfehlungen, die den Politikern gute Ansätze bieten.

Petra Pau (Die Linke) verurteilte die Reaktionen auf den Angriff auf einen jüdischen Schüler in Berlin-Friedenau als Verharmlosung. Die Abwehrhaltung der Schulleitung und der Eltern sei erschreckend, ihr Verweis auf den Nahostkonflikt als verständliche Ursache der Gewalt sei im Kern antisemitisch. Sie schließt sich der Forderung der Kommission nach einer aussagekräftigen Studie zu antisemitischen Einstellungen an. Rassismus und Antisemitismus seien eben nicht dasselbe und müssten daher auch unterschiedlich bekämpft werden.

Gabriele Fograscher (SPD) will, dass Opfer von Antisemitismus mehr in den Blick genommen und ihnen Hilfsangebote gemacht werden. Einig ist sie sich mit Barbara Woltmann, (CDU/CSU) darin, in der Plenardebatte für eine Aufstockung der Mittel für diesen Bereich zu plädieren. Allerdings sei zum Ende der Legislaturperiode kaum noch mit Entscheidungen zu rechnen.

Zu hoffen ist, dass die Forderung von UEK-Koordinator Siegele nach einem schlüssigen Gesamtkonzept zur Bekämpfung des Antisemitismus auch wirklich von der Politik umgesetzt wird. Jetzt werden die Weichen dafür gestellt, wie durchsetzungsfähig demokratische Werte in Zukunft sein werden – und der Umgang mit Antisemitismus ist der Lackmestest.

15 Fragen an den Schulleiter Uwe Runkel

Wie begegnet ein deutscher Schuldirektor im Jahre 2017 dem Antisemitismus seiner türkischen und arabischen Schüler?



Von Gerd Buurmann

Eine Kopie der Micky Maus im arabischen Kinderfernsehen wird von einem „israelischen Terroristen“ totgeprügelt.

Sehr geehrter Schulleiter der Friede-nauer Gemeinschaftsschule Uwe Runkel,

„Du bist ein cooler Typ, aber du bist Jude, und ich bin Muslim. Wir können nicht befreundet sein.“

Das sind die Worte, die sich ein 14-jähriger Schüler an Ihrer Schule anhören musste! Der Junge wurde geschubst, getreten und mit der Faust in den Rücken geschlagen, weil er ein Jude ist. Mitte März 2017 wurde er sogar außerhalb der Schule an einer Bushaltestelle von zwei Schülern gewürgt und mit einer Spielzeugpistole bedroht, während andere Schüler zugeschaut und gelacht haben. All dies ist an einer deutschen Schule 70 Jahre nach dem Holocaust geschehen. Die Mutter des Jungen wusste sich letztendlich nicht zu helfen und nahm ihren Sohn von der Schule.

Nachdem der Junge die Schule verlassen hatte, erklärten Sie:

„Bei der Anmeldung des Schülers habe ich die Mutter darauf hingewiesen, dass wir keine Erfahrung mit jüdischen Schülern haben, die wie der 14-Jährige offen

mit ihrer Religion umgehen.“

„Offen mit ihrer Religion umgehen“ heißt in diesem Fall, der Junge hatte im Ethikunterricht erklärt, Jude zu sein. Das reichte für einen Teil der Schülerschaft schon aus, um gegen den Jungen vorzugehen.

Mein Name ist Gerd Buurmann. Im Auftrag der JÜDISCHEN RUNDSCHAU habe ich ein paar Fragen an Sie:

1. Welche Erfahrungen haben Sie mit dem ersten Schüler gemacht, der an Ihrer Schule offen zu seinem jüdischen Glauben steht?

2. Was haben Sie unternommen, um den jüdischen Jungen zu unterstützen und an Ihrer Schule zu behalten?

3. Würden Sie nach all den Erfahrungen wieder einen Juden, der offen zu seiner Religion steht, an Ihrer Schule aufnehmen?

4. Sehen Sie irgendwelche Versäumnisse auf Ihrer Seite, sowohl im Vorfeld als auch im Verlauf der Angelegenheit?

5. Welche Erfahrungen haben Sie mit den Jugendlichen gemacht, die den jungen Juden gedemütigt und gequält

haben?

6. Welche Konsequenzen gab es für die Schüler, die den jungen Juden gedemütigt und gequält haben?

In der Sekundarstufe Ihrer Schule

te Tat des Judenmords singen.

In einer Serie eines der erfolgreichen arabischen Sender wird gezeigt, wie Juden ein Christenkind schlachten, um aus seinem Blut Mazzebrot zu machen.

„ Im arabischen Fernsehen ruft das lustige Hamas-Häschen Assud die Kinder zum Krieg gegen Juden und Ungläubige auf. Zu seinem Hobby gehört es, Juden zu töten. “

liegt der Anteil an Schülern nichtdeutscher Herkunft bei 75 Prozent. Der Anteil türkischer und arabischer Schüler macht von den 75 Prozent etwas mehr als die Hälfte aus. Sie sagen: „Wir haben fünf Willkommensklassen mit Flüchtlingskindern.“

Wie Sie wissen, hat jeder Mensch in Deutschland heute Zugang zum Internet und kann so auch die arabischen Medien verfolgen. In vielen deutschen Wohnzimmern sind arabische Sendungen in den Flimmerkisten zu sehen. Im arabischen Fernsehen ruft das lustige Hamas-Häschen Assud die Kinder zum Krieg gegen Juden und Ungläubige auf. Zu seinem Hobby gehört es, Juden zu töten. Die Hamas Maus wiederum stachelt Kinder zum Hass gegen Juden auf und lässt sie Lieder über die heldenhaf-

Die Serie lief zur besten Sendezeit im Feiertagsprogramm. Sie war und ist auch heute noch in deutschen Wohnzimmern zu sehen. Im arabischen Fernsehprogramm ist der Hass gegen Juden Alltag.

7. Was sagen Sie zu diesen jüdenfeindlichen Sendungen?

8. Sprechen Sie mit Ihren Schülerinnen und Schülern über jüdenfeindlichen Sendungen, die sie im Internet und im Fernsehen in ihrer Muttersprache konsumieren (können)?

9. Welche Unterschiede sehen Sie zwischen der Propaganda von Neonazis und der alltäglichen Propaganda, der arabische und türkische Jugendliche in Deutschland ausgesetzt sind?

In einem Projekt der Alice-Salomon Fachhochschule aus dem Jahr 2005

**Neurologisch-psychiatrisches Praxis
in Dortmund steht zum Verkauf (günstig).**

Tel.: (0231)22058989

oder E-Mail: kolambo1954@mail.ru

wurden jugendliche Migrantinnen und Migranten im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg interviewt. Über Juden sagten sie:

„Die töten sogar ein kleines Baby, was gerade geboren ist.“

„Hitler gefällt mir. Tja der hat's damals richtig gemacht.“

„Schade, dass nicht alle weg sind.“

Zwölf Jahre später finden sich diese und noch viel schlimmere Aussagen gegen Juden in Hülle und Fülle auf Facebook und anderen sozialen Medien. Unter anderem dieser Hass hat es ermöglicht, dass im heutigen Berlin auf offener Straße wieder dieser Satz von einer Horde gebrüllt werden kann: „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!“

In Hannover wurden im Jahr 2010 Juden von muslimischen Kindern und Jugendlichen mit Steinen beworfen. In Offenbach wurde ein Rabbiner in einer Einkaufspassage von muslimischen Jugendlichen angegangen. Daher diese zehnte Frage:

10. Was unternehmen Sie gegen den islamisch motivierten Judenhass, der an Ihrer Schule grassiert?

Ihre Schule erklärt: „Die Friedenauer Gemeinschaftsschule versteht sich als ‚inklusive Gemeinschaftsschule‘ von Schulbeginn bis Schulabschluss. Inklusion bedeutet für uns die Akzeptanz und Wertschätzung der Heterogenität aller Kinder, unabhängig von ihren Begabungen, Beeinträchtigungen, Geschlechterrollen, ihrer ethnischen, nationalen und/oder sozialen Herkunft oder anderen kategorialen Eigenschaften.“

11. Wie gehen Sie ganz persönlich mit Ihrem Versagen um, Judenhass an Ihrer Schule nicht frühzeitig erkannt und be-

kämpft zu haben, so dass ein Jude exkludiert, statt inkludiert wurde?

Am 4. April 2017 schrieben die Elternvertreterinnen Anja Kathrin Schultz, Julia Kuhne und Marika Saridou an den Tagesspiegel einen Leserbrief, in dem sich folgende Worte finden:

„Als Eltern von Grundschüler_innen der Schule möchten wir an dieser Stelle unser großes Missfallen über die erschreckend unreflektierte und einseitige Art der Berichterstattung äußern, die sich nachhaltig rufschädigend für eine äußerst engagierte Schule auswirkt.“

Ich habe daher diese zwölfte Frage:

12. Was missfällt Ihnen mehr – dass der Ruf Ihrer Schule geschädigt wird oder dass Ihre Schule eine der ersten deutschen Schulen nach dem Nationalsozialismus ist, auf der ein jüdischer Schüler derart terrorisiert wurde, dass er es nicht mehr ausgehalten hat?

In dem Elternbrief finden sich auch diese Worte:

„Seit Jahrzehnten existiert im Nahen Osten ein nicht enden wollender Konflikt

Auswüchsen internationaler Konflikte, wie des Nahostkonflikts, nicht verschont bleiben.“

Der sogenannte „Konflikt“ im Nahen Osten sieht wie folgt aus: Während Israel seit der Unabhängigkeitserklärung die Hand zum Frieden ausstreckt, ruft die arabische Seite zur Vernichtung aller Juden auf. Der „Konflikt“ zwischen Juden und Arabern ist somit heute in etwa so sehr ein „Konflikt“, der von beiden Seiten ausgeht, wie der „Konflikt“ zwischen Deutschen und Juden im Jahr 1933. Damals verließen die ersten jüdischen Kinder deutsche Schulen, so wie es im Jahr 2017 in ihrer Schule geschehen ist.

In der israelischen Unabhängigkeitserklärung steht:

„Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen

„Was missfällt Ihnen mehr – dass der Ruf Ihrer Schule geschädigt wird oder dass Ihre Schule eine der ersten deutschen Schulen nach dem Nationalsozialismus ist, auf der ein jüdischer Schüler derart terrorisiert wurde?“

zwischen Arabern und Juden. Eine Stadt wie Berlin, in der Menschen beider Religionen und Kulturen (und noch vieler mehr) leben – was unserer Meinung nach ein enormer Reichtum ist – kann vor den

zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe mit dem selbstständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

In der Gründungscharta der Hamas steht:

„Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: ‚Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!‘ (...) Ansätze zum Frieden, die sogenannten friedlichen Lösungen und die internationalen Konferenzen zur Lösung der Palästinafrage stehen sämtlichst im Widerspruch zu den Auffassungen der Islamischen Widerstandsbewegung.“

Das bringt mich zu der Frage, die auch die Elternvertretung in ihrem Brief an den „Tagesspiegel“ gestellt hat.

13. Wie kann eine Schule mit einer Schüler_innenschaft, die sich aus vielen Nationen zusammensetzt, davor gefeit sein, dass es zu religiös motivierten Auseinandersetzungen zwischen Schülerinnen und Schülern kommt?

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch ein paar judenfeindliche Zitate präsentieren, die bisher in dem „Konflikt“ getätigt wurden:

„Ich unterstütze Deutschland in der Politik und Brasilien im Sport. Ich mag die Art wie Brasilien Fußball spielt, aber ich mag die Deutschen, weil sie die Juden hassen und sie verbrannt haben.“ (Wiam Wahhab, libanesischer Minister am 4. Juli 2010 auf Al-Jadid/New TV)

„Bevor Israel stirbt muss es gedemütigt und erniedrigt werden!“ (Khaled Meshall, Vorsitzender der Hamas am 3. Februar 2006)

„Jeder, der ein Messer, eine Waffe oder ein Auto hat und damit nicht einen Siedler oder einen Juden angreift und mehrere zehn Zionisten tötet, gehört nicht zu Palästina!“ (Fawzi Barhoum, Hamassprecher am 30. Juli 2014)

„Juden sind fremdartige Bakterien, sie sind Mikroben ohne Beispiel auf dieser



Homepage der Gemeinschaftsschule Friedenau

Welt. Möge Gott das schmutzige Volk der Juden vernichten, denn sie haben keine Religion und kein Gewissen! Ich verurteile jeden, der glaubt, eine normale Beziehung mit Juden sei möglich, jeden, der sich mit Juden zusammensetzt, jeden, der glaubt, Juden seien Menschen! Juden sind keine Menschen, sie sind kein Volk. Sie haben keine Religion, kein Gewissen, keine moralischen Werte!“ (Abdallah Jarbu, stellvertretender Minister für religiöse Stiftungen der Hamas am 28. Februar 2010)

„Überließen uns die Juden Palästina, würden wir dann beginnen, sie zu lieben? Natürlich nicht! Wir werden sie niemals lieben. Absolut nicht! (...) Dein Glaube bezüglich der Juden soll sein, erstens, dass sie Ungläubige sind und zweitens, dass sie Feinde sind! Und sie sind nicht nur Feinde, weil sie Palästina besetzt halten. Sie wären auch unsere Feinde, wenn sie niemals irgendetwas besetzt hätten! Wir werden die Juden als Feinde betrachten, selbst wenn sie uns Palästina zurück geben. Weil sie Ungläubige sind!“ (Qatar TV (Katar), 9. Januar 2009)

„In aller Kürze, so sind die Juden: Als Muslime ist unser Blut voller Rachsucht gegen sie und sie kann nur mit der Vernichtung der Juden gestillt werden, so Gott will.“ (Al-Aqsa TV (Gaza), 28. Februar 2008)

„Die größten Feinde eines jeden Muslims nach dem Teufel sind die Juden! Wer sagt das? Gott sagt das!“ (Al-Rahma TV (Ägypten), 9. Januar 2009)

„Immer wieder hat Gott Strafen über die Juden kommen lassen. Die letzte Strafe wurde von Hitler ausgeführt. Bei allem, was er ihnen angetan hat, und die Juden übertreiben bei der Beschreibung dieser Taten, hat Hitler die Juden nur an ihren gerechten Platz gesetzt. Es war die göttliche Strafe für sie!“ (Al-Jazeera TV (Katar) 30. Januar 2009)

Am 9 Oktober 2015 hielt der Kleriker Muhammed Salah „Abu Rajab“ folgende Predigt in der Al-Abraar Moschee in Rafah:

„Unsere erste Phase soll lauten: Stecht die Juden ab! Sie haben keine Chance! Die zweite Phase soll lauten: Wir werden die Juden nicht mehr vertreiben! Wir werden sie allesamt abstechen und abschlachten!“

Ich stelle daher noch diese Frage:

14. Was sagen Sie zu dieser Propaganda, die gewiss ebenfalls von einem Teil Ihrer Schülerinnen und Schüler gehört und verstanden wird?

Aber die wichtigste Frage ist:

15. Warum muss ein jüdischer Junge in Berlin an Ihrer Schule unter dem Krieg leiden, der gegen Israel geführt wird?

Mit der Bitte um Beantwortung der Fragen verbleibe ich,

Gerd Buurmann

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung! Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU! Liebe Leserinnen und Leser, gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit. Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter! Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme! Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Die Facebook-Falle des Heiko Maas

Der Justizminister erhebt Privatunternehmer quasi zu Richtern

Von Carl Christian Jancke

Früher war alles ganz einfach. Im Kanzleramt, den Ministerien und den Partei-, Gewerkschafts-, NGO- und Arbeitgeber-Zentralen saßen die Spin-Doctors und ersannen politische Kampagnen. Deren Sinn und Zweck wurde dann wohlmeinenden Journalisten in Hintergrundgesprächen nahegebracht. Nach Pressekonferenz oder -Mitteilung waren die Blätter, die Nachrichtensendungen und Internetkanäle voll davon. Es gab mindestens eine Talkshow, die sich des Themas annahm. Im Anschluss wurde das gewünschte Ergebnis durch Meinungsumfragen abgesichert, und der Politiker oder die Sache gewannen an Bedeutung. Meist folgte dann eine Initiative oder ein entsprechendes Gesetz.

Doch seit geraumer Zeit funktioniert das nicht mehr. Denn die Leute äußern ihre politische Meinung nicht nur in ihren Wohnzimmern und haben eingedenk der berühmten „Vierzig Prozent der Deutschen meinen, dass...“ nicht mehr das Gefühl in der Minderheit zu sein.

Stattdessen posten sie ihre Ansicht bei Facebook und Twitter und stellen fest, dass es viele, sehr viele Menschen gibt, die dieselbe vermeintliche Minderheitenmeinung vertreten wie sie selbst, die in den Leitmedien gerne als „rechts“, „populistisch“ oder „hetzerisch“ gebrandmarkt wird. Sie vernetzen sich und gründen Gruppen und bestärken sich gegenseitig. Und wenn sie etwas ganz furchtbar finden, was einer der Politiker gerade tut oder sagt, organisieren sie einen „Shitstorm“. Dafür reicht ein falsches Wort oder ein provokantes Foto.

Dabei geht es nicht wirklich derber zu als einst im privaten Kreis. Der Unterschied ist, dass man heute eine größere Menge Gleichgesinnter erreicht. Politiker und Journalisten konnten sich früher sicher sein, dass nur das erscheint, was die „Gatekeeper“ für wichtig genug, vertreten oder politisch korrekt hielten.

So etwas geht nun bei Facebook und Twitter nicht mehr. Hier schafft sich Volkes Stimme Raum und sie bricht das Meinungsmonopol des Establishments. An die Stelle der politischen Kampagne tritt der „Shitstorm“, der für die Profis unvorhersehbar ist. Aus deutlicher Aussprache wird in den Augen der Etablierten leicht „Hatespeech“, die sich i.d.R. selten von der Deutlichkeit boshafter Politiker- oder Journalisten-Kommentare unterscheidet.

Natürlich gibt es im Internet Entgleisungen und Beleidigungen, oft sogar in einem härteren Ton als im wahren Leben. Vor allem aber verunsichert die politische Klasse die Ansammlung von unorthodoxen Auffassungen von Islamkritikern, Flüchtlingspolitik-Kritikern, Euro-Gegnern, Gender-Mainstream-Gegnern oder Menschen, die gar den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel für überschätzt halten.

Informationen, die geeignet sind, die gängigen Großprojekte Euro- und Bankenrettung, Energiewende und Klimawandel und Flüchtlingswelle in Frage zu stellen, werden verächtlich gemacht.

Zeitgleich befällt die Medienleute eine schleichende Existenzangst. Mit dem Verlust der „Gate-Keeper“-Funktion geht der Verlust von Einschaltquoten und Auflagen einher, der wiederum zu niedrigeren Honoraren und Entlassungen auch bei den Leitmedien führt.



Bundesjustizminister Heiko Maas.

Damit einher gehen wiederum zwangsweise mehr Irrtümer, mehr copy and paste und mehr Qualitätsverlust bei den selbsternannten „Qualitätsmedien“.

Die Angst der Politik vor dem Diskurs äußert sich in der Gründung verschiedener Initiativen. Eine davon ist die „Amadeu Antonio Stiftung“ (AAS), die sich in analogen Zeiten einen ordentlichen Ruf erwarb, weil sie in Ostdeutschland gegen rechtsradikale Hooligans kämpfte.

In letzter Zeit setzte sie jedoch politische Radikale wie die linksextreme Aktivistin Julia Schramm als Tugend-

Der Einfluss der von Linken und Linksextremisten durchsetzten Stiftung ist nicht zu unterschätzen. Sie ist Mitglied der vom Bundesjustizminister 2015 gegründeten Arbeitsgruppe „Gemeinsam gegen Hassbotschaften“ und der im Januar 2016 von Facebook gegründeten „Initiative für Zivilcourage Online“, die das Social-Media-Netzwerk berät, was „Hatespeech“ ist und was nicht. Die war letztlich auf immensen Druck der Familienministerin Schwesig und insbesondere des Justizministers Heiko Maas gegründet worden, der von

de“ bezeichnet. Facebook teilte Kurz mit, dass diese Beurteilung nicht gegen die Gemeinschaftsstandards verstieß.

Scholz and Friends bewarb sich im Dezember um einen Fünf-Millionen-Etat beim Schwesig-Ministerium. Insgesamt wurden 104,5 Mio. Euro für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ bereitgestellt. Das Programm richtet sich gegen „Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, gewaltbereiten Islamismus und andere Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit“, erklärt ein Sprecher des Schwesig-Ministeriums. Nicht-gewaltbereiter Islamismus und Linksextremismus stehen offensichtlich nicht auf der Liste. Denn dann müsste man womöglich das Gebaren mancher „linker“ Organisation auf den Prüfstand stellen, die jetzt für ihren fragwürdigen Begriff von Demokratie und gegen vermeintlich „Rechte“ hetzen darf.

Scholz and Friends werden übrigens auf der „Amadeu Antonio“-Homepage als „Partner“ geführt. Kein Wunder, dass der Digitalstratege sich dort kundig machte, als er die Kampagne „Kein Geld für Rechts“ ersann. Seine Idee war ganz einfach: Internetangeboten, die Hensel für „rechts“ hielt, sollten die Werbegelder entzogen werden. Auf diese Weise könne man die unliebsamen „Populisten“ doch prima austrocknen.

Diese hatten tatsächlich erhebliche Einbußen bei den Werbeeinnahmen zu verkraften. Die Media-Agentur, die bisher die „Achse des Guten“ betreut hatte, kündigte keine 24 Stunden später alle Werbeverträge. Die Kunden verzichteten seither auf viel bürgerliche Reichweite. Die Seite verzeichnet immerhin rund 5,3 Mio. Seitenaufrufe im Monat. Ein lohnendes Ziel.

Die Aktion von Hensel wurde als Privatangelegenheit dargestellt, aber nicht vorher deklariert. Auch ein Sprecher des Bundesfamilienministeriums wies darauf hin. Tatsächlich war sie aber wohl

Extremisten sollen die Demokratie schützen.

wächterin über vermeintlich rechtes Gedankengut im Internet ein. Kein Wunder, dass es von ihrem kruden Standpunkt aus die „Achse der Guten“ oder „Tichys Einblick“, zwei konservativ-liberale Internet-Blogs, problemlos auf die „Amadeu Antonio“-Internetseite „Netz gegen Nazis“ als „rechtspopulistisch“ schafften. Noch obskurer war ein „Wiki“, in dem die Beziehungen zwischen vermeintlich rechtspopulistischen oder gar rechtsextremen Personen aufgezeigt wurden. Früher nannte man so etwas einen Pranger.

Plötzlich waren auch SPD und CDU als „rechts“ stigmatisiert

Weil Thilo Sarrazin SPD-Mitglied ist und Alexander Gauland mal in der CDU war, tauchten diese beiden Parteien ebendort als „rechte Organisationen“ auf. Das wurde nun selbst den Sponsoren der linksradikalen Stiftung zu dumm. Die Seite ging vom Netz. Schließlich bekommt die Stiftung jedes Jahr etwa 900.000 Euro aus Steuergeldern geschenkt. Die will man dort ungenutzt auf Spiel setzen.

Facebook immer wieder forderte „Hatespeech“ im Netz zu löschen.

Die beratende Funktion der „Amadeu Antonio Stiftung“ führe allerdings nicht zu einer privilegierten Bevorzugung bei der Löschung von Inhalten, so ein Sprecher von Facebook gegenüber der JÜDISCHEN RUNDSCHAU.

Als die „Achse der Guten“- und JÜDISCHE RUNDSCHAU-Autorin Marisa Kurz bei den Kooperationspartnern und Finanziers der Stiftung nachfragte, warum „Tichys Einblick“ und eben die „Achse des Guten“ von der Stiftung als „rechtspopulistisch“ gebrandmarkt und als „digitale Hassquelle“ diffamiert wurden, meldete sich nicht nur eine Mitarbeiterin der Stiftung umgehend bei ihr, um ihr zu raten sich mit anderen Dingen zu beschäftigen.

Ein kritischer Kommentar gegenüber der Stiftung wurde bei Facebook am 9. Dezember 2016 umgehend gelöscht und die Autorin gesperrt. Zeitgleich hat Facebook eine Anfrage von Kurz negativ beschieden: Der digitale Chefstratege von „Scholz & Friends“, Gerald Hensel hatte Unterstützer der „Achse der Guten“ in einem Post als „faschistische Kettenhun-

eher eine Art Gesellenstück. Scholz and Friends trennte sich offiziell von dem Mann und erhielt den Zuschlag für den Fünf-Millionen-Etat. Bei den aus dem Willy-Brandt-Haus entsandten Ministeriumsmitarbeitern soll die Aktion einem Insider zufolge jedenfalls Wohlgefallen ausgelöst haben.

Schwesigs Demokratienachhilfe erweckt den Eindruck, als ob der gemeine Bürger in der Bundesrepublik „Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ brauche, um zum Demokraten zu werden.

Zwar bestreitet der Sprecher ihres Ministeriums, dass es sich hier um verdeckte Wahlkampffinanzierung handelt. Jedenfalls werden satte 104,5 Millionen Euro mit der Gießkanne über das Land gegossen, um ein Meinungsklima zu schaffen, in dem all diejenigen, die jenseits des sozialdemokratischen Mainstreams stehen, stigmatisiert werden.

700 Bertelsmann-Mitarbeiter löschen Bei Facebook zeigt dieser politische Dauerdruck von Maas und Schwesig schon Wirkung. Im vorausseilenden Gehorsam bemüht man sich, Äußerungen, die gegen die „Community Standards“ verstoßen (könnten), im Vorhinein zu löschen. Alleine in Deutschland sollen 700 Mitarbeiter der Bertelsmann-Tochter Arvato damit beschäftigt sein missliebige Äußerungen zu löschen. Dabei leisten die Kalifornier sich gleich mehrere Eigentore:

Zahlen darüber, wie viele Posts alltäglich bei Facebook erscheinen, und wie viele als Verstoß gemeldet werden, wie viele tatsächlich gelöscht werden und wie viele Sperren ausgesprochen werden, veröffentlicht man nicht. Da man nur davon ausgehen kann, dass es sich jeweils um Millionen Posts, Meldungen und mindestens tausende Löschvorgänge und Sperren pro Tag handeln muss, würde schnell jeder begreifen, dass Facebook an einer totalen Kontrolle scheitern muss. Die Forderung der Politik „Hatespeech“ binnen Kürze zu löschen ist schon nicht erfüllbar.

Außerdem hat Facebook ein Legitimationsproblem. Der Plattformbetreiber muss sich anmaßen zu entscheiden, was strafrechtlich relevant und was „Hatespeech“ ist, was gerade noch akzeptabel sein könnte, und was in jedem Fall zu löschen ist. Das starre Regelwerk führt dabei zu abstrusen Entscheidungen. Das Bild eines nackten Kindes, das 1972 aus einer Napalm-Wolke floh, ging um die Welt und gilt als Symbol für die Unmenschlichkeit des Vietnamkrieges. Weil es nackt war, wurde es von Facebook regelkonform gelöscht und erst nach einer Protestwelle wieder veröffentlicht. Der grüne Oberbürgermeister Palmer wurde für 24 Stunden gesperrt, weil in einem Post das Wort „Mohrenkopf“ vorkam. Und ein dpa-Foto vom SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz mit erhobenen rechtem Arm wurde vom Profil des Medienanwalts und Publizisten Joachim Nikolaus Steinhöfel gelöscht, weil es auf den ersten Blick einem Hitlergruß hätte ähneln können.

Steinhöfel hat mittlerweile eine ganze Homepage unter dem Namen „Wall of Shame“ (facebook-sperre.steinhofel.de) eröffnet, die zahlreiche Sperren auflistet, die nur als willkürlicher Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit gelten können. Aber Steinhöfel listet auch auf, welche Inhalte scheinbar nicht gegen die Gemeinschaftsstandards verstoßen sollen. Die Bilanz dieser sicher nicht repräsentativen Auswahl ist erschreckend.

Während eine Fotomontage der Satirezeitschrift Titanic, die eine barbusige Angela Merkel im Krieg gegen den IS zeigt (mit nackter Gewalt), gelöscht

wurde, blieb die Meldung mehrerer realer Bilder von geköpften IS-Opfern, bei denen Kopf und Korpus gut zu erkennen sind, folgenlos.

Auffallend ist, dass so genannte Islam-Kritiker wie die Tichy-Autorin Anabel Schunke wochenlang gesperrt werden und das Profil des Filmemachers Imad Karin gleich ganz gelöscht wurde. Währenddessen wurden Hakenkreuzbilder, Antisemitismus und Hetze gegen Juden und Israel nicht gelöscht, weil sie den Gemeinschaftsstandards entsprächen, so Facebook.

Ich bin weit davon entfernt, Facebook zu unterstellen, sich mit derlei Gedankengut gemein zu machen. Niemand weiß, ob diese Auswahl repräsentativ oder zufällig ist. In jedem Fall gilt, dass die Löschung und Sperrpolitik einfach nicht funktioniert.

Zwar leugnet Facebook den Einsatz eines Algorithmus. Und eine in Irland arbeitende ehemalige Mitarbeiterin berichtet von einem Vier-Augenprinzip. Wenn Sachbearbeiter und Vorgesetzter bei der Beurteilung übereinstimmen, setzt es sogar eine Prämie. Trotzdem können 700 Mitarbeiter in Deutschland alleine sicher nicht alle Facebook-Posts kontrollieren. Und auch ein Algorithmus, der bei der Identifizierung hilft,

kann nur mechanistisch agieren und Ironie ist ihm fremd.

Heiko Maas denkt nun, der Angelegenheit sei mit einem Gesetz beizukommen. Der Jurist erweist sich schon fachlich als unqualifiziert für den Job des Justizministers. Mit dem „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ will er staatliche Aufgaben auf Facebook, Twitter, WhatsApp, LinkedIn, Xing und Co. abwälzen.

Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Der Bundesjustizminister plant die politische Gleichschaltung der sozialen Medien. Der bereits vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf des „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ verlässt den Boden des Grundgesetzes und unterwirft die Meinungsfreiheit der Willkür des Algorithmus von Privatunternehmen. Die werden in Zukunft rigoros alle Beiträge löschen und ihre Urheber sperren, die nur den Anschein erwecken könnten, gegen den willkürlichen „Hatespeech“-Begriff der jeweiligen Regierung zu verstoßen. Weil die das Unterlassen sonst mit einer Strafe von 5 Mio. Euro sanktionieren kann. Das führt zu vorausseilendem Gehorsam mit dem Vorteil, dass sich der Bundesjustizminister nicht mal die Finger schmutzig

machen muss. Das machen der Algorithmus, Arvato und Facebook schon selbst, um mögliche Bußen gar nicht erst in Kauf zu nehmen.

Der Anwalt Steinhöfel hat sich den Entwurf angeschaut. Er hält ihn für verfassungswidrig, auch weil originär staatliche Aufgaben auf Private ausgelagert werden sollen. Facebook soll entscheiden, was strafbar ist und was nicht. Das aber ist im Rahmen der Gewaltenteilung die Sache von Gerichten.

Die Regierung hat den Gesetzentwurf durchgewunken. Damit hat sie bereits die Gewaltenteilung gebrochen und der Zensur das Wort geredet. Sie ist gegenüber dem „digitalen Forum Romanum“ (Steinhöfel), den sozialen Netzen, ratlos, weil sie der Vielfalt von Volkes Stimme machtlos gegenübersteht. Die Justiz ist keine Hilfe, weil sie im Informationszeitalter mit der Geschwindigkeit einer Postkutsche operiert. Nicht ein Lex Facebook ist die Lösung, sondern eine Justizreform, die die Gerichte ins 21. Jahrhundert katapultiert.

So bleibt zu konstatieren: Der linksgrüne Mainstream bringt die Meinungsfreiheit in Gefahr. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als das Ende der Aufklärung. Willkommen im Postfaktischen Zeitalter.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

„taz“, „Standard“, „junge Welt“ und Co.

Antisemitismus unter linken Journalisten

Von Anastasia Iosseliani

Martin Lejeune schrieb als Journalist (diese Berufsbezeichnung ist nicht geschützt) früher für die „taz“, den österreichischen „Standard“ & die bis 2016 von einem früheren Stasi-Mitarbeiter geführte ehemalige FDJ-Zeitung „junge Welt“. Nun wurde er selbst für diesen Personenkreis zu einer unsicheren Hypothek. Heute verfasst er vor allem Facebook-Posts für seine 80.000 Abonnenten, bei denen es sich mehrheitlich um Erdogan-Fanboys & sonstige Islam-Apologeten handelt.

Ein ums andere Mal blamiert sich der junge Mann bei seiner „Arbeit“. Zuletzt geschah dies während des Halbmarathons in Berlin. Es war nicht so schlimm wie damals als er die Schoah in Frage stellte. Trotzdem machte er sich durch sein Verhalten beim Marathon zur Lachnummer für halbwegs vernunftbegabte Menschen & zum Märtyrer für seine Anhänger/Abonnenten.

Aber ich will mich mit meinem Beitrag nicht über einen Menschen lustig machen, der meiner Meinung nach dringend professionelle Hilfe benötigt. Vielmehr frage ich mich, wie es kommen konnte, dass jemand in einem Umfeld, das für Diversität, Progressivität & Antirassismus steht, zu einem – meiner Meinung nach – islamophilen Regime-Apologeten werden konnte, der um den Beweis der Friedfertigkeit des Islams zu erbringen, zuerst zum Islam konvertierte & danach die Schoah in Frage stellte.

Meiner Meinung nach hat dies sehr, sehr viel mit zwei Problemen innerhalb des linksliberalen Mainstreams zu tun: Einerseits mit dem konstanten Relativismus bei regressivem Gedankengut & Verhalten bei Menschen mit islamischem Background, d.h. man lässt einem muslimisch sozialisierten Menschen Homophobie, Sexismus, Rassismus & Antisemitismus durchgehen & entschuldigt & relativiert das mit der Kultur des betreffenden Menschen. So



In deutschen Journalismus gibt es bedenkliche Persönlichkeiten.

konnte man zum Beispiel Erdogan zum Reformen der Türkei hochstilisieren.

Andererseits – ich habe diesen Begriff hier schon angeschnitten – liegt es am fehlenden Bewusstsein für Antisemitismus. Ja, man kann mit seinem türkischen Gemüsehändler befreundet sein & trotzdem antisemitische Ressentiments pflegen. Ja, man kann Mohammed heißen, einen Migrationshintergrund in der MENA-Region haben, in Mitteleuropa

Opfer von Diskriminierung & trotzdem ein glühender Judenhasser sein. Ja, man kann, wie Horst Mahler vom Links- zum Rechtsextremismus wechseln & ja, man kann auch für die „taz“ schreiben & dort zu einem Islam-Apologeten werden, der Juden verachtet.

Das fehlende Bewusstsein für Antisemitismus ist derzeit leider ein großes Problem innerhalb des linken Mainstreams. Die Angst von uns Juden vor

islamischem, aber auch linkem Terror wird nicht ernstgenommen, oder gar als Rassismus von jüdischer Seite diffamiert. Bei gleichzeitigem Relativieren von konkreten Problemen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft sorgen diese antisemitischen Ressentiments für ein toxisches Umfeld, in welchem sich naive & labile Geister fanatisieren können. Obwohl besagtes Umfeld es doch nur gut gemeint hat.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Schon seit 2009 ist Gabriels Freund Abbas nicht mehr Präsident

Der zweifelhafte Partner Deutschlands „für Frieden und Stabilität“

Von Gerd Buurmann

Am 24. März 2017 schrieb unser Bundesaußenminister Sigmar Gabriel auf Twitter:

„Habe meinen Freund Mahmoud Abbas getroffen. Dtl. steht zur Zwei-Staaten-Lösung & unterstützt den Aufbau staatlicher Strukturen in Palästina.“

Am 29. März 2017 stellte ich in Zusammenarbeit mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU ein paar Fragen an Sigmar Gabriel. Am 3. April 2017 erhielt ich folgende Antwort von der Pressestelle des Auswärtigen Amts:

„Präsident Abbas ist für die Bundesregierung ein Partner für Frieden und Stabilität in der Region. Er steht für Gewaltverzicht, friedliche Ko-Existenz, palästinensischen Staatsaufbau und für eine Verhandlungslösung im Nahostkonflikt. Diese Positionen hat er seit Jahren immer wieder öffentlich betont, zuletzt auch in seiner Rede am 23. März 2017 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.“

Selbstverständlich spricht die Bundesregierung gegenüber palästinensischen und israelischen Partnern, auch gegenüber Präsident Abbas, die Notwendigkeit an, das Umfeld für einen konstruktiven Dialog der Konfliktparteien zu schaffen. Dazu zählt die eindeutige Verurteilung von Gewalt und Hetze.“

Da ich nicht wusste, welche Fragen das Auswärtige Amt mit dieser Antwort genau beantworten wollte, fragte ich nach und bekam diese Antwort:

„Bitte beachten Sie bei Ihrer Berichterstattung, dass es sich um eine Gesamtantwort handelt, die sich auf Ihre Anfrage insgesamt bezieht.“

Ich schrieb daher dem Auswärtigen Amt:

Sehr geehrte Pressestelle des Auswärtigen Amts,

Dann muss ich jetzt wohl aus Ihrer Antwort die Antworten auf meine Fragen basteln. Hiermit sende ich Ihnen meinen ersten Entwurf. Dürfen diese Antworten so in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU erscheinen oder stimmt etwas nicht?

Frage: Was zeichnet die Freundschaft von Sigmar Gabriel und Abbas aus?

Antwort: Sag ich nicht!

Frage: Seit wann besteht diese Freundschaft?

Antwort: Sag ich nicht!

Frage: Welche Freundschaftsdienste gab es bisher?

Antwort: Sag ich nicht!

Frage: Abbas sagte einst: „In einer endgültigen Lösung können wir nicht mal die Existenz eines einzelnen Israelis in unserem Land sehen, seien es nun Zivilisten oder Soldaten.“ Wie stehen Sie zu der vorgeschlagenen Endlösung ihres Freundes?

Antwort: Präsident Abbas steht für Gewaltverzicht, friedliche Ko-Existenz, palästinensischen Staatsaufbau und für eine Verhandlungslösung im Nahostkonflikt. Diese Positionen hat er seit Jahren immer wieder öffentlich betont, zuletzt auch in seiner Rede am 23. März 2017 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Frage: Am Tag der 47-Jahr-Feier der Fatah sprach Mufti Muhammad Hussein, den Abbas persönlich zum „geistigen Führer der palästinensischen Autonomie“ ernannt hat, folgende Worte in die jubelnde Menge: „Die Stunde der Auferstehung wird nicht kommen, solange wir die Juden nicht vernichtet



Sigmar Gabriels Auftritt in Israel dürfte Abbas gefallen.

haben.“ Wie stehen Sie zu dem von ihrem Freund gelobten Aufruf zur Vernichtung aller Juden?

Antwort: Selbstverständlich spricht die

desregierung ein Partner für Frieden und Stabilität in der Region.

Frage: Am 23. Juni 2016 war Abbas zu Gast im Parlament der Europäischen Uni-

Das Auswärtige Amt antwortet:

„Sag ich nicht!“

Bundesregierung gegenüber palästinensischen und israelischen Partnern, auch gegenüber Präsident Abbas, die Notwendigkeit an, das Umfeld für einen konstruktiven Dialog der Konfliktparteien zu schaffen. Dazu zählt die eindeutige Verurteilung von Gewalt und Hetze.

Frage: Im Jahr 2005 wurde Abbas zum Präsidenten der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde gewählt. Seine Legislaturperiode endete jedoch am 9. Januar 2009. Seitdem hält er sich ohne Legitimation an der Macht. Was sagen Sie zu der Art, wie Ihr Freund seine Macht missbraucht?

Antwort: Er ist Präsident!

Frage: Im Jahr 2015 bezeichnete Abbas den Mord an einem israelischen Ehepaar durch „palästinensische“ Terroristen als „heldenhaft“. Nicht wenige Judenmörder und deren Familien bekommen von Abbas' Fatah stattliche Renten für ihre terroristischen Bluttaten. Was sagen Sie dazu, dass Ihr Freund Judenmörder ehrt und belohnt?

Antwort: Präsident Abbas ist für die Bun-

on. Er nutzte seine Rede, um zu schauen, ob die abfälligen Juden- und Israelbilder in Europa noch wirken und behauptete, es gäbe gewisse Rabbiner, die beauftragt hätten, Brunnen zu vergiften. Warum hat ein großer Teil des Parlaments der Europäischen Union den Judenhass Ihres Freundes nicht erkannt und stattdessen sogar am Ende der Rede stehend applaudiert?

Antwort: Sag ich nicht!

Frage: Nennen Sie mir bitte einen deutschen Politiker in einem aktuellen deutschen Parlament, der einer Partei angehört, die Ihrer Meinung nach mörderischer oder hasserfüllter ist als die Partei Ihres Freundes. Können Sie einen aktiven deutschen Politiker nennen, der judenfeindlicher ist als Ihr Freund?

Antwort: Sag ich nichts zu!

Ich denke, ich habe Ihre Antworten korrekt wiedergegeben, oder möchten Sie statt „Sag ich nicht“ lieber was Anderes dort stehen haben? Dann wäre es schön, wenn Sie auf die Fragen antworten würden.

Das Auswärtige Amt antwortete schnell, sogar telefonisch:

Antwort: Wir bitten Sie, in Ihrer Berichterstattung keine Aussagen zu verwenden, die von uns nicht getätigt wurden. Im Übrigen möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass es sich um eine Gesamtantwort handelt, die sich auf Ihre Anfrage insgesamt bezieht.

Gut, dann nehme ich das als keine Antwort, denn keine Frage wurde wirklich beantwortet.

Ich frage mich gerade, bin ich zusammen mit der JÜDISCHEN RUNDSCHAU das einzige Medium, das ein paar berechnete Fragen hat zu der Freundschaft unseres Außenministers mit einem Mann, der offen gegen Juden hetzt, Terror unterstützt und in Schriften den Holocaust gelehrt hat? Bin ich der Einzige, der schockiert ist, dass Sigmar Gabriel ganz bewusst zu all den Verbrechen schweigt? Warum genau ist das (bisher) keine Nachricht in den großen deutschen Medien? Interessiert sich niemand dafür? Was ist eigentlich schlimmer, dass Thilo Sarrazin sich mit der AfD trifft oder das Sigmar Gabriel erklärt, Abbas sei sein Freund?

Die Werteinitiative jüdischer Bürger zur Bundestagswahl

Acht wichtige politische Standpunkte

Aus Anlass der Bundestagswahl 2017 hat ein lockerer Verbund jüdischer Deutscher die „Werteinitiative“ gegründet, um ihnen wichtige Themen vor der Wahl an maßgebliche Politiker heranzutragen. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU druckt den aktuellen und vollständigen Text, auf den sich die Unterzeichner um Dr. Elio Adler geeinigt haben:

Jüdische Positionen zur Bundestagswahl 2017

1. Freiheitlich-Demokratische Leitkultur

Die Werte, welche das Grundgesetz, die Traditionen und Üblichkeiten entscheidend geprägt haben, sind christlich-jüdisch und haben zu einer freiheitlich-demokratischen Leitkultur geführt. Jeder, der hier lebt und diese Leitkultur akzeptiert, ist Teil der Gesellschaft. Die Gesellschaft ermöglicht dem Einzelnen das freie Ausleben seiner persönlichen Bedürfnisse und die Verfolgung seiner Ziele, solange sich diese nicht gegen Andere, die Gesellschaft und Gesetze stellen.

Wir wünschen uns Deutschland als Teil einer vitalen Europäischen Union.

2. Der Staat als neutraler Rechtsstaat

Der Staat hat die Aufgabe, diese freiheitlich-demokratische Leitkultur zu schützen. Dazu gehört auch, seinen Bürgern äußere, innere und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Bei der Gratwanderung zwischen Sicherheit und dem Erhalt persönlicher Freiheitsrechte ist unser Vertrauen in den Rechtsstaat groß. Der Rechtsstaat soll wehrhaft sein. Diejenigen, die seine Leitkultur nicht akzeptieren sollen sanktioniert oder – wenn möglich – des Landes verwiesen werden.

Die Kraft des Rechtsstaats hängt u.a. von drei Komponenten ab:

1. dem Besitz von Sanktionsmitteln,
2. von der Bekanntheit dieser Mittel bei den Adressaten und
3. vom glaubwürdigen Einsatz, dieser Mittel.

Der Staat soll die Trennung zu religiösen Institutionen bewahren. Es soll für keine Religion gesonderte Gebetsräume in öffentlichen Gebäuden geben und abgesehen vom Religionsunterricht sollen keine Ausnahmen von Lehrplaninhalten öffentlicher Schulen gemacht werden.

3. Jüdische Religion

Das Judentum ist seit über 1500 Jahren auch in Deutschland ansässig. Es ist Teil der deutschen Kultur und sein Fortbestand und Gedeihen wird vom Staat nach Kräften im Rahmen seiner Leitkultur unterstützt. Die jüdischen Deutschen verstehen sich als loyale Bürger Deutschlands und haben hier ihre Heimat. Qua Selbstdefinition hat das Judentum keine Ausbreitungstendenz und strebt keine Veränderung des gesellschaftlichen Miteinanders an.

4. Israel

Viele Juden sehen in Israel ihre spirituelle Heimat. Die besondere Verbindung zwischen Deutschland und dem demokratischen, jüdischen Staat, Israel, basiert auf der Geschichte; heute ist sie jedoch wesentlich durch die Wertegemeinschaft beider Demokratien sowie durch die in beiden Ländern ähnlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragestellungen geprägt.

Von Deutschland erwarten wir im Friedensprozess eine solidarische Unterstützung Israels und Verständnis dafür,



Dr. Elio Adler, Gründer der Wertelinitiative

dass die Erfüllung des palästinensischen Wunsches nach Selbstbestimmung nicht zu weiteren Bedrohungen von Israels Sicherheit führen darf. Neben den radikal-islamischen Gruppen ist der Iran die größte Bedrohung Israels und der freien Welt; ihm ist durch Härte statt durch Appeasement zu begegnen.

5. Umgang mit dem politischen Islam

Der zunehmende Einfluss islamischer Verbände und Vereine, die der Religion eine politische Dimension geben wollen oder deren Werte mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sind, erfüllt nicht nur die jüdischen Deutschen mit Sorge.

Hier soll der Staat strenge Kriterien an Zusammenarbeit und Förderung anlegen. Organisationen, Verbände und Moscheen, die nicht ohne Wenn und Aber hinter Demokratie und Menschenrechten stehen, sollen verboten, geschlossen und ggf. strafrechtlich verfolgt werden. Staatsverträge dürfen nur nach strengen Maßgaben geschlossen werden. Finanzielle und weisungsgebende Einflussnahme ausländischer Regierungen auf deutsche Organisationen und Personengruppen ist strikt zu unterbinden.

6. Vermeidung von „Kollateralschäden“

Im Zuge der Imprägnierung gegen den politischen Islam und der Auflösung von Parallelgesellschaften, gilt es, die Gleichheit vor dem Recht konsequent durchzusetzen. Es darf keine rechtsfreien Zonen geben. Dies darf jedoch nicht zu unangemessener Gleichmacherei führen.

a) Beschneidung & Schächten

Die jüdische Beschneidung und das

koschere Schächten sind konstituierende Bestandteile der jüdischen Religion. Ihre Bedingungen und Umstände sind jetzt bereits hinreichend geregelt.

b) Doppelte Staatsbürgerschaft

Auch wenn viel dafür spricht, dass ein Mensch nur eine Staatsbürgerschaft haben kann, gibt es Gründe, warum auch zwei möglich sein sollten. Hier braucht es Augenmaß. Historisch haben Juden Verbindungen zu mehreren Ländern. Dieses Augenmaß ist daher z.B. bei deutsch-israelischen Staatsbürgern ratsam. Auch rechtlich-technische Gründe müssen im Rahmen individueller Prüfungen berücksichtigt werden.

7. Antisemitismus

Richtigerweise ist der Kampf gegen den klassischen Antisemitismus (z.B. wirtschaftliche, politische und journalistische Verschwörungstheorien) politischer Konsens. Von doppelten Standards geprägte „Israel-Kritik“, „Anti-Zionismus“ und die „BDS-Bewegung“ sind jedoch derselbe Hass in anderem Gewand. Dem darf kein Raum gegeben werden. Wir fordern daher Prävention durch Aufklärung und Ächtung antisemitischer Vorkommnisse und Äußerungen.

8. Radikalismus

Jeglicher Spaltung der Gesellschaft ist entgegen zu wirken. Die Verbreitung von Hass auf Andersdenkende und Minderheiten, sowie die Verachtung Einiger für die gesellschaftliche Form unserer freiheitlich-demokratischen Form des Zusammenlebens, finden wir unerträglich.

Wir fordern, dass sich die bewährten,

demokratischen Parteien und unsere Regierung dieser Probleme annehmen.

Unterzeichner/innen:

Dr. Elio Adler, Gründer der Werteinitiative; Mirjam Rosenstein, Vorstandsvorsitzende NAFFO e.V.; Rab. Yitshak Ehrenberg, Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Berlin; Rab. Yehuda Teichtal, Gemeinderabbiner der Jüdischen Gemeinde Berlin; Michael Jung, Vorstand NAFFO e.V.; Sacha Stawski, Vorsitzender Honestly Concerned e.V. und ILI – I Like Israel e.V.; Lydia Fabian; Jaqueline Rosenkranz; Dr. Michal Liokumowitsch; Dr. Michael Liokumowitsch; Sidney Jachimowicz; Anja Jachimowicz; Lala Süsskind; Patrick Reich; Dr. Rafael Korenzecher, Herausgeber „Jüdische Rundschau“; Izi Aharon, Herausgeber haOlam.de, Vorsitzender ADC Bildungswerk; Michael Bob, Unternehmer; Yves Jachimowicz; David Blunk; Sigalit Meidler-Waks, Kunsthistorikerin und Judaistin; Jacques Albeck; Andreas Schlesinger; Dr. Alexander Verowski; Dr. Katharina Adler; Tuvia Schlesinger; Prof. Dr. Karl-Erich Grözinger; Dr. Elvira Grözinger; Michael Bob, Unternehmer; Max Doehlemann; Dr. Roman Skoblo; Raphael Will; Dr. Olga Will; Alexander Goldenberg; Rachel Gutmacher-Neveling; Semadar Pery; Amos Schliack; Dr. Daniel Hoffmann; Patrick Schnabel; Vivian Kanner; Claudia Flumenbaum; Daniel Flumenbaum; Dr. Jocelyn R. Weiner; David Klapheck; Oren Ben Gai; Bettina Levy; Claudia Flumenbaum; Daniel Flumenbaum; Avital Gerstetter; Dr. Philip Gleser; Sigmunt Königsberg; Moris Szanckower, Rechtsanwalt; Alexander Rosenkranz; Soja Nyman-Ziv; Manuel Nyman, Rechtsanwalt; Artjom Alexander Zalesski, Alpha Omega Deutschland e.V.

Unterstützer/innen

Dr. Thomas Feist, Mitglied des Deutschen Bundestags, CDU; Jens Spahn, Mitglied des Deutschen Bundestags, CDU; Michaela Engelmeier, Mitglied des Deutschen Bundestags, SPD; Roderich Kiesewetter, Mitglied des Deutschen Bundestags, CDU; Dr. h.c. Albert H. Weiler, Mitglied des Deutschen Bundestags, CDU; Prof. Dr. Patrick Sensburg, Mitglied des Deutschen Bundestags, CDU; Xaver Jung, Mitglied des Deutschen Bundestags; Cornelia Seibeld, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, CDU; Ali Ertan Toprak, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenv Verbände und Vorsitzender Kurdischen Gemeinde Deutschlands, CDU; Zemfira Dlovani, stellv. Vorsitzende des Zentralrats der Eziden in Deutschland (ZED); Ali Yildiz, Christlich-Alevitischer Freundeskreis der CDU; Justus von Widekind; Erol Özkaraca; Marcel Luthe, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, FDP; Diana Schnabel, Hon. President WIZO Deutschland; Ulrich Sahn, Journalist; Daniel Alter, Rabbiner; Prof. Dr. Roland Hornung, 1. Vors. Freundeskreis Israel in Regensb. & Oberbayern e.V.; Alexander Fürst zu Schaumburg-Lippe, Unternehmer, Bückeberg; Gerd Buurmann, Tapper im Nirgendwo; Rachel Hinterthan-Nizan; Axel H. A. Holst; Ronai Chaker, Bloggerin; Michael Braun, Berliner Ex-Senator f. Justiz u. Verbraucherschutz, CDU; Dr. Saskia Ludwig, MdL, Bundestagskandidatin WK 61 CDU u.u.m.

Mit SPD-Mitgliedern am Stammtisch

Provinz-Sozialdemokraten und ihre Begegnung mit „aufsässigen“ Juden

Von Carla Möbius

Im Frühjahr dieses Jahres begleitete ich eine SPD-Gruppe ins Centrum Judaicum. Sie hatten eine Führung durch die Ausstellung gebucht. Auf einem Tisch im Vorraum der Ausstellung lagen mehrere Exemplare der April-Ausgabe der JÜDISCHEN RUNDSCHAU. Die Gruppenmitglieder griffen zu. Im Nachhinein denke ich, dass es ihnen nicht klar war, dass es sich nicht um eine Veröffentlichung zur Ausstellung handelte, sondern um eine aktuelle jüdische Zeitung.

Aber das ist natürlich nur meine Interpretation. Die Führung durch die Ausstellung wurde durchgeführt. Die Teilnehmer waren unterschiedlich interessiert, wie das bei einer angemeldeten Besuchergruppe eben so ist.

Später am Tag saß ich mit der Gruppe beim Essen zusammen. Sie hatten in der Zwischenzeit in die mitgenommene JÜDISCHE RUNDSCHAU geschaut und erklärten mir, es sei ja eine schlimme Hetz-Zeitung. Sehr echauffiert zeigten sie mir die ersten beiden Seiten. Auf der ersten Seite der Artikel „Gabriels Freund: Der Holocaust-Leugner Abbas“ von Thomas Weidauer (Haolam). Ja, der Abbas wäre doch ein Gemäßigter!

Nein, mir fiel nicht die Kinnlade herunter. Ich habe dieses Argument nicht zum ersten Mal gehört. Auf meinen Einwand, dass die Leugnung des Holocausts in Deutschland unter Strafe stehe, wurde ich auf die „schlimme Situation“ der „Palästinenser“ hingewiesen. Ja, natürlich! Mit der hat Machmut Abbas auch gar nichts zu tun, und da kann man schon mal ein Auge zudrücken. Auch im Iran gehe es doch jetzt „vorwärts“. Vieles wäre jetzt lockerer. Ich konterte, dass man die Situation als von der Todesstrafe bedrohter iranischer Schwuler oder Islam-Abtrünniger anders bewerten würde. Nein, das würden sie nicht glauben, ließen mich diese Sozialdemokraten wissen. So sei das dort heute nicht mehr. Aber Glauben ist eben nicht Wissen.

Im nächsten Artikel wurde die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel



Das Führungspersonal beeinflusst das Denken in den Ortsvereinen.

kritisiert. Auch da waren die SPD-Mitglieder nicht toleranter, obwohl doch inzwischen der Wahlkampf begonnen hat. Sie waren sich einig, dass die JÜDISCHE RUNDSCHAU eine üble Hetz-Zeitschrift sei, „so wie die Bild-Zeitung“. Auf meine Bitte, mir ein Exemplar zu überlassen, wurde mir entgegnet: Nein, die nähmen sie mit nach Hause in den Wahlkreis. Das glaube Ihnen ja sonst keiner. Hatten sie Juden bisher nur als Opfer gesehen?

Als „Belohnung“ bzw. Weiterbildung habe ich dann bei der anschlie-

ßenden Stadtrundfahrt die Gedenkstätte Bernauer Straße angefahren und einen Exkurs zum Thema Diktatur gehalten.

Kritik an der Arbeit von Politikern wird als „Hetze“ betrachtet – was ist mit unserer Demokratie passiert? Wenn ich mir diese SPD-„Demokraten“ anschau, denke ich, dass es sehr für eine Zeitung spricht, wenn sie von solch ebenso intoleranten wie unwissenden Menschen als „Hetze“ geschmäht wird.

Als ich die DDR verlassen habe, beschrieb ich den Unterschied von Kri-

tik-Möglichkeiten damals so: Wenn ich in der DDR gesagt hätte, was ich über Erich Honecker gedacht habe, gab es Ärger. Wenn ich meinem Chef die Meinung gesagt hätte, wäre das unter Umständen durchgegangen. Kritik an Helmut Kohl hätte in der Bundesrepublik keinen interessiert, vielleicht sogar noch Beifall gefunden. Meinen Chef zu kritisieren, hätte mich möglicherweise meinen Job gekostet. Wenn ich heute meinem Chef gegenüber die Politik der Bundesregierung kritisiere, würde mich das vermutlich meinen Job kosten.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

NEU EXCLUSIVE TOURS **TuS Reisebüro**

Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)

ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Jung, Muslim, Antisemit

Judenhass im Islam: Weder neu noch überraschend

Von Vera Lengsfeld

In einer „Schule ohne Rassismus“ in Berlin-Friedenau, die noch dazu unter der Schirmherrschaft der Senatorin für Integration, Dilek Kolat (SPD), steht, wurde ein 14-jähriger jüdischer Schüler von seinen muslimischen Mitschülern so lange gemobbt, bis ihn seine Eltern von der Schule nahmen. Lehrer und Schulleitung scheinen nichts davon mitbekommen zu haben, dass in ihrer „Schule ohne Rassismus“ antisemitische Attacken üblich waren.

Bezeichnenderweise fand der Skandal erst über die britische Zeitung „The Jewish Chronicle“ den Weg in unsere Medien. Während aber in der Originalberichterstattung klar darauf hingewiesen wurde, dass es sich um türkische und arabische Mitschüler gehandelt hat, wurde das in deutschen Medien in den Hintergrund geschoben. „Die Welt“ wies verdruckt darauf hin, dass es sich um eine Schule handelt, in der 75 Prozent der Schüler eine andere Muttersprache als Deutsch hätten, darunter viele aus arabischen und türkischen Familien.

Die „Huffington Post“ präsentiert gar unter der martialischen Überschrift „Fremdenfeindliches Mobbing an Schulen: Sie wollen ihre Opfer vernichten“ eine Schauspielerin, deren Tochter unter fremdenfeindlichen Übergriffen an ihrer Schule leidet. „Meine Haut ist, ich würde sagen Latte Macchiato-braun, die meiner Tochter karamellbraun“, beschreibt sich die Schauspielerin selbst und die „Huffington Post“ verweist auf Pegida-Väter, die mit Galgen demonstrieren und legt damit nahe, dass die Tochter unter rassistischen Übergriffen von „biodeutschen“ Schülern leidet, die am Küchentisch von ihren Pegida-Eltern rassistisch indoktriniert werden. So wird wenigstens in der Propaganda die schöne Multikulti-Ideologie noch einmal gerettet.

Diese groteske Verleugnung der Wahrheit, dass es in Deutschland einen grassierenden Antisemitismus und Rassismus muslimischer Herkunft gibt, wird immer härter mit der Realität konfrontiert.

Nach dem Skandal in Friedenau hat sich die Jüdische Gemeinde endlich entschlossen, Klartext zu reden. Zentralratspräsident Josef Schuster sagte dem Berliner „Tagesspiegel“: „Hier geht es um Antisemitismus übelster Art.“ Schuster appelliert gleichzeitig an die muslimische Gemeinschaft, „den antisemitischen Tendenzen in ihren Reihen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten“. Allerdings will Schuster immer noch glauben, „dass in einem Teil der Moscheen in Deutschland Judenfeindlichkeit und Israelfeindlichkeit aktiv Vorschub geleistet wird“, dass also muslimischer Antisemitismus nicht flächendeckend ein Problem ist.

Die zahlreichen Warnungen werden seit Jahren ignoriert

Die ehemalige Präsidentin des Zentralrates der Juden, Charlotte Knobloch, sagte der „Heilbronner Stimme“: „Das ist kein Einzelfall.“ Immer öfter würden jüdische Schüler angefeindet, ausgegrenzt oder sogar körperlich angegriffen – „weil sie Juden sind“. Nein, das ist kein Einzelfall, es ist nicht mal ein neues, mit der Masseneinwanderung von 2015 aufgetretenes Problem.



Arye Sharuz Shalicar

Über den Antisemitismus an deutschen Schulen gibt es bereits mehrere Bücher, die aber kaum beachtet worden sind. Die viel zu früh ums Leben gekommene Jugendrichterin Kirsten Heisig hat bereits vor Jahren in ihrem Buch „Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter“ Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit an Schulen beschrieben.

Noch genauer kann man es in Arye Sharuz Shalicar's Buch „Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude“ nachlesen.

Shalicar ist der Sohn einer jüdischen Familie, die aus dem Iran nach Deutschland gekommen ist. Er wächst in Spandau auf, zieht aber als Jugendlicher in den 80er Jahren mit seiner Familie in den Wedding. Hier muss er sich in einem muslimisch dominierten Umfeld behaupten. Im Wedding, in Kreuzberg, und anderen Teilen in Deutschland gibt es seit Jahrzehnten eine Parallelgesellschaft, auch wenn das von Politik und Medien immer noch hartnäckig übersehen, wenn nicht gar gelehrt wird. In dieser Gesellschaft herrschen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus, nicht von „Biodeutschen“, sondern von „Ausländern“ mit und ohne deutschen Pass.

Shalicar bekommt diesen Hass täglich zu spüren: Verbal, indem ihm immer wieder gesagt wird, dass die Juden hassenswert seien, auch wenn die

Jugendlichen, die ihm das entgegen schleudern, außer ihm noch nie einen Juden gesehen haben. Dann durch körperliche Übergriffe. Shalicar wechselt schließlich die Schule und seine Taktik. Er beschließt, einer von ihnen zu werden, ein Mitglied einer der Jugendbanden, die sich den Wedding untereinander aufgeteilt haben.

Das alles treibt Shalicar schließlich aus dem Land

Er macht auf sich aufmerksam, indem er zum Sprayer wird. Nacht für Nacht zieht er los, um seine überdimensionalen Tags an die Wände im Wedding zu schmieren. Als sein Sprayer-Name „Aron“ schließlich in aller Munde ist, gibt er sich zu erkennen, indem er diesen Namen auf sein T-Shirt drucken lässt. Aron hat sich durch seine kühnen Tags so viel Ansehen erworben, dass er von einer kurdischen Jugendgang aufgenommen wird. Er kann sich jetzt sogar offen als Jude bekennen, wird aber als die Ausnahme angesehen, als einer, der „wie wir“ ist, nicht „wie ein Jude“. Shalicar muss seine Mitgliedschaft in der Gang teuer bezahlen. Er wird zum Kleinkriminellen, kommt immer öfter mit der Polizei in Konflikt, trägt schließlich ein Messer bei sich oder andere Waffen und setzt sie bei Schlägereien ein.

Es ist die Liebe und die wachsende Neugier auf seine Herkunft, die Shalicar aus seiner Abwärtsspirale befreit. Seine Freundin Janica, der er auch sein

Buch gewidmet hat, erinnert ihn immer wieder daran, dass es ein Leben außerhalb der Wedding-Banden gibt.

Er macht schließlich sein Abitur, geht zur Bundeswehr und studiert, unter anderem Hebräisch und Judaistik. Shalicar schließt sich der jüdischen Gemeinde an, die er aber bald inkonsequent findet. Während überall in Europa Juden auf die Straße gehen, um gegen muslimischen Antisemitismus zu demonstrieren, bleibt es in Deutschland still.

Das alles treibt Shalicar schließlich aus dem Land. Er will dort leben, wo er und seine künftigen Kinder frei sind, wo sie sich zugehörig, also zuhause fühlen können. Er entscheidet sich für Israel, auch wenn das eine Trennung von seiner ersten Liebe Janica bedeutet.

In Israel hat Shalicar eine Bilderbuchkarriere hingelegt. Er wurde Major der israelischen Armee und war lange Zeit ihr Pressesprecher. Heute gehört er zu den Mitarbeitern im Büro des Ministerpräsidenten. Die Entwicklung in Deutschland beobachtet er immer noch genau. Er stünde sicher jederzeit mit Rat und Tat bereit, wenn sich die deutschen Verantwortlichen in Politik und Medien endlich dazu durchringen sollten, das Problem des muslimischen Antisemitismus und Rassismus anzupacken. Hoffen wir, dass es nicht mehr allzu lange dauert, bis Shalicar unverzichtbarer Rat eingeholt wird.

Berliner Schule mit Nahostkonflikt

Eltern versuchen Antisemitismus unter Schülern zu entschuldigen

Von Roger Letsch

„Störe meine Kreise nicht“ – das waren der Legende nach die letzten Worte des griechischen Gelehrten Archimedes von Syracus, bevor ihn ein römischer Soldat erschlug. Es ist leider nicht überliefert, in welchen geistigen Sphären der Gelehrte gerade geflogen war, als er so unsanft in der Realität aufschlug. Sein Aufenthalt dort dauerte jedoch bestenfalls noch einige Sekunden. Die Elternschaft und das Lehrerkollegium der Friedenauer Gesamtschule müssen „nach einem antisemitischen Vorfall“ schon einige Tage am Boden bleiben, bemühen sich aber sehr, wieder Wind unter die Flügel zu bekommen.

Der „Vorfall“ betraf einen 13-jährigen jüdischen Schüler, für den sich seine Eltern eine als besonders multikulturell geltende Schule in Berlin ausgesucht hatten. Was er dort erlebte, ist mit Mobbing nur sehr euphemistisch umschrieben. Das Spektrum der „Aufmerksamkeiten“ seiner Mitschüler reichte von Beleidigungen über „ich kann nicht dein Freund sein, weil du Jude bist – Juden sind Mörder“ bis zu körperlicher Gewalt. Die Eltern mussten ihren Sohn von der Schule nehmen. Schlimm genug, dass solche Vorfälle an unseren Schulen längst keine Einzelfälle mehr sind, ist es hier jedoch die Reaktion der Schule, die aufhorchen lässt.

Ist die Marke „Schule ohne Rassismus“ etwas wert?

Man zeigte sich pflichtschuldigst entsetzt über das Verhalten der Mitschüler des angegriffenen Jungen und kann doch gleichzeitig gar nicht begreifen, wie es soweit kommen konnte. Schließlich nehme man doch erfolgreich am Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ teil und fast alle Lehrkräfte und Schüler hätten sich den ehrenvollen Zielen dieser Initiative verschrieben! Aber es ist wohl mit solchen Initiativen nicht viel anders als zu DDR-Zeiten mit den Losungen zum 1. Mai, unter denen sich die werktätigen Massen lächelnd und innerlich murrend versammelten, weil man ihnen einen freien Tag durch sinnloses Jubeln und marschieren verdarb: Es steckt nichts Substanzielles dahinter. In der DDR profitierten zumindest die Plakatmaler von der ideologischen Sülze, in der Bundesrepublik des Jahres 2017 deutet die Bezeichnung der Initiative auf eine viel umfangreichere und professionisiertere Art der „Initiativwerdung des Geldes“ hin.

Wenig Lehrer und miese Ausstattung, aber viel Geld für politische Indoktrination

Denn wen finden wir als Förderer hinter dem klangvollen Namen „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“? Na klar, „Demokratie leben“, also das Familienministerium von Frau Schwesig. Ein Wunder eigentlich, dass das Bildungsministerium nicht unter den Förderern ist, aber wahrscheinlich wäre es gar nicht gut angekommen, wenn wir zwar einerseits marode Schulen, zu wenig Lehrer und miserable Ausstattungen an den Schulen haben, aber andererseits jede Menge Geld für politische Indoktrination vorhanden ist. Nein, für solche Dinge hat Frau Schwesig schließlich einen fetten Fördertopf, der mit 105 Millionen Euro gut gefüllt ist.

Die Medien wandten sich längst wieder wichtigeren Dingen zu und der hässliche



Moslemische Schülerin in Deutschland

kleine „Vorfall“ rückte wieder aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Aber das adrenerische Aufmerksamkeitserhaltungsgesetz („Es ist zwar schon alles gesagt worden, aber nicht von Allen“) wirkte auch hier, denn nun meldeten sich nach dem Schulleiter und Politikern auch die Eltern der Schule zu Wort. In einem Leserbrief an den Tagesspiegel. „Störe meine Kreise nicht“ wäre eine schöne Betreffzeile in diesem Brief gewesen. Man formulierte aber lieber etwas umständlicher.

Natürlich sei man bestürzt über die Angriffe auf den Jungen und fühle mit der Familie. Man sehe die Schule aber als Vorreiter durch zahlreiche Projekte, in denen zu Toleranz und friedlichem Miteinander aufgerufen werde. Kommt nun also einfach eine weitere „Vorreiterrolle“ hinzu? Ja, die Situation an der Schule sei schon sehr speziell, es gäbe einen hohen Anteil an Migrationshintergründen, die sich offenbar schon soweit in den Vordergrund gedrängt haben, dass die Eltern „gutbürgerlicher“ Kinder nichts unversucht lassen, um ihre Sprösslinge lieber auf eine der beiden anderen Schulen im Kiez zu schicken. Dass diese Tatsache nicht mit den „Erfolgen“ zusammenpasst, die man als „Schule ohne Rassismus“ zu erringen glaubt, muss im Moment der Niederschrift des Briefes wohl auch den Eltern klargeworden sein. Denn schon im nächsten Satz präsentierte man den wahren Schuldigen an der Situation in der Schule:

„Seit Jahrzehnten existiert im Nahen Osten ein nicht enden wollender Konflikt zwischen Arabern und Juden. Eine Stadt wie Berlin [...] kann von den Auswüchsen internationaler Konflikte, wie des Nahostkonflikts, nicht verschont bleiben. Wie kann also eine Schule mit einer Schüler_innenschaft, die sich aus vielen Nationen zusammensetzt, davor gefeit sein, dass es zu religiös motivierten Auseinandersetzungen zwischen Schülerinnen und Schülern kommt?“

Dass wir da nicht selbst drauf gekommen sind!

Na da hätten wir aller auch alle von selbst drauf kommen können! Der Nahostkonflikt ist schuld! Und da Multikulturalität bei uns moralischen Verfassungsrang besitzt, kann man wohl kaum etwas dagegen sagen, wenn sich internationale Konflikte im „Dialog der Schüler“ an deutschen Schulen fortsetzen. So sind sie halt, die Araber und die Juden, da machst nix dran. So gesehen müssen wir auch großes Verständnis in Deutschland dafür aufbringen, wenn Türken die Kurden über die Schulhöfe jagen, Ukrainer die Milch ihrer russischen Mitschüler vergiften, Araberjungs Jesidinnen als heidnische Huren beschimpfen und Sunniten „ein Problem“ mit Schiiten haben.

In Zeiten der folgenlosen Grenzüberschreitung ist es selbstredend auch unmöglich, Schülern das Überschreiten der Grenze der Persönlichkeitsrechte anderer Schüler zu verbieten. Und selbstverständlich trage jeder Schüler den Rucksack der Konflikte, Vorurteile und Lügen der Gruppe, der er zugeschrieben wird, und rechtfertige sich dafür! Hat die Elternschaft nun eine Idee, wie es besser laufen könnte? Aber hallo! Kritik an dem „Vorfall“ ist schon mal gar keine gute Idee:

„Die Lösung liegt nicht darin, dies anhand eines tragischen Vorfalles zu bemessen und den Ruf einer engagierten Schule nachhaltig zu beschädigen. Die Lösung läge darin, eine Schule wie die Friedenauer Gemeinschaftsschule in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu bestärken – z.B. durch zusätzliche finanzielle Ressourcen, durch zusätzliches Personal und zu guter Letzt durch einen Journalismus, der nicht voreilig verurteilt. Das tut der Tagesspiegel leider nicht, wenn er mit seiner Berichterstattung zum einen dem bildungsbürgerlichen Trend der Abschottung vor dem vermeintlich Anderen, dem Fremden, Vorschub leistet und zum anderen Wasser auf die Mühlen derer gießt, die den Islam fürchten oder gar islamfeindliche Tendenzen verfolgen.“

Die Friedenauer Gemeinschaftsschule

überzeugt mit einem innovativen Schulkonzept und engagierten Lehrer_innen. Es ist bedauerlich, dass die Energie und die fantastische Arbeit der Pädagog_innen sowie die an der Schule laufenden Projekte zur kulturellen Verständigung kaum eine Erwähnung in Ihrem Artikel finden. Wir befürchten, dass die Schule in ein völlig falsches Licht gerückt und der Ruf, den sie sich gerade hart erkämpft, zunichte gemacht wird. Leidtragende sind dabei in erster Linie die Kinder der Schule! Wir als Eltern wenden uns entschieden gegen Antisemitismus, Antislamismus, Rassismus und Gewalt und werben für ein offenes Miteinander in der Gesellschaft, das nur funktionieren kann, wenn alle an einem Strang ziehen.“

Eltern halten mehr Geld für eine Lösung

Na so überzeugend wird das „innovative Schulkonzept“ der Friedenauer Gesamtschule wohl nicht sein, wenn die Eltern „mit den Füßen abstimmen“ und ihre Kinder lieber woanders hin schicken und „zusätzliche finanzielle Ressourcen“ – ein schöner Euphemismus für „mehr Geld“ – müsste wohl am besten in den Bau einiger weiterer Schulen und die Einstellung neuer Lehrer und Sicherheitspersonal fließen, als in Projekte mit tollem Namen, die nachweislich nichts anderes machen, als bunte Pflaster auf die Wunden zu kleben, welche gewisse Schüler anderen Schülern zufügen.

Aber sicher werden Schule, Lehrerschaft und engagierte Eltern in Zukunft zumindest im Kampf gegen den Antisemitismus große Erfolge feiern. Denn wenn es keine jüdischen Schüler mehr an der Friedenauer Gesamtschule gibt, müssen die Araber an dieser Schule nicht mehr „Nahostkonflikt“ spielen. Und so kann die Elternschaft weiter von erfolgreichen Projekten der Verständigung und Völkerfreundschaft träumen, während die Schüler auf dem Schulhof Fakten schaffen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Roger Letschs Blog „Unbesorgt.de“.

Türken wählen „linke“ SPD in Deutschland, und „rechten“ Erdogan in der Türkei

Innenansichten aus Erdoganistan

Von Roger Letsch

Zum Referendum in der Türkei ist eigentlich alles gesagt. Auch ich habe enttäuscht, jedoch nicht überrascht auf den Ausgang des Referendums geschaut. Die selben Türken, die mit deutschem Pass überwiegend die „linke“ SPD wählen, wählen mit dem türkischen den „rechten“ Erdogan.

Es fühlt sich, trotz der gockelhaften Aussetzer Erdogans und der damit einhergehenden schrittweisen Entfremdung von Europa, wie ein Verlust an. Denn ich habe persönlich tolle Erinnerungen an das Land und Freunde dort. Bodrum, Ephesos, Magnesia, traumhafte Landschaften im Hinterland, jeden Stein dort umgibt eine fingerdicke Patina aus Geschichte. Hetiter, Perser, Griechen, Römer, Byzantiner, Osmanen...und jede Menge wunderbarer gastfreundlicher Menschen. Göttliche Speisen, durchaus akzeptables Bier und Wassermelonen, die nirgends so köstlich schmecken, wie im Südwesten der Türkei. Aber nun? Die Türken haben abgestimmt, das muss ich akzeptieren, sage ich mir. Und so gestimmt sprach ich gestern auch mit meinem türkischen Freund Hikmet*, der nicht nur in Deutschland lebt, sondern hier wirklich „angekommen“ ist. Ein Demokrat, also ein „Nein“-Sager, einer, der für gewöhnlich mit seinen ebenfalls in Deutschland lebenden Landsleuten hart ins Gericht geht, wenn manche von ihnen mal wieder lautstark um mehr integrative Aufmerksamkeit buhlen und Herr Mazzyek in der Rolle des Opferlammes durch die TV-Shows tingelt. Hikmet hat noch nie gejamert. Er ist Unternehmer, arbeitet in der Reisebranche und pendelt seit Jahren aus beruflichen Gründen ständig zwischen Deutschland und der Türkei hin und her. Er kennt beide Länder, beide Völker.

Es tut gut, die eigene Sicht auf die Dinge gelegentlich mit dem abzugleichen, was andere Menschen erleben, weshalb seine Antwort auf meine erste Frage zum Türkeireferendum mich auch sofort verblüffte. Ob denn überhaupt noch Deutsche in die Türkei reisen wollten, fragte ich ihn, sicher, die Antwort zu kennen. Es käme ganz drauf an, wen und wo man fragt, meinte Hikmet. Die kleinen Reisebüros auf dem flachen Land, wo die Dorfbewohner hingehen, um den Pauschalurlaub anlässlich des gelungenen Abi-Abschlusses der Enkeltochter zu buchen, die sind derzeit gekniffen. Da helfen auch 50 % Rabatt kaum bei der Entscheidung für Izmir oder Antalya. „Was soll denn der Nachbar denken, wenn ich zu dem Erdogan hin mach, der uns Angela so beleidigt“, denkt man sich dort. Anders sieht das im Internet aus, dem anonymen Buchungsstrich der Neuzeit. Da locken Rabatte und Anonymität und es wurden laut Hikmet in den drei Tagen nach dem Referendum mehr Reisen in die Türkei gebucht, als in den vier Wochen davor.

Erpressung mit Bankkrediten

Hikmet hat meine Neugier geweckt und so berichtet er mir von den letzten Wochen vor, und den ersten Tagen nach dem Referendum. Er fragt mich, ob ich die Karte mit den Wahlergebnissen gesehen hätte. Natürlich habe ich das. Alle



Türken bei der Wahl

Küstengebiete, die Großstädte, alle Regionen, die viel vom Tourismus leben und deren Bewohner schon deshalb eher westlich denken, hätten mehrheitlich mit NEIN gestimmt. Ebenso die Kurden. Dabei würde ich mir kaum eine Vorstellung machen können, wie massiv die Propaganda für das JA gewesen sei (außer in den Kurdengebieten) und wie schwach und abwesend die Werbung der Gegenseite. Und dort wo der Propagandahonig nicht wirkte, sirrte die Peitsche. Bauern und Unternehmer, die in den letzten Jahren des Aufschwungs mit Krediten staatlicher Banken versorgt wurden, hatte man unmissverständlich mitgeteilt, was passieren würde, wenn die Neinsager gewinnen sollten. Dann würden ihre Kredite nämlich möglicherweise sofort fällig!

Ich hatte bisher zwar von nicht registrierten Stimmen gehört und davon, dass Wahlbeobachter bedroht, verhaftet oder behindert wurden. Von derlei Einschüchterung jedoch noch nicht. Und bevor ich meinen Unterkiefer wieder manuell schließen konnte, erfuhr ich durch Hikmet von Fällen, wo „bestimmte Bürger“ von der Polizei zuhause abgeholt und zur Wahl gebracht wurden, die sich dann öffentlich (sic) durchführen mussten. Keine Wahlkabine, aber Scheinwerferlicht. Das allerdings kannte ich – aus der DDR.

Doch Hikmets Optimismus wollte mir nicht so recht einleuchten. Warum bist du nicht niedergeschlagen, warum lachst du immer noch, wollte ich wissen. Seine Antwort wollte mir erst nicht so recht in den Kopf, aber je länger ich versuche, mich in die Gepflogenheiten in der Türkei hineinzudenken, umso klarer wurde die Sache: Die Repressionen und Einschüchterungen wurden vor Ort, in den Städten und Dörfern zwar im Auftrag der AKP begangen, aber von Menschen, die immer noch dort leben!

Diese hätten durch das, was sie getan haben, ihr Gesicht verloren – und alle wüsten es!

Selbst die knappe Mehrheit kam nur durch Einschüchterung zustande

Erdogan hatte erwartet, dass sein Referendum die Skeptiker hinwegfegen würde. Er, der Rais, der Anführer, würde seine Gegner in den Staub treten! Wäre das Referendum mit 70 % oder mehr für ihn ausgegangen, wie er es sich gedacht hatte, läge die Sache anders. Doch nun ist die Mehrheit denkbar knapp und alle wissen von den Betrügereien, den Einschüchterungen und Erpressungen, weil viele Türken Zeuge solcher Vorfälle waren – und auch Erdogan selbst weiß, dass es alle wissen!

Mit anderen Worten: es gibt keine echte Mehrheit „pro“ in der Türkei! „Hast du Erdogan gesehen an dem Abend?“ fragt Hikmet. „Der sah nicht glücklich aus, der war geschockt! Er hat nun eine Mehrheit, die keine ist und seine treuesten Fans sitzen ausgerechnet in Deutschland und Österreich. Deren Jubel kann er aber nicht jeden Tag medial genießen und die helfen ihm auch nicht in Ankara. Erdogan dachte, er hätte nach dem Putschversuch alle Kräfte beseitigt, die gegen ihn sind. Und dennoch kann er ein Referendum im Land nur durch Betrug und Erpressung knapp gewinnen. Er kann nicht 50 % des Landes zu Terroristen erklären! Die Sache ist noch nicht zu Ende!“

Und die Deutschtürken? Was ist mit denen, will ich wissen. Die würden in der Türkei nun wohl einen schweren Stand haben, mein Hikmet. Zumindest in den typischen Tourismusgebieten und Großstädten. Die Leute dort seien stinksauer! Man begreift in der Türkei nicht, wie „diese Deutschen“, obwohl sie niemand erpressen und bedrohen konnten, in der Mehrheit für den Erpresser und Bedroher stimmen konnten. Egal

wo er hinkäme, meinte Hikmet, immer müsse er sich „als Deutscher“ rechtfertigen für das Abstimmungsverhalten seiner deutsch-türkischen Landsleute. Den begeisterten Fähnchenschwenkern des Erdogan-Lagers in Deutschland empfiehlt er jedenfalls, die türkischen Urlaubsgebiete zu meiden.

Vielleicht ist es deshalb gar keine so gute Idee, die eigenen Reisepläne in Richtung Türkei vor dem Nachbarn schamhaft zu verbergen. Vielleicht ist es sogar eine gute Idee zu sagen, dass man zu Hikmet, Hande oder Hüsnü nach Izmir, Bodrum oder Istanbul fährt, um dort ein paar schöne Tage bei Sonne, Efes-Bier, Wassermelone und guten Gesprächen mit Menschen zu verbringen, die mehrheitlich „Nein“ zu Erdogan, und „Ja“ zur Demokratie gesagt haben. Vielleicht sind die Euros, die durch solche Reisen in die Taschen des Despoten fließen ein Gift, das dieser nicht zurückweisen kann, das aber ausgerechnet seine erbittertesten Gegner am Leben hält. Man kann sich seine Feinde nicht aussuchen – seine Freunde schon.

PS: Warum denn nun die Diaspora-Türken so gestimmt hätten, wurde ich gerade gefragt. Vielleicht hilft ein Blick auf die verschiedenen Länder. Denn in Saudi-Arabien stimmten 90 % mit NEIN! Es scheint also der Pragmatismus vorzuherrschen, dass man zumindest EINE Demokratie haben sollte, zu der man flüchten kann. Außerdem, so Hikmet, hätten fast alle Türken in Saudi-Arabien auch Arbeit und müssten für ihren Unterhalt selbst sorgen. Das sei in Deutschland und Österreich ein wenig anders. Seine Worte, nicht meine. Aber vielleicht hilft einer der Trump-Sprüche, um zu erklären, was Hikmet über viele seiner Landsleute hier in Deutschland denkt: Trump sagte bezogen auf Mexiko „Sie schicken uns nicht die Besten“...

Pfarrerin Gabriele Zander darf mit Genehmigung des Deutschen Presserates „israelfeindlich“ genannt werden

Eine evangelische Pfarrerin in Jerusalem irritiert durch ihre politischen Äußerungen

Von Marisa Kurz

Die evangelische Pfarrerin Gabriele Zander hat sich beim Deutschen Presserat darüber beschwert, dass ich sie in dem Artikel „Die Frau Pfarrerin in Jerusalem“ (JÜDISCHE RUNDSCHAU / November-Ausgabe 2016) als „israelfeindlich“ bezeichnet habe.

(www.juedischerundschau.de/die-frau-pfarrerin-in-jerusalem-135910613)

In dem Zeitungsartikel schildere ich, wie ich einen Vortrag der Pfarrerin empfunden habe, dem ich im Rahmen einer Studienreise in Israel beiwohnen musste. In dem Vortrag sprach sie über ihre Erfahrungen in Israel und nahm – ganz wie es die deutsche politische Korrektheit gebietet – eine einseitige pro-„palästinensische“ Position ein.

Frau Pfarrerins Vortrag ließe sich dem Tenor nach mit „die Juden nehmen den armen Palästinensern ihr Land weg“ zusammenfassen: Israelis bauen angeblich illegale Zäune und verletzen die Rechte von „Palästinensern“. Besonders originell war die Aussage, dass ihr keine Fälle von Christenverfolgung durch Muslime in der Region bekannt seien.

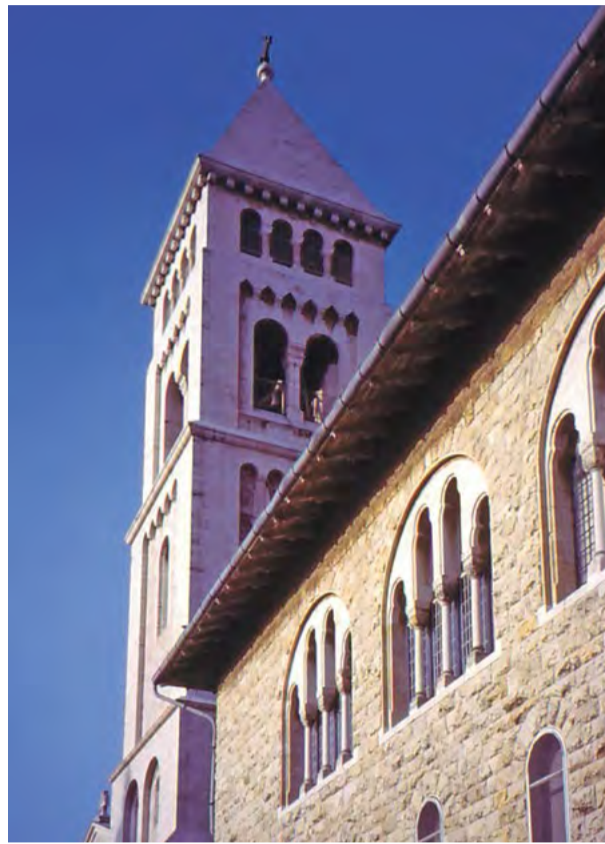
Sie konnte nicht den Eindruck vermitteln der israelischen Politik wertneutral gegenüberzustehen. „Israelfeindlich“ lautete mein Fazit. Frau Zander war und ist mit dieser Bezeichnung nicht einverstanden. Sie muss sich gefragt haben, wie viele Leser der JÜDISCHEN RUNDSCHAU den betreffenden Artikel gelesen und sie in der Darstellung erkannt haben – in der sie namentlich gar nicht genannt war. Die Antwort lautete wohl: zu wenige. Ob Gabriele Zander schon einmal etwas vom sogenannten Streisand-Effekt gehört hat, der das Phänomen beschreibt, dass durch den Versuch eine unliebsame Information aus der Öffentlichkeit zu entfernen, die Information einem noch größeren Personenkreis erst recht bekannt wird?

Kurz entschlossen griff die evangelische Pfarrerin zur christlichsten aller Methoden: Sie tat alles, um mich bei der Redaktion und bei anderen Stellen zu diskreditieren. „Gerne wüsste ich außerdem noch, was Marisa Kurz auszeichnet, einen solchen Artikel bei Ihnen zu veröffentlichen“, wollte sie von der Redaktion wissen. Außerdem gab sie zu bedenken, dass in ihren Augen „die Tatsache, dass am Ende der Reise der einzige Verbündete der Autorin ein Lokalpolitiker der FPÖ war“ gegen mich spräche.

Frau Zander forderte eine Entschuldigung und eine Gegendarstellung von der JR. Interessanterweise stellte Pfarrerin Zander den von mir beschriebenen Sachverhalt in keinsten Weise anders dar als ich. Frau Zander streitet die von mir zitierten Aussagen nicht etwa ab, sondern legte in ihrem Schreiben an die Redaktion diesbezüglich sogar noch einmal nach:

„Sorgen bereitet mir allerdings tatsächlich der fortdauernde Siedlungsbau, der internationalem Völkerrecht zuwiderläuft, was ich im Gespräch auch artikuliert habe. Ich teile diese Meinung mit vielen Israelis, mit unserer Bundesregierung, mit EU- und UN-Gremien. Kurz vor dem Besuch der Reisegruppe hatte es Schmierereien an der Dormitio-Abtei durch jüdische Extremisten gegeben, und einige Monate zuvor einen Brandanschlag auf die Brotvermehrungskirche in Tabgha. Ich denke, es ist legitim, dass solche Vorfälle beunruhigen.“

Derart einseitige Aussagen sollen nicht israelfeindlich sein? Zudem hatte sich Frau



Die evangelisch-deutsche Erlöserkirche in Jerusalem.

Zander bei unserem Treffen auf Nachfrage wenig beeindruckt gezeigt von der Tatsache, dass bei Demonstrationen in Deutschland der Schlachtruf „Juden ins Gas“ zu hören gewesen war. Darf man diese Frau „israelfeindlich“ nennen? Nun, jedenfalls sahen weder die Redaktion der JÜDISCHEN RUNDSCHAU noch ich einen Grund uns wie gefordert bei Frau Zander zu entschuldigen.

Doch die in dem Artikel namentlich nicht genannte Pfarrerin Zander ließ nicht locker. Sie schaltete ihren Bekannten Herrn Dr. Meron Mendel, seines Zeichens Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, ein. Er bescheinigte Frau Zander in einem Beschwerdeschreiben an die JÜDISCHE RUNDSCHAU vollumfängliche Israel-

„Auch wenn Frau Zander und Herr Mendel zugeben, dass ich die Aussagen der Pfarrerin korrekt wiedergegeben habe, wollen sie bestimmen, zu welcher Bewertung ich kommen darf.“

freundlichkeit. Mir dagegen unterstellte er – ohne mich zu kennen und ohne irgendetwas über mich zu wissen – niedere Beweggründe:

„Die Autorin, deren Texte auf einschlägig islamfeindlichen Websites wie ‚Islamnixgut‘ oder der AfD Bremen empfohlen werden, die sich nicht scheut, menschenfeindliche Kommentare des AfD-Politikers S. auf Facebook zu teilen – diese Autorin wendet sich in Ihrer Zeitung einmal nicht pauschal gegen ‚die Muslime‘, sondern gegen eine vermeintlich israelfeindliche Pfarrerin...“

Ob ich oder irgendein anderer Autor dafür haftbar gemacht werden kann, wenn ein Onlineblog ohne Impressum, die AfD, die SPD, der Vatikan oder sonst wer einen Artikel verlinkt, ist fraglich. Der vermeintliche AfD-Politiker ist übrigens bei der ALFA, ein kritisch denkender Mathematiker und treusorgender Familienvater – ihm Menschenfeindlichkeit zu attestieren, ist einfach nur schäbig.

Wenn ich Herrn Mendels Schmähbrief lese, den er als Direktor der Bildungsstätte Anne Frank auf dem offiziellen Briefpapier der Stiftung geschrieben hat, schäme ich mich. Ich schäme mich für Herrn Mendel, der den Namen von Anne Frank für einen billigen Diskreditierungsversuch missbraucht. Hätte ausgerechnet sie gewollt, dass Menschen, die gegen Antijudaismus aufstehen, in ihrem Namen beschimpft werden?

Auch wenn Frau Zander und Herr Mendel zugeben, dass ich die Aussagen der Pfarrerin korrekt wiedergegeben habe, wollen sie bestimmen, zu welcher Bewertung ich kommen darf. Sie akzeptieren keine Meinungen von „falschen“ Menschen, die sich mit den „falschen“ Teilnehmern einer Reisegruppe abgeben, deren Texte auf den „falschen“ Websites verlinkt werden, die die „falschen“ Kommen-

tare auf Facebook teilen und über die „falschen“ Themen schreiben. Die Wahrheit ist in ihren Augen nicht mehr die Wahrheit, wenn sie von den „falschen“ Menschen ausgesprochen wird.

Dass sie nicht bemerken, wie wenig christlich und wenig antifaschistisch ihre Methoden sind, lässt ahnen wie selten ihre Worte und Taten bisher von anderen hinterfragt wurden.

Als auch die ultima ratio der Argumentationsstrategien (Schulkindern bekannt als das „Mein Freund sagt auch, dass du doof bist“-Argument) die JR nicht umstimmen konnte, legte Frau Zander noch einmal nach. Am 10. November 2016 reichte sie Beschwerde beim Deutschen Presserat ein:

„In der Beschreibung meiner Person als israelfeindlich sehe ich einen Verstoß gegen Ziffer 9.

In der Bezeichnung Pfaffen die Verunglimpfung einer Berufsgruppe, in der Bezeichnung ‚Palästinenser‘ in Anführungszeichen die Infragestellung der Existenz einer Nationalität.

Der Artikel gibt die subjektive Sicht einer Reisetilnehmerin wider (sic), ohne anderen Perspektiven Raum zu geben.

Ziffern 1,2,3, 4.9“

In den Augen der Frau Pfarrerin hat mein Artikel den Pressekodex verletzt (www.presserat.de/pressekodex/pressekodex). Sie bezieht sich auf die Ziffern 1, 2, 3, 4 und 9: die Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde, die Sorgfalt, die Richtigstellung, die Grenzen der Recherche und den Schutz der Ehre. Das ist starker Tobak, deshalb arbeite ich ihre Unterstellungen der Reihe nach ab:

„Israelfeindlich“.

Frau Zander bezieht sich hier auf den

Pressekodex Ziffer 9 „Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen.“ Tatsächlich aber bestreitet sie nicht, dass ich ihre Äußerungen korrekt wiedergegeben habe. Sie ist lediglich verärgert, dass der Sachverhalt überhaupt thematisiert wurde und ich zu einer „falschen“ Bewertung gekommen bin.

„Subjektive Sicht“.

Ich finde die Idee problematisch, subjektiv geprägte journalistische Darstellungsformen zu sanktionieren, weil eine dargestellte Person sich „nicht gut getroffen fühlt.“ Das wäre nur dann angemessen, wenn es sich um unwahre, verleumderische oder beleidigende Aussagen handeln würde, was hier ganz sicher nicht der Fall war.

„Pfaffen“.

Verunglimpft es Geistliche, wenn man sie als Pfaffen bezeichnet, wie es Luther selbst auch getan hat?

„Infragestellung der Existenz einer Nationalität“.

Weil ich in meinem Beitrag „Palästinenser“ in Anführungszeichen gesetzt habe, stelle ich nach Frau Zanders subjektiver Wahrnehmung die „Existenz einer Nationalität in Frage“. Das ist der empörendste Punkt in ihrer Beschwerde. Die Bezeichnung „Palästinenser“ für die arabische Bevölkerung ist nicht etwa historisch begründet, sondern eine umstrittene Wortneuschöpfung aus den 1960er Jahren, die aus politisch-ideologischen Gründen eingeführt wurde. Es ist erschreckend, dass Frau Zander als Vertreterin einer noch immer einflussreichen Institution sich anmaßt, in dieser extrem komplexen Frage ihre persönliche Meinung als maßgebend zu definieren und Abweichungen von ihrer subjektiven Position in der Art eines Straftatbestandes zu formulieren. Dass es Aufgabe des Presserates wäre, hier als Jury zur Bewertung politischen oder wissenschaftlichen Denkens zu fungieren – wie von Frau Zander gefordert – erscheint ebenso absurd. Wenn im Jahr 2017 wieder eine Kirche – wenn auch eine andere als im Mittelalter – vorgeben könnte, welche Werte und Erkenntnisse Menschen kommunizieren dürfen und welche nicht, wäre das erschreckend.

Letztlich ist auch Frau Zanders Versuch, den Presserat zu zwingen, in einer offenen politischen und wissenschaftlichen Diskussion Stellung für ihr Anliegen zu beziehen, gescheitert. Mein Artikel enthielt keine falschen Tatsachenbehauptungen oder Schmähungen. Die Meinungsfreiheit, eines der höchsten Rechtsgüter mit Verfassungsrang in diesem Land, erlaubt es mir, Frau Zanders öffentliche Aussagen kritisch zu bewerten. Deshalb hat der Deutsche Presserat entschieden, dass mein Artikel nicht gegen den Pressekodex verstößt.

Es bleibt abzuwarten, welche „Maßnahmen“ Frau Zander als nächstes ergreift, um ihre political correctness zu demonstrieren. Anstatt mich zu beleidigen, könnte sie doch z.B. beim Besuch des Tempelberges aus Respekt vor dem muslimischen Gastgeber ihr Kreuz ablegen. Ich werde Sie jedenfalls auf dem Laufenden halten, was die hochmoralische Frau Pfarrerin künftig umtreibt. Bis dahin können wir nur stumm schweigen und hoffen, irgendwann so gute Menschen wie sie und ihre Freunde zu werden.

Israel als Rettung für südlibanesischen Christen

Nach 2001 hat Israel eine große Zahl von Südlibanesen eingebürgert

Von Oliver Vrankovic

Jonathan Elkhoury ist ein griechisch-orthodoxer Christ und Sprecher des Christlichen Rekrutierungsforums. Geboren und aufgewachsen ist der heute 24-Jährige in Marjeyoun, einem christlichen Dorf im Süden des Libanon.

Jonathans Vater war Befehlshaber in der Südlibanesischen Armee, einer christlichen Miliz im Libanesischen Bürgerkrieg, deren Hauptfeinde die PLO und die schiitische Amal-Miliz waren. Im Zuge der Militäroperation Litani der israelischen Armee gegen die PLO formierte sich 1978 ein Bündnis zwischen Israel und der Südlibanesischen Armee. Nach dem Libanonkrieg 1982 kontrollierte die SLA mit israelischer Unterstützung bis 2000 den Südlibanon. Zu ihrem erbitterten Feind wurde die immer stärker werdende Hisbollah und als Israel 2000 unter Ehud Barak den Abzug aus dem Libanon beschloss, schwor Hassan Nasrallah alle Kollaborateure ausfindig zu machen und zu bestrafen.

Trotzdem befahl der israelische Premier Barak einige Wochen später den Abzug ohne sich mit der Südlibanesischen Armee abzusprechen. Deren Angehörige, so erzählt Jonathan, seien völlig überrascht gewesen. Befehlshaber der SLA, die der Hisbollah in die Hände fielen, wurden verschleppt oder von Hausdächern geworfen. Jonathans Vater und viele andere führende Milizionäre flohen nach Israel, um ihr Leben zu retten. Jonathans Mutter entschloss sich mit ihren Söhnen im Libanon zu bleiben, was sich als verhängnisvoll erweisen sollte. Die Hisbollah übernahm die Kontrolle über ihr Dorf, hielt eine Militärparade ab und begann mit Razzien auf der Suche nach Soldaten der SLA. Jonathan floh mit seiner Mutter und seinem Bruder ein Jahr später über Zypern nach Israel. Die zur Ausreise aus dem Libanon notwendigen Papiere für den vorgeblichen Urlaub in Kalifornien via Zypern besorgte Jonathans Großvater, der als Sorgeberechtigter der Kinder galt. Für die Papiere musste er Jonathans Vater bei den misstrauischen Behörden als Schläger verleumdern.

Unter Ariel Scharon, der Ehud Barak 2001 als Premierminister ablöste, erlangten die Angehörigen der Südlibanesischen Armee und ihre Familien die israelische Staatsbürgerschaft. Jonathan verbrachte die ersten Monate in Israel in einem Auffanglager in Naharia, wo er mit anderen Kindern aus Familien der SLA unterrichtet wurde. Dann zog seine Familie nach Haifa und weil sich arabische Schulen weigerten ihn aufzunehmen, ging er auf eine staatliche hebräische Schule. Nachdem er die Schule beendet hatte, leistete Jonathan freiwillig Nationaldienst (Ersatzdienst) im staatlichen Rambam-Krankenhaus in Haifa. Danach begann er Politikwissenschaft und Kommunikation zu studieren. Da sich seine Eltern mit der Sprache und der Bürokratie im Land sehr schwergetan hätten, habe er schon in jungen Jahren sehr viel Verantwortung übernehmen müssen, erklärt Jonathan. Nach seiner Identität gefragt antwortet Jonathan: Griechisch-orthodoxer Christ und patriotischer Israeli libanesischer Abstammung und Familienangehöriger der Südlibanesischen Armee.

Wer ihn als Araber bezeichnet, wird von ihm entschieden darauf hingewie-



Ariel Scharon

sen, dass seine christlichen Wurzeln im Libanon bis weit vor die arabische Eroberung zurückreichen. Er erklärt nicht ohne Stolz, dass sein Familienname Elkhoury „Priester“ bedeute und seine Familie in der 14. Generation von griechisch-orthodoxen Priestern abstamme. Er habe nichts gegen Araber, versichert Jonathan, aber er sei eben keiner. Auf der anderen Seite haben viele israelische Araber ein Problem mit Jonathan, den sie als Familienangehörigen der Südlibanesischen Armee für einen Verräter halten. Seine Ambition am College zum Vorsitzenden des Studentenausschuss gewählt zu werden scheiterte daher am Widerstand der arabischen Studenten.

Jonathan bezeichnet sich als israelischen Patriot und wenn man so wolle, dürfe man ihn als Zionisten bezeichnen, sagt er. Israel sei eine Demokratie und

Kritik an Ehud Barak

Jonathan betont immer wieder, dass er nicht in politischen Lagern denke. Die Anliegen der Familien der SLA auf Vorträgen und in den Medien zu vertreten, stehe über Parteipolitik. Wenn die Sprache indes auf Ehud Barak kommt, der sich z. Zt. als Regierungskritiker inszeniert, um sein politisches Comeback vorzubereiten, ringt Jonathan mit der Fassung:

Jonathan erreichte unlängst große Medienaufmerksamkeit, als er sich mit einem kurzen Video an Ehud Barak wandte, um ihn an sein Versagen zu erinnern den israelischen Rückzug aus dem Südlibanon mit der SLA abzustimmen und an sein Zögern die Tore nach Israel für die SLA-Leute zu öffnen. Barak, so Jonathan in seinem Video, das viele tausend Male geteilt wurde, sei der Letzte, der sich als

in der Kirche geläutet werden. In Israel, so sagt er, könne er sein Kreuz sorglos offen tragen. Israel, so betont Jonathan, sei das einzige Land im Nahen Osten, dessen christliche Bevölkerung wachse.

Als wir uns im Fattoush-Restaurant in Haifa unterhalten, erzählt Jonathan, wie er vor einigen Jahren vom „Christlichen Rekrutierungsforum“ hörte und sich auf den Weg zu Gabriel Naddaf machte. Das Christliche Rekrutierungsforum wurde im Oktober 2012 gegründet, um mit der Lüge der arabisch-christlichen Identität zu brechen. Gabriel Naddaf wurde zum spirituellen Oberhaupt und rief die israelischen Christen im Dezember 2012 in einer weit beachteten Rede dazu auf mit der arabischen Identitätslüge zu brechen, ihr jüdisches Erbe anzunehmen und dem Staat Israel zu dienen.

Er habe sich immer gefragt, warum sich die Christen in Israel als Teil der arabischen Minderheit sehen würden, erklärt Jonathan. Er habe deren Assoziierung mit den Arabern und deren Widerstand gegen Israel nie nachvollziehen können. Es gebe für Christen keinen Grund die „palästinensische“ Sache zu unterstützen, sagt Jonathan. Die ganze Idee mit den „Palästinensern“, die in den 60er Jahren aufkam, sei eine muslimische Idee gewesen. Um einen Masseneffekt zu erreichen, sei den Christen die „palästinensische“ Identitätskonstruktion mit aufgezwungen worden. 2014 war Jonathan Mitinitiator von Demonstrationen gegen Hamas und IS in Haifa.

Als Christ, der seine pro-Israelische Einstellung vernehmbar äußere, gehöre er zu einer Avantgarde, sagt Jonathan. Gleichwohl ist er sich sicher, dass seine Ansicht von einer stillen Mehrheit der Christen in Israel geteilt würde. Die blutigen Übergriffe auf Christen im Zuge des „arabischen Frühlings“ hätten viele Christen aufgeweckt, sagt Jonathan. Quer durch den Mittleren Osten würden

„ Israel, so betont Jonathan, sei das einzige Land im Nahen Osten, dessen christliche Bevölkerung wachse.“

ein Rechtsstaat, der alle seine Bürger gleich behandle, erklärt Jonathan und betont darüber hinaus, dass er sich von der israelischen Mehrheitsgesellschaft immer sehr warm aufgenommen fühlte. In Nahariya hätten die jüdischen Bewohner der Stadt den Kindern freiwillig Hebräisch beigebracht und sie auf Ausflüge mitgenommen.

Da er sehr offen mit seiner Geschichte und seiner Einstellung umging, wurde Jonathan als Repräsentant der Familienangehörigen der Südlibanesischen Armee zum gefragten Gesprächspartner. Obwohl seine Muttersprache Arabisch ist, weiß Jonathan sich sowohl auf Hebräisch als auch auf Englisch eloquent auszudrücken.

moralische Instanz aufspielen dürfe.

Wie viele libanesischen Israelis in den Libanon zurückkehren würden, wenn sie eine glaubhafte Amnestie bekämen, weiß Jonathan nicht. Jeder habe da seine persönlichen Erwägungen und für ihn selber wäre es kein Thema. Jonathan bezeichnet Israel als seine Heimat. Und weil Israel seine Heimat sei, singe er die Hymne und stehe zur Fahne des jüdischen Staates. Die Fahne mit dem Davidstern stehe für ihn für Demokratie, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit. Als Christ fühle er sich in Israel in keiner Weise eingeschränkt, sagt Jonathan. Er führt als Beispiel für die Freiheit der Christen die Kirchenglocken an, die zu jedem Gebet

Christen verfolgt und getötet, erklärt er. Dies habe in den letzten Jahren zu einem massiven Umdenken geführt, sowohl in Bezug auf den verlorenen Kampf der Südlibanesischen Armee für einen christlichen Staat im Nahen Osten als auch in Bezug auf Israel als einzigen Ort im Mittleren Osten, wo die Christen sicher seien.

Das Rekrutierungsforum ist vielgefragter Ansprechpartner für Christen, deren Wunsch zu dienen von der Angst überlagert ist. Das Rekrutierungsforum führt Vorbereitungskurse durch und steht den christlichen Soldaten zur Seite, wenn diese in ihren Wohnorten unter Druck gesetzt werden.

Angst hält viele Christen vom Armeedienst ab

Körperliche Übergriffe waren in den ersten Jahren nach Gründung des Forums und der damit einhergehenden Vervielfachung der Rekrutierungszahlen ein großes Problem. Wenn ein Soldat attackiert wird, steht ihm das Rekrutierungsforum bei der Strafverfolgung zur Seite. Eine der Hauptaktivitäten des Rekrutierungsforums ist neben der Vorbereitung und der Begleitung von Soldaten auch die Unterstützung nach dem Armeedienst.

Politisch hat das Forum erreicht, dass das gesetzliche Verbot einen Rekruten umzustimmen, auf die Minderheiten, die nicht zum Armeedienst verpflichtet sind, ausgedehnt wird. Wenn ein Christ oder muslimischer Araber sich heute einschreibt, steht es unter Strafe ihn zu drängen, seine Entscheidung zu revidieren.

Wehrpflicht nur für Juden, Drusen und Tscherkessen

In Israel sind nur Juden, Drusen und Tscherkessen zum Armeedienst verpflichtet. Jonathan ist gegen die Wehrpflicht für Christen. Er ist sich sicher, dass sich immer mehr Christen aus Überzeugung rekrutieren werden. In den wenigen Jahren seit Bestehens des Rekrutierungsforums stieg die Anzahl der Christen, die in der Armee dienen von weniger als 50 auf fast 600. Außerdem gelang es die Anzahl der Nationaldienst-Leistenden



Ehud Barak

auf 1/3 der christlichen Schulabgänger zu steigern.

Langfristig geht es Jonathan nicht nur um diejenigen, die heute Angst haben, sich als Christen zu Israel zu bekennen, sondern auch um Aufklärung und ein Umdenken bei denjenigen, die heute anti-israelische Standpunkte vertreten.



Ein Panzer der SLA.

Die zionistische NGO „Im Tirzu“ und das Büro des Premierministers waren wichtige Unterstützer des Rekrutierungsforums in den ersten schwierigen Jahren. Netanjahu sprach 2014 auf dem Weihnachtskongress des Rekrutierungsforums, wo er von den 1.000 Anwesenden

„Die ganze Idee mit den „Palästinensern“, die in den 60er Jahren aufkam, sei eine muslimische Idee gewesen.“

mit stehenden Ovationen begrüßt wurde. Jonathan betont das gute Verhältnis, dass er zu Matan Peleg, dem Vorsitzenden von „Im Tirzu“ pflegt.

In Jonathan's Ausweis ist „Libanesisch“ als Nationalitätsvermerk eingetragen. Als Israel den Angehörigen der SLA Ausweise ausstellte, bestanden diese darauf keine Araber zu sein und nicht als „Arabisch“ vermerkt zu werden. Entsprechend setzt sich Jonathan für die israelischen Christen ein, die sich auf das aramäische Erbe der christlichen Gemeinschaft in Israel besinnen und „Araber“ als Identität zurückweisen.

Reserveoffizier Shadi Halul, Mitbegründer des Rekrutierungsforums, erreichte nach siebenjährigem Bemühen 2014 beim israelischen Innenministerium die Anerkennung von „Aramäisch“ als Nationalitätsvermerk in israelischen Ausweisen. Sein Sohn Ya'acov Halul war der erste offiziell aner-

kannte aramäische Israeli. Den Christen in Israel steht es seither offen ihre Identität auch formal von „Arabisch“ zu „Aramäisch“ zu ändern.

Linke NGOs stehen dem Integrationsanliegen der Christen feindselig gegenüber. Ihre anti-zionistische Agenda erlaubt keine pro-zionistischen Minderheiten

in Israel, erläutert Jonathan. Er sei schon oft mit dem Vorwurf konfrontiert worden, sich für ein „Teile und Herrsche“ einspannen zu lassen, erzählt er. Es sei traurig, aber wahr, dass die israelische Linke die Nicht-Juden nur als Araber begreifen könnte, die der „palästinensischen“ Sache

verbunden seien. Die ausdifferenzierte Vielfalt an Identitäten und Einstellungen passe da nicht ins Konzept, erklärt Jonathan.

Die Integration in die Mehrheitsgesellschaft unter pro-zionistischen Vorzeichen würde außer von den Linken auch von den arabischen Parlamentariern blockiert, ärgert sich Jonathan. So gehört der christliche Parlamentarier Basel Ghattas zu den wortstärksten Gegnern der Rekrutierung von Christen. Ghattas sieht dahinter das „zionistische Schema“ des Spalten und Herrschens und beteuert, dass die Christen ein untrennbarer Teil der arabischen Gemeinschaft seien.

Wie auch Gabriel Naddaf, Sarah Zoabi und Abdol, sagt Jonathan, dass die arabischen Parteien als Vertreter dieser arabischen Gemeinschaft die Interessen ihrer Wähler unzureichend repräsentieren würden. Allerdings sei da vieles im Wandel und die Parteien müssten sich zunehmend der Frage stellen, warum sie sich nicht für eine bessere Infrastruktur in den arabischen Städten und eine Verbesserung des arabischen Bildungssektors einsetzen, statt dem Widerstand der „Palästinenser“ das Wort zu reden. Jüngste Kommunalwahlergebnisse ließen die Hoffnung auf eine neue Generation verantwortungsbewusster arabischer Politiker zu.

Jonathan ärgert sich über Christen in den arabischen Parteien

Und da im Besonderen über Azmi Bishrai, den Gründer von Balad, der 2007 aus Israel floh, nachdem bekannt wurde, dass er für die Hisbollah spionierte hatte, und dessen Cousin Basel Ghattas. Als Christ schäme er sich für Ghattas, sagt Jonathan. Ghattas wurde unlängst dabei erwischt, wie er Walid Dakah und einem weiteren

Terroristen Mobiltelefone ins Gefängnis geschmuggelt hat. Walid Dakah war 1984 an der Entführung und Ermordung des 19-jährigen Soldaten Moshe Tamam beteiligt.

Der Mordfall Tamam wurde den Israelis zurück ins Gedächtnis gerufen als das arabische Al-Manar-Theater in Haifa ein Stück über den Alltag „palästinensischer“ Gefangener auf die Bühne brachte. Held des Stückes ist Walid Dakah, dessen positive Darstellung die Familie von Tamam schockierte und dazu führte, dass Entscheidungsträger in der Politik darauf drängten dem Theater die staatlichen Zuwendungen zu streichen (inzwischen revidiert).

Es gebe ein Recht auf freie Meinungsäußerung in Israel, das nicht angetastet werden dürfe, sagt Jonathan. Gleichzeitig gebe es kein Recht auf staatliche Förderung anti-israelischer Propaganda, sagt Jonathan und übernimmt dabei die Argumentationslinie der Kulturministerin Miri Regev. Jonathan ist es ernst mit seiner pro-zionistischen Einstellung.

So ist es auch nicht verwunderlich zu hören, dass er vom Absorbtionsministerium in einen parlamentarischen Ausschuss berufen wurde, der sich mit der Bekämpfung von BDS und Antisemitismus an amerikanischen und europäischen Universitäten beschäftigt. Aus dem Mund eines Christen, so sagt er, würden die Argumente gegen die Delegation Israels im Ausland oft mehr Gehör finden als aus dem Mund jüdischer Israelis.

Er habe libanesischen, aramäischen, jüdischen und arabischen Freunde sagt Jonathan, und unter ihnen solche, die sich nicht groß für Politik interessieren und solche, die andere Ansichten als er vertreten. Er argumentiere gerne, gibt Jonathan zu und betont, dass er keine Berührungsängste mit anderen Meinungen habe. Ein Fanatiker sei er auf keinen Fall, betont er lachend.

Auf die Frage, warum er mit seiner Redegewandtheit nicht in die Politik wechsle, antwortet Jonathan, dass er seine Anliegen außerparlamentarisch besser vertreten könne. Es sollte aber niemanden wundern, ihn in ein paar Jahren doch als Abgeordneten in der Knesset zu sehen. Vielleicht als Repräsentant einer zionistisch-multikonfessionellen Partei.

Süddeutsche Zeitung: Angriff auf Holocaust-Gedenkhaine in Israel

Das Münchener Leitmedium bleibt sich treu

Von Dr. Nikoline Hansen

„Stammland“ steht in großen Buchstaben auf dem Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. März 2017 und darunter: „Mit Spenden aus Deutschland werden in der israelischen Wüste Wälder gepflanzt – im Gedenken an den Holocaust. Doch der israelische Staat nutzt die Aufforstung auch, um arabische Beduinen zu vertreiben.“ Somit weiß auch jeder, der das Magazin zufälligerweise sieht, gleich ganz genau, wo der Schuh drückt: die Deutschen versuchen sich in Wiedergutmachung und der israelische Staat ist böse – er tut genau das, was der deutsche Staat seinerzeit tat, nämlich Menschen zu vertreiben. Wie dann die Überschrift suggeriert: von ihrem angestammten Gebiet.

Das ist perfide, aus vielerlei Hinsicht. Zum einen, weil die dahinter stehende Absicht bereits in dem Untertitel so deutlich zum Ausdruck kommt: Immer wieder versuchen die Deutschen zu sühnen und immer wieder wird dieser Versuch schamlos ausgenutzt – und zum anderen, weil die Geschichte alles andere als neu ist. Offensichtlich ist der Mann namens Awad Abu-Freih, den das Magazin an erster Stelle zitiert, schon ziemlich lange in dieser Mission unterwegs: im Internet findet sich ein Youtube-Video, das die NGO „Negev Coexistence Forum For Civil Equality“ bereits am 25. Dezember 2014 hochgeladen hat – wohl als eine direkte Reaktion auf einen Spendenaufruf der SPD zur Pflanzung von Bäumen im „Wald deutscher Länder“.

Unter dem Mantel der Reportage breiten die Autoren Michael Obert und Moises Saman (Fotos) ihre Geschichte aus – oder besser die Geschichte, die ihnen ein Beduinenstamm erzählt. Die Reportage kann online nur gegen Bezahlung gelesen werden, schmackhaft gemacht wird sie da mit diesem Aufreißer: „Und dann muss Awad Abu-Freih schnell weg. Ein befreundeter Nachbar hat ihn gerade auf dem Handy angerufen: Die Leute vom Jüdischen Nationalfonds seien im Anmarsch. Abu-Freih fürchtet, dass sie ihn ins Gefängnis stecken, sollten sie ihn hier erwischen. Dabei steht er gerade auf seinem eigenen Grundstück, aber darum geht es ja.“

Fehlende Grundbücher

Hintergrund des Artikels ist ein seit Jahren schwelender Streit zwischen Beduinenstämmen und der israelischen Regierung, und er reiht sich ein in Landstreitigkeiten, die aufgrund fehlender Grundbücher und insbesondere der im 19. Jahrhundert angewandten Regelung zur Aneignung von brachliegendem Land nach osmanischem Recht und dessen Verkauf zu Spottpreisen entstanden und regelmäßig immer wieder Anlass zu Auseinandersetzungen im Nahen Osten geben. Denn viele Juden, allen voran Baron Edmond de Rothschild ergriffen die Möglichkeit Land zu kaufen, und Anfang des 20. Jahrhunderts begann der jüdische Nationalfonds systematisch mit dem Ankauf. Dass von diesen Aufkäufen möglicherweise besonders auch Beduinen betroffen waren, liegt in der Natur ihres Wanderlebens, denn sie sahen nie



Logo der JNF-KKL

die Veranlassung, Ansprüche an Landbesitz anzumelden, wozu sie zweimal die Gelegenheit gehabt hätten.

Regelmäßig bemüht sich die israelische Regierung deshalb verstärkt in den letzten Jahren, den Beduinen Perspektiven anzubieten, und es gibt viele Initiativen, um die Lebensbedingungen der Beduinen in Israel zu verbessern. Etwa 160.000 leben im Negev, und noch viele leben in den Zelten aus „zerfetzten Plastikplanen“, wie die „letzten Bewohner von Al-Arakib“ wie das SZ Magazin schreibt. Ausführlich werden dort die dramatisch wirkenden Ausführungen des erlittenen Unrechts von Abu-Freih über mehrere Seiten geschildert, um dann in Aussagen wie dieser zu münden: „Mit dem israelischen Landerwerbsgesetz von 1953 erklärte Israel alles Land, das nicht registriert war, zu Staatsbesitz. Allein im nördlichen Negev verloren die Beduinen geschätzte 100.000 Hektar Land, fast die doppelte Fläche des Bodensees.“ Vielleicht lohnt es sich zu erwähnen, dass es sich bei diesem Land fast ausschließlich um Wüste handelte, und dass es bei diesem Gesetz darum ging, den Status quo festzuschreiben, also für die zu britischer Zeit festgeschriebenen Besitzverhältnisse Rechtssicherheit in Israel zu garantieren.

Die Regierung bietet den Beduinen immer wieder Hilfe an – erfolglos

Die israelischen Stimmen, die in dem Artikel weiter über das Unrecht lamentieren, das den Beduinen dadurch geschah, lesen sich wie ein „Who is Who“ der bekannten israelischen Kritiker an der Politik des Staates Israel, auch wenn sie eigentlich nicht viel Neues zu sagen haben: „Der israelische Schriftsteller Amos Oz, Träger des Israel-Preises für Literatur und des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, machte sich im Negev selbst ein Bild von der Situation der Beduinen und beschrieb diese als ‚tickende Zeitbombe‘.“ Damit ist er nicht alleine – und gerade deshalb

ist der israelischen Regierung auch daran gelegen, das Leben der Beduinen mit entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen zu verbessern.

So liest sich das dann auf der Internetseite des Jüdischen Nationalfonds in Deutschland:

„Ziel der Arbeit des JNF-KKL ist es, die Lebensqualität dieser Bevölkerungsgruppe zu verbessern. Es ist uns ein Anliegen, ihnen Chancengleichheit in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Beschäftigung und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen zu ermöglichen.“

Der JNF-KKL unterstützt die Beduinen daher auf vielfältige Weise durch Infrastruktur-, Bildungs- und Umwelt-

projekte. Wälder, Stadtparks und Kinderspielplätze dienen der Bevölkerung als wichtige Naherholungsgebiete. Im Lahav-Wald beispielsweise können die Bewohner von Be'er Schewa, Lehavim, Lakiya und Rahat entspannen. Der Yatir-Wald ist vor allem für Anwohner der südlichen Judäischen Berge, Huras und Kuseifas, ein beliebtes Ausflugsziel. Zudem haben die Beduinen die Möglichkeit, ihre Ziegen- und Schafherden in den Wäldern des JNF-KKL grasen zu lassen. Das deckt nicht nur einen Großteil des Nahrungsbedarfs der Tiere, sondern minimiert auch die Waldbrandgefahr. Das Abgrasen von Gebüsch und Unterholz minimiert zudem den Ausbruch bzw. die Verbreitung von Waldbränden.

Auch als Arbeitgeber kooperiert der JNF-KKL mit Beduinen. Sie werden vielerorts als Waldbrandbeobachter, Fahrer von Löschwagen und als Fachpersonal eingestellt. Außerdem arbeiten Beduinen als Wegführer und in der Waldverwaltung. Ein aktuelles Projekt ist der Wadi Attir Modern Farming Employment Park. Auf dem Bio-Bauernhof, der mit Hilfe des JNF-KKL derzeit neben der Ortschaft Hura aufgebaut wird, werden die Beduinen ökologische Landwirtschaft betreiben und über ihre traditionellen Anbaumethoden unterrichten.

Der JNF-KKL finanziert außerdem Wasserreservoir und Wasser-Recyclinganlagen. Ar'ara Wastewater Treatment Plant beispielsweise ist eine Kläranlage für die Beduinenansiedlungen im Negev. Zum einen soll sie das Abwasserproblem der Gemeinden lösen und ihnen zum anderen Wasser für Bewässerung und Gartenbau liefern. Ein weiteres Beispiel ist das Rahat-Mishmar Hanegev Treated Wastewater Reservoir. Der Klärwasser-Stausee verbessert nicht nur den regionalen Wasserhaushalt, sondern ermöglicht auch die Bewässerung der umliegenden Felder.

Auch im Bereich Bildung gibt es eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Beduinen und dem JNF-KKL, die

bereits über Jahre gewachsen ist. Viele Beduinengemeinden im südlichen Landesteil Israels nehmen an den Initiativen unserer Abteilung für Jugend und Bildung teil. So beliefern wir im Rahmen unserer alljährlichen Grünen Tage beispielsweise regionale Schulen mit Pflanzenkörben aus der JNF-KKL-Gärtnerei in Gilat. Die pädagogischen Partnerschaften mit Schulen umfassen neben der Bereitstellung von Bäumen zur Verschönerung der Schulen aber auch die Unterstützung durch die Lieferung von Tischen, Bänken und Mülltonnen.

Über diese Aspekte hinaus kommt es immer wieder vor, dass der JNF-KKL den Beduinen Land zur Verfügung stellt, wenn deren Städte und Dörfer wachsen. Zugunsten der Erweiterung vorhandener oder in Planung befindlicher Gemeinden werden mancherorts bestehende oder geplante Forstgebiete verkleinert – so geschehen in Rahat, Segev Schalom, Makhul oder Drijat.“

Im SZ-Magazin steht dagegen: „Tagelang wimmelte uns der Jüdische Nationalfonds Israel ab ... Die Büroleiterin, eine Frau mit langem braunem Haar und rotem Halstuch, serviert uns lächelnd Kaffee und hört sich unsere Fragen an: Pflanz der Jüdische Nationalfonds Wälder auf Land, das Beduinen gehört? Was sagt sie zu den Fotos, die uns vorliegen und die Bulldozer des Jüdischen Nationalfonds zeigen, wie sie Häuser und Zelte niederreißen? Und der Wald der deutschen Ländern?“

Bei diesen Fragen ist es kein Wunder, wenn die Antwort lautet:

„Tut mir leid, darüber darf ich nicht mit Ihnen sprechen.“ Zumindest das Büro von Edmund Stoiber in München gibt Auskunft: „Es habe ‚keinen Hinweis auf rechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Wald der deutschen Länder‘ gegeben“ - woher auch? Die Situation ist geklärt. Das letzte Wort im SZ-Artikel hat dagegen Awad Abu-Freih – analog zum Aufreißer der Online-Version. „Wir müssen sofort gehen. ... Wenn sie mich hier erwischen, werfen sie mich ins Gefängnis.“ Als Eindringling auf dem Land, das er sein Eigen nennt.“

Das mag bedauerlich sein, allerdings sollten die Autoren, die eine mehrere Jahre alte Geschichte einmal mehr so rührend aufgewärmt haben vielleicht mal folgende Fragen stellen: Warum nennt ihr Protagonist Land sein Eigen, dessen Eigentumsanspruch seit vielen Jahren verwirkt ist? Was würde er mit dem Land tun, wenn er es hätte? Und warum arbeitet er nicht mit dem Jüdischen Nationalfonds zusammen, wie viele Beduinen es bereits tun? Wäre das nicht der zukunftsweisende Weg für Frieden?

Diese Fragen werden von den deutschen Medien wohl kaum gestellt werden, und wenn dann würden sie wahrscheinlich nicht beantwortet werden. Denn das wäre dann keine Geschichte wert. Was bleibt ist der Skandal, dass mit einer guten Sache, wie der Aufforstung und Fruchtbarmachung der Wüste in Israel mit deutscher Unterstützung wieder einmal israelfeindliche Propaganda und Politik gemacht und von deutschen Medien mit Freude verbreitet wird.

Gerechte unter den Deutschen

Der jüdische Frauenverein veranstaltet eine neue Ausstellung in Dresden

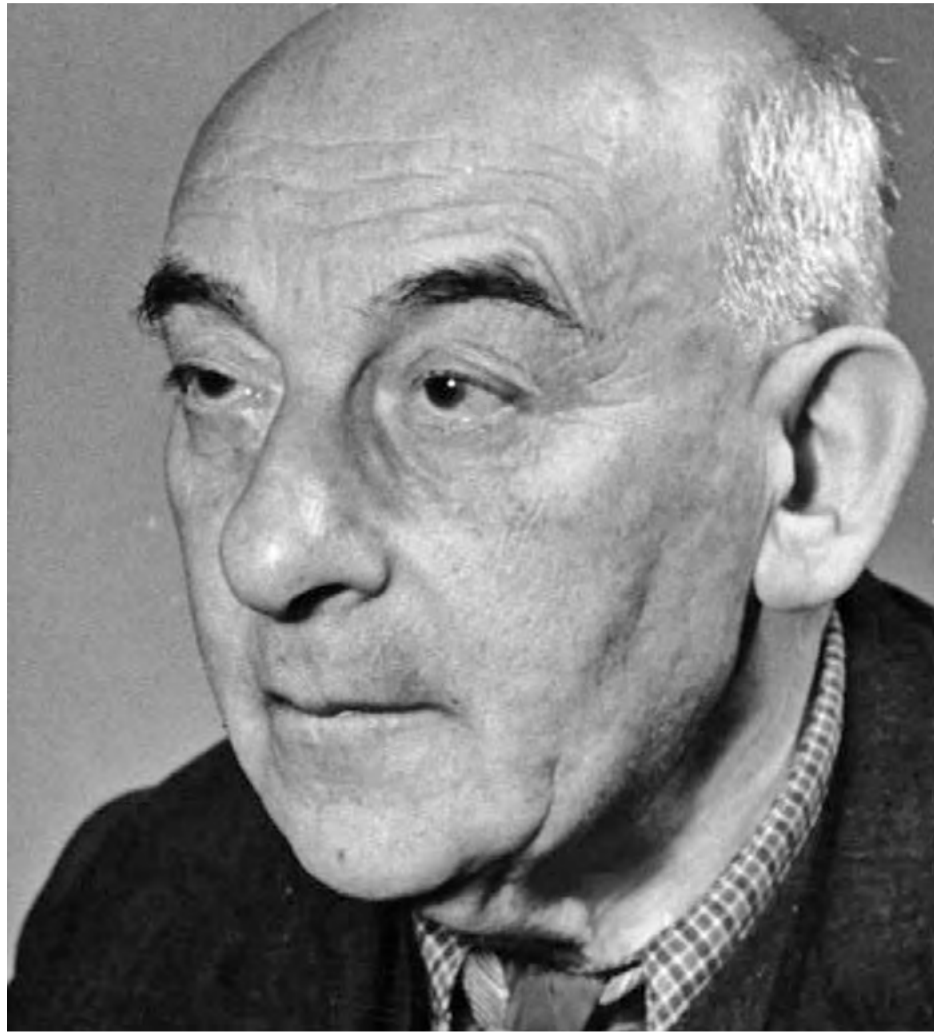
Von Karl Pfeifer

„Wer auch immer ein einziges Leben rettet, der ist, als ob er die ganze Welt gerettet hätte“ – Babylonischer Talmud Traktat Sanhedrin 37a

Der jüdische Frauenverein in Dresden hat mit der Ausstellung über die „Gerechten“ in Deutschland zur Aufklärung über das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte einen wichtigen Beitrag geleistet. Insbesondere betonen sie die Rolle deutscher Frauen beim Retten von Menschenleben.

Es waren zu wenig Gerechte, und ihre Geschichte kann nur in Verbindung zur Verfolgung der Juden gesehen werden. Doch gerade in unserer Zeit, die gekennzeichnet ist von wachsender Fremdenfeindlichkeit und nicht nur autochthonem Judenhass, tut Aufklärung not. Den nationalsozialistischen Machthabern gelang nicht die von ihnen angestrebte gänzliche Ausrottung der Menschlichkeit. Es gab Deutsche, die ihr Leben riskierten, um verfolgten Juden zu helfen.

Viktor Klemperer, der als getaufter Jude und Ehemann einer „Arierin“ in Dresden lebte und kurz vor der angekündigten Deportation nach der Bombardierung von Dresden am 13. Februar 1945 flüchten konnte, berichtet in seinen Tagebüchern 1933 – 1941 und 1942 – 1945 über diese Zeit. Im Mai und Juni 1942 wurden auch die Klemperers mehrfach von Gestapo-Rollkommandos heimgesucht. Sie wurden beschimpft, bespuckt, geprügelt, die Wohnungseinrichtung wurde demo-



Victor Klemperer machte vereinzelt auch gute Erfahrungen.

liert, Nahrungsmittel und Bücher wurden entwendet.

Klemperer schreibt aber nicht nur

darüber, sondern auch von einzelnen Deutschen, die durch eine Geste oder einen Satz gezeigt haben, dass sie Men-

schen geblieben sind. So vermerkt er am 5. Oktober, Montagnachmittag, wie zwei radelnde große Hitlerjungen ihn überholten und irgendetwas riefen. „Gleich darauf in Gegenrichtung ein radelnder Arbeiter von etwas zwanzig Jahren; er beugt sich mit freundlichem Lächeln mir zu: Das muss Ihnen gar nicht kümmern!“

Doch solche Gesten der Solidarität gab es nicht viele. Der Mangel an Solidarität wurzelt in einer langen, konfessionellen, sozio-ökonomischen und rassistischen Tradition, die der nationalsozialistischen Judenverfolgung vorgearbeitet hat. Die systematische Verfemung und Entrechtung der Juden durch die nationalsozialistische Propaganda und Gesetzgebung und die Angst vor der Juden Helfern drohenden strengen Bestrafung haben zudem die Fähigkeit der meisten Deutschen zu aktivem Mitleid so stark blockiert, dass sie resigniert oder in stumpfer Teilnahmslosigkeit zuerst der Entrechtung und Beraubung und zuletzt der Deportation und damit auch der Ermordung ihrer jüdischen Mitbürger zusahen.

Und doch gab es Deutsche, die unter Gefährdung ihres Lebens und ihrer Freiheit verfolgten Juden halfen. Sie gehören zu jenen „Gerechten“, die nach uraltem jüdischen Volksglauben in jeder Generation leben und durch ihre guten Taten den Weiterbestand der Menschheit ermöglichen. Sie sind Beispiel und Mahnung dafür, dass die Menschenrechte nie und nirgends verletzt werden dürfen.

Spannende Zürich-Krimis: Wie Rabbi Klein Mordfälle löst

Rezension der Hörbücher „Kains Opfer“ und „Das Ende vom Lied“

Von Ulrike Stockmann

Ein Rabbiner als Detektiv in einer Krimi-Reihe? Das klingt ungewöhnlich, ist aber sehr spannend. Zumindest in den Romanen von Alfred Bodenheimer.

Der Autor hat bislang drei Kriminalromane um den Zürcher Rabbi Klein veröffentlicht. Die ersten beiden Fälle „Kains Opfer“ und „Das Ende vom Lied“ liegen nun als Hörbücher im Verlag „Hörkultur“ vor.

Diese beiden Mordfälle bieten alle Genre-Elemente, die ein guter Krimi braucht: Nervenkitzel, einen rätselhaften Tathergang und im Mittelpunkt einen unerschütterlichen Haupthelden, der zufällig in die Ermittlungen verwickelt wird und schließlich verbissen um die Aufklärung des Falls kämpft.

Und natürlich können die Leser bzw. Hörer gespannt mitfeiern, wenn mit den Waffen der Logik um die zentrale Krimifrage geknobbelt wird: Wer war es?

Wenn Gemeindemitglieder zum Opfer haarsträubender Mordfälle werden, empfindet es der gewissenhafte Rabbi Klein als seine Pflicht, eigene Nachforschungen anzustellen. Vor allem, solange die Polizei offensichtlich die falsche Spur verfolgt.

„Kains Opfer“ handelt vom Mord an einem allseits beliebten jüdischen Primarschul-Lehrer und guten Bekannten Kleins. In „Das Ende vom Lied“ wird eine Frau vor einen Zug gestoßen, die ein engagiertes Mitglied in Kleins Ge-

meinde war – und zudem unglücklich verliebt in den Rabbiner.

Pragmatisch, aber nicht ohne Charme und Chuzpe, ermittelt Rabbi Klein im Namen der Gerechtigkeit und verärgert damit nicht nur die zuständige Kommissarin, sondern sorgt auch in seiner Gemeinde für Aufruhr.

Natürlich sind Kleins Fälle beste Lektüre für Zürich-Fans und solche, die es werden wollen.

Darüber hinaus geben die Krimis von Alfred Bodenheimer einen sehr interessanten Einblick in jüdisches Gemeindeleben, was vor allem für Außenstehende spannend sein dürfte. Kurzweilig und scheinbar beiläufig gewährt der Autor Einsichten in die täglichen Pflichten, Freuden und Nöte eines Rabbiners. Jüdische Feste, Glaubensriten und Gebräuche sind in die Handlung eingeflossen. Nicht selten werden Spannungen zwischen Tradition und Moderne thematisiert sowie die Frage, was es heißt, im 21. Jahrhundert praktizierender Jude zu sein.

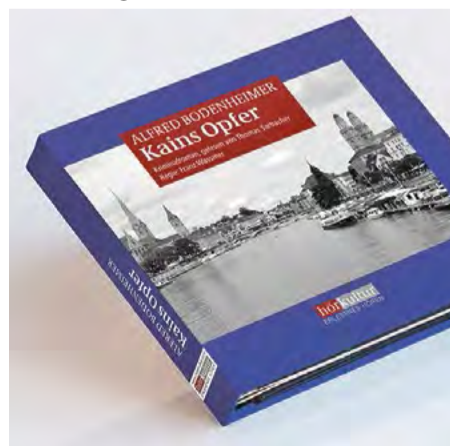
Außerdem neigt der ernsthafte Rabbi Klein, der wohl eindeutig den Titel eines Gelehrten verdient hat, zu philosophisch-theologischen Grübeleien. In diesen inneren Monologen lässt der Rabbiner unter dem Eindruck eines Mordfalls alttestamentarische Geschichten Revue passieren. Dies veranlasst ihn, die Tat unter völlig neuen Gesichtspunkten zu betrachten.

Dem Autor ist es hier gelungen, einen

interessanten Bezug zwischen Thorafiguren und dem jeweiligen Fall anzustellen.

Und – so viel sei verraten: Selbstverständlich sind die vielsagenden Buchtitel „Kains Opfer“ und „Das Ende vom Lied“ auch nicht zufällig gewählt, sondern geben in poetischer Doppeldeutigkeit Aufschlüsse über den Inhalt.

All das liest sich sehr gut in Buchform. Eine zusätzliche Qualität erhalten die Stoffe jedoch in den Hörbüchern, die vom Verlag „Hörkultur“ produziert wurden. Sprecher Thomas Sarbacher gelang unter der Regie von Franz Wassmer ein ausdrucksstarker und markanter Vortrag der beiden Krimis.



Die Hörbücher bieten selbst leidenschaftlichsten Leseratten eine tolle Gelegenheit, dieses Medium einmal auszuprobieren. Denn der Wechsel vom

Visuellen ins Auditive vermag die Sinne beim Erschließen einer Geschichte völlig neu zu öffnen.

Der Autor Alfred Bodenheimer wurde 1965 in Basel geboren. Er erhielt eine traditionelle jüdische Ausbildung und betrieb Talmudstudien an der Yeshiva University in New York und an der Yeshivat Hamivtar in Efrat, Israel. Danach studierte er Deutsche Philologie und Geschichte in Basel, wo er schließlich 1993 in Neuerer Deutscher Literaturgeschichte promovierte. Es folgten Lehr- und Forschungstätigkeiten in Israel, Deutschland und der Schweiz, darunter 2002 seine Habilitation in Genf. Seit 2010 leitet er das Zentrum für Jüdische Studien an der Universität Basel.

Seine Tätigkeit als Krimiautor unter jüdischen Vorzeichen beschreibt Bodenheimer als angenehme, jedoch nicht ganz artfremde Abwechslung zu seinen universitären Verpflichtungen und klassischen wissenschaftlichen Publikationen.

Wohl nicht umsonst spielt sein aktuellster Klein-Krimi „Der Messias kommt nicht“ an seiner eigenen Baseler Universität.

„Kains Opfer“ und „Das Ende vom Lied“ von Alfred Bodenheimer erschienen 2016 als Hörbücher im Verlag „Hörkultur“. Je ab 19,75 Euro.

Erhältlich u.a. unter:
www.hoerkultur.com

„Dos Jidisze Wort“: Die Stimme der polnischen Juden

Zu Gast in einer jiddischen Zeitungsredaktion in Warschau

In Polen hat bis heute eine jüdische Gemeinschaft überlebt. Interessanterweise spricht eine beachtliche Zahl der Mitglieder noch immer die traditionelle Sprache der mittel- und osteuropäischen Juden: Jiddisch. Sie haben diesen besonderen Sprachschatz durch die Jahrhunderte gerettet. Deshalb erscheint auch die einzige Zeitschrift der Juden in unserem Nachbarland auf Polnisch und Jiddisch. Björn Akstinat interviewte für die JÜDISCHE RUNDSCHAU Marek Hause, einen deutschsprachigen Mitarbeiter des Magazins namens „Dos Jidisze Wort/Słowo Żydowskie“.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wann, von wem und warum wurde Ihre Zeitschrift „Dos Jidisze Wort“ gegründet?

Marek Hause: „Dos Jidisze Wort“ (Das Jüdische Wort) hat in Polen eine über siebzigjährige Tradition. 1946 wurde in Lodz dank der polnischen Regierung die Tageszeitung „Folks Sztyme“ (Volksstimme) in jiddischer Sprache gestartet. Nach der Gründung der „Sozialkulturellen Gesellschaft der Juden in Polen“ (TSKŻ – Towarzystwo Społeczno-Kulturalne Żydów w Polsce) wurde die Zeitung von der Gesellschaft in Warschau weiter betrieben. In den 1960er Jahren entstand ein zusätzlicher Teil der Zeitung auf Polnisch. Aufgrund der Judenvertreibung und Verkleinerung der Leserschaft musste die einzige jiddischsprachige Zeitung Polens ab 1968 auf einen wöchentlichen Erscheinungsrhythmus umgestellt werden. Nach dem Ende des Kommunismus änderte sie ihren Namen 1991 zu „Dos Jidisze Wort/Słowo Żydowskie“. Ab diesem Zeitpunkt erschien sie alle zwei Wochen und wurde hauptsächlich auf Polnisch verfasst. Seit 2002 kommt die zweisprachige Zeitschrift einmal im Monat in Warschau heraus. Der jiddische Anteil beträgt gegenwärtig etwa 30 %. Ihr Chefredakteur ist Artur Hofman, der zugleich auch der Vorsitzende der Gesellschaft TSKŻ ist.

Warum enthält Ihre Zeitschrift bis heute einen großen Teil in jiddischer Sprache?

Unsere Zeitschrift wird weltweit abonniert und in einem Teil der Gemeinden spielt Jiddisch als Teil der jüdischen Kultur weiterhin eine große Rolle.



Titelseiten von „Dos Jidisze Wort“

Worüber berichten Sie in jiddischer Sprache?

Der Inhalt des jiddischsprachigen Abschnitts unterscheidet sich vom polnischen Teil der Zeitschrift. Doch thematisch gesehen berichten beide Teile über das jüdische Leben in Polen und über das Judentum in der Welt. Der

teren Gemeindemitglieder.

Gibt es in Polen Initiativen zur Förderung der jiddischen Sprache?

Wir als Gesellschaft bekommen finanzielle Mittel der polnischen Regierung für die Herausgabe des Magazins. Die Gelder gibt es aber nicht speziell zur Unterstützung der jiddischen Spra-



600.00 Menschen weltweit sprechen Jiddisch im Alltag.

jiddische Teil verfügt noch zusätzlich über eine Rubrik mit Poesie.

Wie viele jiddische Muttersprachler gibt es noch in Polen?

Vor dem Zweiten Weltkrieg sprachen fast 80 % der polnischen Juden Jiddisch, nur etwa 12 % Polnisch und lediglich 8 % Hebräisch. Heute, so schätzen wir, liegt die Zahl der Jiddischsprachigen bei etwa 1.000 Personen. Das sind ca. 14 % Prozent aller in Polen lebenden Juden. Es sind zum größten Teil die äl-

che oder zur Förderung des jiddischen Zeitschriftenteils.

Gab es bereits Fördergelder von deutscher Seite?

Wir haben keinerlei Hilfsmittel von der Bundesregierung oder der deutschen Botschaft bekommen.

Wie beurteilen Sie die Situation der jiddischen Sprache in Europa und weltweit?

Es wird geschätzt, dass noch etwa 600.000 Menschen Jiddisch in ihrem Alltag sprechen. Die Zahl der Personen

mit jiddischen Sprachkenntnissen liegt jedoch höher. Zu den Ländern, wo am meisten Jiddisch gesprochen wird, gehören die USA, Israel und Russland.

Meinen Sie, dass sich die Deutschen mehr um die jiddische Sprache kümmern müssten?

Ja, die deutsche Regierung und die Deutschen sollten sich für die jiddische Sprache mehr einsetzen, denn sie ist ein Teil der deutschen Kultur. Bezüglich des deutsch-jüdischen Verhältnisses steht für die polnischen Juden allerdings nicht allein die jiddische Sprache im Vordergrund. Wir als „Sozialkulturelle Gesellschaft der Juden in Polen“ würden uns über eine allgemeine Erweiterung der Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Polen und mit den Deutschen freuen.

Wie ist das Verhältnis der katholischen polnischen Bevölkerung zu den Juden in Polen?

Das ist ein heikles Thema, denn wie auch in Deutschland gibt es hier Antisemitismus. Gleichzeitig ist es in Polen schick, ein Jude zu sein, denn Juden gelten als reich und klug. Das Judentum erlebt hier derzeit eine gewisse Renaissance. Wegen der jetzigen politischen Situation in Polen ist die Bevölkerung zweigeteilt. Wahrscheinlich haben beide Fraktionen gleich viele Anhänger. Aber es lässt sich sagen, dass es momentan in Polen für Juden nicht gefährlich ist.

Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen der polnischen Regierung und Israel?

Es gibt regelmäßige politische Treffen und auf offizieller Ebene findet eine Annäherung statt. Der jetzige polnische Präsident zitiert sogar gerne die romantische Beschreibung „Volksrepublik der Freunde“, wenn er von den israelisch-polnischen Beziehungen spricht.

Björn Akstinat ist Leiter der Internationalen Medienhilfe (IMH), des Netzwerkes interkultureller Publikationen und Rundfunkprogramme weltweit, zu dem auch deutsch-jüdische und jiddische Medien aus verschiedenen Ländern gehören – zum Beispiel „Dos Jidisze Wort“.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

„Wir sind noch längst nicht überflüssig“

10 Jahre Kampf gegen Antisemitismus an deutschen Universitäten

Die „Akademiker für Frieden im Nahen Osten e.V.“ kämpfen seit 10 Jahren aktiv gegen anti-israelische Tendenzen an deutschen Hochschulen.

Dr. Elvira Grözinger ist Vorsitzende und Sprecherin der deutschen Sektion der „Scholars for Peace in the Middle East“, die in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiert. Die Literaturwissenschaftlerin, Publizistin und Übersetzerin gehört zu den Gründungsmitgliedern und war mehrere Jahre die stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was sind die Scholars for Peace of the Middle East? Für welche Werte stehen die Mitglieder ein und welche Ziele verfolgen sie?

Elvira Grözinger: Die Vereinigung „Scholars for Peace in the Middle East“ (SPME) ist eine internationale Non-Profit-Wissenschaftlerorganisation, der in mehreren europäischen Ländern, vor allem aber in den USA, 50.000 Mitglieder angehören. Die Organisation wurde 2002 in den USA als Antwort auf den aus Großbritannien geplanten Boykott der israelischen Universitäten und Wissenschaftler gegründet. Das Ziel war und ist, an den Hochschulen im akademischen Milieu dem Antisemitismus und Antisraelismus zu begegnen und durch sachliche Debatte und Aufklärung über den Nahostkonflikt zu einem besseren Verständnis und somit zur Verständigung beizutragen.

Warum ist der Fokus auf Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen so wichtig?

Weil der Antisemitismus in der Gesellschaft weit verbreitet ist und die Darstellung des Nahostkonflikts an deutschen Universitäten, kirchlichen Akademien und parteinahen Stiftungen immer noch nicht frei von jüden- und israelfeindlichen Inhalten ist, die nicht selten von nicht objektiven oder unzureichend informierten Dozenten oder Gastrednern vermittelt werden. Die dort Ausgebildeten sind die künftigen Meinungsträger und müssen mit korrekten historischen Fakten umgehen können.

Was kann das Bildungssystem tun, um Antisemitismus und Feindseligkeiten gegenüber Israel entgegenzuwirken?

Wenn die deutsch-jüdische Geschichte, die jüdische Kultur und die Geschichte des Nahostkonflikts richtig dargestellt werden, beugt es Vorurteilen und der Judenfeindschaft vor. Da sich die Bildungsanstalten an Multiplikatoren wie Publizisten oder Lehrern wenden, ist es verheerend, wenn falsche Informationen weitergegeben werden, insbesondere an Schüler und Medien.

Seit zehn Jahren gibt es einen Ableger des Verbands in Deutschland, ein stolzes Jubiläum! Lassen Sie uns deshalb kurz zurückblicken: Von wem wurde SPME Deutschland 2007 gegründet? Und gab es einen bestimmten Grund zu jener Zeit, auch in Deutschland aktiv zu werden?

: Die deutsche Sektion (Akademiker für Frieden im Nahen Osten e.V.) entstand 2007 als Antwort auf erneute Boykottaufrufe gegen israelische Hochschulen und Wissenschaftler. Ihre Ziele sind dieselben wie die der amerikanischen Vereinigung. Gegründet wurde sie von einigen engagierten deutschen Akademikern, zu denen ich gehöre, und ist seither, unabhängig von der Fach-



Dr. Elvira Grözinger

disziplin, Herkunft oder Religion ihrer Mitglieder, sowohl im universitären als auch sonstigem Bildungssektor aktiv. Wir arbeiten auch mit anderen befreundeten Organisationen zusammen und sind für alle Gleichgesinnten offen. Zudem unterstützen uns Studierende und Dozenten, die an ihren Institutionen mit antiisraelischen Tendenzen und Antisemitismus konfrontiert sind.

Würden Sie sagen, dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Haltung der Lehrenden an den Universitäten in Deutschland zum Thema Israel und Konflikten im Nahen Osten verändert hat – womöglich zum Positiven? Kann

semitismus deutschlandspezifisch sind?

Ja. Es gibt natürlich auch unter den deutschen Akademikern die Neigung zur sogenannten Israelkritik, einer oft an den Antisemitismus grenzenden Schuldabwehrreaktion mit der Sicht auf Juden als „Täter“ im Nahostkonflikt, gepaart mit der Forderung nach dem „Schlusstrich“. Deutsche Begriffe wie „Auschwitzkeule“ oder „Tätervolk“ sind ja bekannt.

Seit einigen Jahren flüchten viele Menschen aus Krisengebieten nach Deutschland, überwiegend aus muslimisch geprägten Ländern. Unlängst werden Stimmen über einen neuen An-

wie feiert der Verband sein zehnjähriges Bestehen?

Wir planen – neben den wie bisher während des Jahres üblichen Vorträgen – am Jahresende ein Symposium, bei dem die mit unserer Arbeit hierzulande und dem für die jüdische Geschichte und den Staat Israel zusammenhängenden Themen aus verschiedenen Blickwinkeln erörtert werden sollen. Zu den Rednern werden AkademikerInnen aus dem SPME und weitere geladene Hochschullehrer wie auch Journalisten, Publizisten und PolitikerInnen gehören.

Sie sind nun seit gut acht Wochen Vorsitzende der Sektion in Deutschland. Wodurch wird Ihre Arbeit in den nächsten Jahren geprägt sein? Sind Sie optimistisch, wenn Sie an die Zukunft denken?

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, sagt der Volksmund. Wenn es den Juden in Deutschland schlecht geht, ist es ein Alarmzeichen für den Zustand der Gesellschaft, deren Teil wir alle sind. Wir haben viele Freunde, aber gleichzeitig auch Gegner, die an einem politischen und gesellschaftlichen Frieden nicht interessiert sind. Unsere Aufklärungsarbeit ist nötig und muss fortgesetzt werden, denn Deutschland hat eine Verantwortung den jüdischen Bürgern in diesem Land wie dem Staat Israel gegenüber und die besonderen Beziehungen müssen fester im Bewusstsein der jüngeren Generation verankert sein werden. Das ist die Aufgabe der Bildungspolitik auf allen Ebenen. Diese Botschaft herüberzubringen, ist eines unserer Ziele. Wir wollen unseren Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden leisten und mit vereinten Kräften – with a little help from our friends – wird es auch besser gelingen. Wir laden alle ähnlich denkenden AkademikerInnen ein, uns hierbei zu unterstützen – persönlich wie durch Spenden.

Das Gespräch führte
Isabelle Rondinone

„ Ein großer Naschschub an Antisemiten ist nach Deutschland gekommen. “

SPME Deutschland Erfolge für sich verbuchen?

Ja und nein. Einerseits gibt es inzwischen schon eine gewisse Sensibilität im Umgang mit dem Thema, aber auf der anderen Seite haben wir es mit einer verstärkten antiisraelischen Propagandaaktivität von muslimischen oder deutschen araberfreundlichen Studierenden und Dozenten bei Veranstaltungen zu tun, die zum Teil aus dubiosen Quellen finanziert werden. Doch wir haben durchaus Erfolge zu verbuchen, wie die mehrfache Verhinderung von eindeutig israelfeindlichen Veranstaltungen mit Gastrednern, Überprüfung und sogar Entlassung von Dozenten, die wissenschaftlich nicht haltbare Inhalte vermitteln. Wir haben auch bezüglich einiger einseitig antiisraelischer, bisweilen antisemitischer Darstellungen in deutschen Schulbüchern bei Verlagen erfolgreich interveniert. Aber es gibt leider noch viel zu tun und wir sind noch längst nicht überflüssig geworden.

Gibt es Problematiken oder Themen, die in Bezug auf israelbezogenen Anti-

semitismus in Deutschland laut. Welche Beobachtungen hat SPME Deutschland in dieser Sache gemacht? Wie kann Deutschland dagegen vorgehen?

Mit den Migranten aus den islamischen Ländern ist ein großer Nachschub an Antisemiten und Israelfeinden jeden Alters nach Deutschland gekommen. Zusammen mit der zu beobachtenden verstärkten Radikalisierung unter den hier – wie auch in anderen europäischen Ländern – geborenen muslimischen Jugendlichen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem entstanden, das nur durch energische Maßnahmen der Staatsorgane in den Griff zu bekommen ist: Strikte Einhaltung des Grundgesetzes, Respekt unserer demokratischen und ethischen Werte, Beseitigung der Parallelgesellschaften, verstärkte Aufklärung und Kontrolle der islamischen religiösen Ausbildungsstätten. Fälle von Hass und Aggressivität, die in letzter Zeit besonders virulent sind, dürfen in einer zivilen Gesellschaft nicht geduldet und müssen geahndet werden.

Kommen wir zurück zum Jubiläum –

Der Verlust der politischen Mitte

Das wieder aktuelle Buch von Felix Weltsch „Das Wagnis der Mitte“ von 1936

Von Dr. Carsten Schmidt

Als das Buch „Wagnis der Mitte“ des Philosophen und Journalisten Felix Weltsch 1936 im mährischen Ostrau (tschech. Ostrava) erschien, befand sich Mitteleuropa 7 Jahre nach der bislang größten Weltwirtschaftskrise zerrissen zwischen radikalen Weltanschauungen und der Bedrohung des sich ausbreitenden Faschismus. Im damals noch vergleichsweise friedlichen Prag wohnte Felix Weltschs Familie seit 300 Jahren – ebenso wie die seines engsten Freundes Max Brod, mit dem er seit dem 6. Lebensjahr verbunden war. Der heute weltbekannte Autor Franz Kafka war über 20 Jahre lang ihr gemeinsamer Vertrauter.

Während Felix Weltsch 1936 die jüdische Wochenzeitschrift „Selbstwehr“ in Prag herausgab, für die er leitend bereits seit 15 Jahren tätig war, tat dies in Berlin sein 6 Jahre jüngerer Cousin Robert Weltsch für die „Jüdische Rundschau“. Felix unterstützte Robert nicht nur, indem er trotz bekannten Gefahren Roberts berühmten Artikel „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!“ vom April 1933 in der „Selbstwehr“ nachdruckte, sondern er wirkte auch als Denker und Autor in den deutschsprachigen Raum hinein.

Im „Wagnis der Mitte“ brachte Felix Weltsch den Gedanken auf, dass die „Mitte“ als Konzept zu Unrecht einen schlechten Ruf habe. Für ihn war sie viel mehr als nur ein fauler Kompromiss. Die Menschen stehen nach Weltsch immer wieder vor unverträglichen Gegensätzen. Es ist nun die Herausforderung, das Spannungsfeld zwischen den Polen (Links-Rechts, Liberalismus-Faschismus, Militarismus-Pazifismus u. ä.) auszuhalten:

„Die beiden Richtungen wollen zwar voneinander nichts wissen, sie sind einander sogar vielleicht feindlich gesinnt, aber es gibt in ihrem Wirkungsbereich so viel Platz und so viele Möglichkeiten, daß sie trotz ihrer Gegensätzlichkeit nebeneinander wirken können.“

Auf der Suche nach der Mitte verfallen laut Weltsch viele Menschen in eine „hysterische Reaktion“. Vor allem „leichte, bequeme und verlockende“ Pfade führten so auch in eine hysterische Mitte, die so tut, als habe sie eine Lösung gefunden.

Im Mitteleuropa des Jahres 2017 braucht man nicht lange suchen, um auf Beispiele dieses Phänomens zu stoßen. Weltsch meint, gerade das laute, verkürzte, hysterische, was sich als Mitte tarnt, sei das „unendliche Reich der Bösen und Schiefen in der Welt ...“, das Heer der verärgerten, unbefriedigten, ängstlichen, keifenden, neidischen, pedantischen, aufgeblasenen Menschen.“ Doch die Pfade der Hysterie sind ausgetreten. Von ihnen ist nichts Neues zu erwarten. Und von Menschen, die sich extrem gebärden, auch nicht:

„Untersucht man die radikalsten Flügelstreifer etwas näher, so findet man oft, daß hier Menschen ihr Dilemma so gelöst haben, daß sie sich zwar auf eine Seite geschlagen haben, dort aber, von ihrem Verrat am Gegenpol, den sie nicht vergessen können, ständig gereizt, ihre innere Unsicherheit durch lautesten Radikalismus überkompensieren.“

Weltsch setzt nun dem hysterischen einen schöpferischen Weg entgegen,



wo tatsächlich Neues entstehen kann: „Die schöpferische Mitte durchbricht den Widerstand des unlösbaren Dilemmas, indem die gestaute Energie etwas Neues schafft, Arbeit leistet, Werte realisiert.“ So sieht der Autor etwa in der Kunst eine Möglichkeit, einen Widerspruch aufzulösen und Gegensätze auszuhalten. Der Künstler ist wie alle Menschen über seine Sterblichkeit betrübt, schafft es jedoch, Werke für kommende Generationen zu kreieren. Er hat also den Widerspruch nicht weggeschoben, sondern hat unverträgliche Gegensätze in sich erträglicher gemacht.

Auch die Sprache ist nach Weltsch eine solche Errungenschaft. Der Mensch fühlt sich einsam und manchmal isoliert – jedoch die Sprache macht diesen Zustand erträglicher. Weltsch kehrt die Vorstellung um, dass es bequemer sei, in der Mitte ruhig zu sitzen. Er meint, dass es gerade das Leichte sei, sich an den Rand zu stellen und 90 Prozent zu verteuflern – und umso schwerer, in der Mitte wirkliche, nicht faule oder hektische Kompromisse auszuhandeln.

Die Pole erscheinen oft erst durch die Zuschreibung der jeweils anderen Seite so drastisch

Dabei stellt er fest, dass die Pole an sich oft gar nicht leicht greifbar sind, sondern erst durch die jeweiligen Zuschreibungen der einen oder anderen Seite so drastisch erscheinen. Und genau darin bestehe in jeder Gesellschaft die Herausforderung – nämlich das Falsche daran zu erkennen, dass z.B. Rechtsradikale die Sozialisten immer nur als destruktiv und dem Chaos zugewandt sehen; und dass Linksradikele Kapitalisten stets nur als „Aussauger, Spekulanten und Kriegshetzer“ begreifen.

Weltsch sieht es als wichtigste Aufgabe an, die „Wertkerne“, die wahren Ziele beider Seiten anzuhören und sie erst einmal gleichberechtigt wahrzunehmen. Was sich hier nach dem dialogischen Prinzip von Martin Buber anhört – wie Hugo Bergman ebenfalls ein enger Freund von Weltsch – kann neben seiner Heimat, dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, auch auf seinen Bildungshintergrund als promovierten Juristen zurückgehen. Felix Weltsch

schreibt, dass es dieses Anhören beider Pole ist, was eine gewisse Spannung auslöst – und auch die gilt es auszuhalten, denn A würde B vielleicht nie ernstnehmen oder ruhig hören, was die wahren Ziele von B sind. Dies – und eine Ernsthaftigkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber der Realität – sind für den Autor die ersten Ansätze zu einer schöpferischen Mitte. Der letzte Schritt ist „der Mut, ins Ungewisse vorzustößen.“

Wie viel hat die Welt in 80 Jahren daraus gelernt?

1936 wie heute gibt es viele, die nicht auf die Mitte setzen, die den Mut nicht aufbringen wollen – sondern die auf schnelle, verkürzte Antworten für komplizierte Fragen hineinfallen. Weltsch schrieb: „Die Gegensätze drohen heute die Welt ins Chaos zu stoßen.“ Und er beschreibt, wie schwer seine damalige Welt sich tut, diese Gegensätze auszuhalten. Er betont, wie unverhältnismäßig groß die Konzerne und ihre Investitionen waren, die u.a. zur Weltwirtschaftskrise führten. Er nannte es „zerbrechliches Mammut-Wachstum“. Wie viel hat die Welt in 80 Jahren daraus gelernt?

Weltsch gelang es u.a. durch dieses Buch, mit analytischem Blick eine Welt klar zu beschreiben. Dabei brauchen sich seine Werke, was Logik und Schärfe der Argumentation angeht, nicht hinter denen seiner Zeitgenossen Arthur Koestler und Bertrand Russell verstecken. Und menschlich gelang es ihm, der Welt des sich ausbreitenden Faschismus um Haarsbreite zu entkommen. Drei Jahre nachdem dieses hier vorgestellte Buch im mährischen Ostrau erschien, fuhren Max Brod und Felix Weltsch am 15. März 1939 mit ihren Familien im letztmöglichen Zug durch eben dieses Ostrau an der Grenze zum damals noch neutralen Polen. Am Grenzbahnhof Ostrau sahen die Freunde, wie die Wehrmachtssoldaten hinter ihrem Zug die Tore schlossen. Innerhalb weniger Stunden war die gesamte CSR besetzt. Weltsch und Brod wurden von der Gestapo gesucht – aber sie entkamen nach Palästina. Dort konnten sie noch über 20 Jahre leben und wirken, während ein Großteil ihrer Verwandten in den Vernichtungslagern umkam.

Von Menschen wie Felix Weltsch bleiben Erinnerungen und Bücher, die uns auch nach 80 Jahren noch wertvolle Gedanken mitgeben. Und von vielen Sachbüchern ist eine Handvoll Sätze auch nach Jahrzehnten noch aktuell. Nur – beim „Wagnis der Mitte“ ist es fast das gesamte Buch.

Orig. erschien 1936 bei J. Kittl (Mährisch-Ostrau), hier Foto vom Nachdruck 1965, Kohlhammer

Das karäische Geheimnis Peters des Großen

War der berühmte russische Zar jüdischer Abstammung?

Von Edgar Seibel

Er zählt zu den schillerndsten Persönlichkeiten in der Geschichte der russischen Zarendynastie. Doch Peter I. der Große von Russland war mehr als nur der Gründer Sankt Petersburgs, begnadeter Kriegsherr und Europäisierer seines Reichs: Auch soll er karäischer Herkunft gewesen sein. Was ist wirklich dran an diesem letzten Geheimnis der Romanow-Familie?

Während Peters Herrschaft nahm der Gang der Geschichte Russlands eine scharfe Wendung. Das Land wurde zu einem mächtigen Imperium und zog mit den zeitgenössischen europäischen Staaten gleich. Peter Alexejewitsch Romanow (1672-1725) sah sich bestrebt eine exakte Staatsstruktur zu schaffen: die Bauern dienen dem Adel, der Adel dem Monarchen und der Monarch dem Staat.

Seine Karriere beginnt außergewöhnlich. Nach dem frühen Tod seines Halbbruders Fjodor Alexejewitsch (1661-1682), der aus einer Ehe des Zarenvaters Alexej (1629-1676) mit Maria Miloslawskaja hervorging, bestieg schließlich der erst 10-jährige Peter den Thron. Doch infolge von Intrigen seiner älteren Halbschwester Sofja und dem Clan der Miloslawskis, der Familie der früh verstorbenen Frau seines Vaters, kam es zu einer Doppelherrschaft unter Sofja als Regentin. Diese Verschwörung ging soweit, dass ein Großteil der Palastgarde, der sogenannten Strelitzen einen Aufstand gegen den jungen Peter als rechtmäßigen Herrscher planten. Dabei kamen viele Adelige ums Leben.

Peters Mutter, Zarin Natalja Naryschkina (1651-1694), fasste den Entschluss mit ihrem Sohn in das Dorf Preobraschenskoje bei Moskau zu fliehen. Dort fing der wissbegierige Peter an sich für Kriegsführung zu interessieren, nahm vermehrt an großen Spielschlachten teil, immer angetrieben von seinen Erinnerungen an den blutigen Strelitzen-Aufstand. Die höfische Gesellschaft in Preobraschenskoje setzte sich dafür ein, dass Peter seine Macht zurückgewinne, fähige Männer sammelte sich um ihn. Und so scheiterte der Versuch seiner Halbschwester 1689 eine Palastrevolte anzuzetteln. Peters Regimenter führten die Machtenthebung Sofjas herbei. Der junge Zar ließ die entthronte Schwester auf lebenslänglich in das Neujungfrauen-Kloster sperren.

Alle Dinge im Staat standen anfangs in der Kompetenz seiner Mutter. Beistand bekam sie dabei u.a. von ihrem Bruder Lew Naryschkin.

Verweilen wir bei der Zarenmutter: Nach großer Trauer über den Tod seiner ersten Gattin im Jahr 1669, hatte man dem Zarenvater Alexej 70 Bräute zur Auswahl vorgestellt. Lange aber musste er nicht überlegen, und wählte die 19-jährige Natalja Naryschkina, die Tochter eines Rjasaner Adligen namens Kirill Naryschkin. Beschrieben wird sie als eine lebensfrohe Person, bei der der Zar rasch aufblühte.

Doch wirklich russischen Ursprungs war Natalja nicht, auch nicht christlich! Ihr Vater Kirill Poluektowitsch Naryschkin (1623-1691), der an der Zerschlagung des Donkosaken-Aufstandes des großen Atamans Stenka Rasin beteiligt war, entstammte einer jüdisch-karäischen Familie von der



Zwei Marine-Kadetten richten sich unter den Augen von Peter dem Großen ihre Uniformen.

Krim.

Die Geschichte der Naryschkins beginnt mit dem litauischen Großfürsten Vytautas, der nach Bezwingung der Tataren auf der Krim im Jahr 1392 einige hundert Karäer-Familien mit in sein Reich brachte und einige als Leibgarde

genannt Narysch, befand. Zum Schutz Vytautas' Tochter bleibt Narysch ebenfalls in Moskau.

Damit war der erste Schritt für die Naryschkins in die Welt des russischen Adels getan. Mordechajs Sohn Sawel Narysch, Höfling im Gouvernement

Die Karäer sind stolz auf den berühmten „Landsmann“.

anstellte – galten diese Männer doch als mutige Kämpfer und herausragende Diplomaten. Vytautas' aggressive Art führte zu Spannungen mit Moskau. Um die Russen zu besänftigen, bot er dem Moskauer Großfürsten Wassili Dmitrijewitsch I. seine Tochter Sofia als Frau an. Auf Geheiß ihres Vaters kam die litauische Prinzessin in Begleitung der karäischen Leibwächter; unter denen sich ein Mordechaj Kubrat,

von Rjasan, nahm später den Vornamen Fjodor an, und dessen Sohn Isaak, oberster Chef der Verwaltung von Welikije Luki, ließ den Nachnamen in Naryschkin russifizieren.

Der russisch-französische Volkskundler Michel Sarach, der u.a. die „Enzyklopädie des Karäischen Volkes“ verfasst hat, war davon überzeugt, dass Peter der Große um seine karäischen Wurzeln wusste, was auch das gute

Verhältnis der Zaren zur Minderheit erkläre. Zwar war Peter gläubigen aschenasischen Juden gegenüber nicht aufgeschlossen, doch die Karäer waren im Russischen Zarenreich gleichberechtigt, und an seinem Hofe gab es Judenchristen, wie den Vizekanzler Peter P. Schafrinow. Viele folgende russische Herrscher nahmen während ihrer Krim-Reisen an Gottesdiensten in karäischen Synagogen, den Kenessas, teil. Gute Beziehungen zu ihnen finden sich namentlich bei Alexander I. und Nikolaus II.

Obwohl sich die karäische Gemeinschaft heute auf eine Abstammung von konvertierten Kiptschaken und Chasaren beruft, ist das Karäertum selbst etwas älter. Diese jüdische Strömung, die jede mündliche Überlieferung ablehnte (Mischna und Talmud), tauchte zum ersten Mal im 8. Jahrhundert in Babylonien auf, gegründet von einem Anan ben David. Als Folge messianischer Erwartung gelangten die Karäer nach Palästina und von dort aus nach Ägypten, Syrien, in die Türkei und insbesondere in das südrussische Chasarenreich.

1694 starb die Zarin Natalja Naryschkina. Peter der Große reifte zu einem respekteinflößenden Herrscher heran, ehrgeizig, leidenschaftlich, ausgestattet mit starker Intuition bei einer Körpergröße von knapp über zwei Metern. Unvergesslich geworden ist er durch sein Sankt Petersburg, berüchtigt für die erfolgreiche Stürmung der Türkenfestung Azak, die Schaffung der russischen Flotte, für die Zerschlagung der Schweden bei Poltawa und die Hinrichtungen der aufständischen Strelitzen, wobei er eigenhändig mehrere enthauptete – ein Ereignis, das die Russen bis heute schlagartig mit ihm in Verbindung bringen. Außerdem nimmt man an, dass man Peter die russischen Fahnenfarben Weiß, Blau und Rot zu verdanken habe, die er während seiner Europareise 1697 den Holländern abgeguckt habe.

Erst in jüngerer Zeit ist es einfacher geworden, die genauen familiären Hintergründe russischer Berühmtheiten zu beleuchten und zu veröffentlichen. Von einem nicht-slawischen Ursprung einer höhergestellten Persönlichkeit wollte man lange Zeit nichts hören. Das gilt auch für die deutschen Wurzeln der letzten Zarenfamilie.

Peter der Große entwickelte ein ganz besonderes Interesse den Deutschen gegenüber. Er verliebte sich in Anna Mons, die Tochter eines deutschen Weinhändlers aus der Ausländervorstadt (Russisch: Nemezskaja sloboda, eigentlich „Deutsche Siedlung“). Anna wurde zu seiner Geliebten, und das trotz seiner Ehe mit Zarin Jewdokija Lopuchina, die er auf Drängen seiner Mutter hin 1689 geheiratet hatte, und trotz seiner drei Söhne mit ihr. 1712 heiratete Peter erneut; diesmal die Litauerin Martha Elena Skawronska, die spätere Zarin Katharina I. (1684-1727).

Peter Alexejewitsch Romanows karäischer Hintergrund wird nicht nur durch Quellen bedeutender Historiker und Völkerkundler wie Nikolai M. Karamsin, Wassili O. Kljutschewski, Michail I. Artamonov oder Michail A. Miller gestützt. Auch die Karäer selbst betrachten den Zaren als karäisch, und sind stolz auf den berühmten „Landsmann“.

Keine Pizza und Pasta zu Pessach

Meine Reise ins jüdische Italien

Von Miriam Magall

Mein ganzes Leben lang habe ich mich bemüht, über Pessach zu verreisen – stets an einen Ort, an dem ich sowohl von allen mühseligen Pessach-Vorbereitungen befreit bin, als auch zwei möglichst schöne und angenehme Seder-Abende verbringe und gleichzeitig etwas Neues kennenlernen.

Das ist mir bisher auch weitgehend gelungen. Ich habe, glaube ich, kaum mehr als zwei oder drei Seder-Abende bei mir zu Hause ausgerichtet. Dieses Mal habe ich mir Italien vorgenommen – eigentlich ein Witz ausgerechnet in ein Land zu einer Zeit zu fahren, in der man seine typischen Gerichte, die wohlbekannte Pizza und alle Arten von Pasta, nicht genießen darf. Sei's drum. Versuchen wir's, sagte ich mir.

Grundsätzlich mache ich übrigens keinen Urlaub, sondern nutze meine Reisen, um ein nächstes Buch vorzubereiten, diesmal aber vor allem, um die Synagogen und jüdischen Museen in Italien zu fotografieren. Natürlich nicht alle, denn in Italien gibt es immerhin rund 70 Synagogen in ebenso vielen Städten, in denen Juden regelmäßig zum Gebet zusammenkommen. Vielen dieser Synagogen ist ein jüdisches Museum angeschlossen, deren Zahl sich auf ungefähr 25 beläuft. Aus dieser Fülle habe ich mir drei Städte herausgegriffen: Rom, Florenz und Venedig.

Der Flug von Berlin nach Rom ist erfreulich kurz: gerade einmal 2 Stunden. Vom Flughafen geht es direkt ins jüdische Hotel. Ja, auch das gibt es in mehreren größeren italienischen Städten. Mein Hotel, das „Carmel Hotel Roma“, liegt im Stadtteil Trastevere, der jüdische Stadtteil Roms schlechthin. Gleich bei meiner Ankunft lerne ich Geschäftsführer Uri kennen. Uri ist ein geduldiger Mensch, und er kennt sich in Rom bestens aus. Wenn er etwas nicht weiß, sucht er geduldig im Internet und per Telefon, was wann geöffnet ist, denn die angegebenen Öffnungszeiten in den Reiseführern sollte man lediglich als Anregungen begreifen. Will man etwas vor Ort sehen, ist es besser, sich kurz vor dem Besuch nach den Öffnungszeiten zu erkundigen. Diese Arbeit nimmt mir Uri ab. Gleichzeitig erfahre ich, wie günstig sein Hotel gelegen ist: Ohne Probleme gelangt man mit dem Bus Nr. 3 von der Viale Trastevere – nur 3 Minuten vom Hotel die Straße hinunter – zum Forum Romanum und zum Kolosseum; die Straßenbahn Nr. 8 bringt mich nach drei Haltestellen über den Tiber, und von dort geht es direkt zur Großen Synagoge von Rom und dem im Keller untergebrachten Museum. Last but not least kann ich mit dem Bus „H“ direkt zum Bahnhof, dem „Termini“, fahren. Mehr und besser kann man es sich nicht wünschen, wenn man nur auf einen Kurzbesuch nach Rom kommt und ein festes Programm im Kopf hat.

Erste Station: Rom

Und ich hatte mein Programm wahrhaftig fertig im Kopf. Noch von Berlin aus habe ich die Jüdische Gemeinde in Rom kontaktiert. Denn wenn man eine Synagoge und/oder ein jüdisches Museum von innen besichtigen und – für mich noch wichtiger – fotografieren möchte, muss man im Allgemeinen im voraus die Genehmigung dazu bei der betreffenden jüdischen Gemeinde einholen, und das gilt nicht nur für Italien. Nach mehreren Fehlläufen, die meinem ungeschickten



Die Große Synagoge in Rom.

Umgang mit dem Computer zuzuschreiben sind, nehme ich Kontakt zu Olga auf. Dottore ssa Olga Melasecchi ist die

Olga Brief. Sie lesen und beraten sich, einer verschwindet im Untergeschoss und winkt mich, als er wieder auftaucht,

„ Vom Flughafen geht es direkt ins jüdische Hotel. Ja, auch das gibt es in mehreren größeren italienischen Städten. “

Kuratorin des Jüdischen Museums zu Rom. Dankenswerterweise schreibt und spricht sie auch Englisch, sodass es mir leichter fällt, meine Besuchswünsche zu äußern. Nach einer Sicherheitsprüfung bekomme ich die Genehmigung zum Besuch und zum Fotografieren von Synagoge und Museum. Dann kommt der spannende Augenblick. Noch bevor es um 10 Uhr morgens öffnet, stehe ich vor dem Museum, beeindruckt von seiner Größe, umkreise es, kalibriere die Abstände und fotografiere und fotografiere, solange die Straßen drumherum noch beinahe menschenleer sind, denn ich möchte die Objekte meiner Begierde, meine Synagogen, gerne ohne Menschen aufnehmen.

Ein elegantes Gitter umschließt das Areal. An einem Ende dann die Sicherheitsschleuse. Ich reiche den Wächtern

durch die Sicherheitsschleuse. Unten liegt der Eingang zum Museum. Man erwartet mich. Eine ältere Dame, nennen wir sie Roberta, begleitet mich in die Synagoge – bevor andere Besuchergruppen die freie Sicht innen stören. Ich betrete den Innenraum, und bleibe stehen. Was für ein Anblick! Hoch, lang und weit ist sie. Weiße Marmorsäulen mit goldenen Bändern, goldene Menorot (siebenarmige Leuchter) und über der Mitte die Ausbuchtung der großen Kuppel, die man von außen sieht.

Diese zwischen 1901 und 1904 im Babylonischen Stil erbaute Synagoge ersetzt die „Cinque Schole“ in dem Ghetto, in das die Juden Roms zwischen 1555 und 1848 eingepfercht waren.

Im Museum im Untergeschoss ist noch eine weitere, kleine Synagoge, der Tem-

pio Spagnolo, untergebracht. Die Exponate in den Räumen davor stammen größtenteils aus den fünf Synagogen aus dem Ghetto. Eine italienische Schulklasse nach der anderen zieht durch die Räume. Die Schüler verhalten sich erstaunlich aufmerksam und ordentlich. Am Ende gibt es noch eine Sonderausstellung über die Juden aus Libyen. Denn als die Juden nach dem Pogrom von 1967, ausgelöst durch den Sechstage-Krieg, ihre seit Jahrhunderten vertraute Heimat verlassen, kommen 4.000 von ihnen nach Italien; 2.000 ziehen weiter nach Israel, der Rest lässt sich dauerhaft in Rom nieder und ist inzwischen ein fester Bestandteil seiner jüdischen Gemeinde geworden. Nur hier in Rom und in einem der Kibbuzim in Israel hat man zum Andenken an diese nunmehr ausgelöschte jüdische Gemeinde in einem arabischen Land einen Ort des Gedenkens an sie eingerichtet.

Am Tag darauf geht es zum Forum Romanum. Eigentlich hat man es nicht weit, denn kurz nach dem Eingang steht schon der Titusbogen – und darauf die Abbildung, auf der die römischen Soldaten zu sehen sind, die nach dem Jahr 70 d.Z. die Tempelgeräte im Triumph dem römischen Volk vorführen. Und genau gegenüber vom Titusbogen erhebt sich

das mächtige Oval des Kolosseums, das dank der Erlöse aus Jerusalem geraubter goldener Tempelgeräte überhaupt errichtet werden konnte. Diese Tatsache gehört inzwischen anscheinend schon zum Allgemeinwissen der Fremdenführer auf dem Forum Romanum, wovon ich mich mit eigenen Ohren überzeugen konnte, denn ich habe das von mehr als einem gehört. Natürlich muss man auch das Kolosseum von innen gesehen haben. An diesem Nachmittag stehen die potenziellen Besucher jedoch dermaßen gedrängt vor seinen Toren, dass ich meinen Besuch auf den nächsten frühen Vormittag verschiebe.

Nur noch von einem weiteren Ausflug sei die Rede: dem zur ersten Synagoge auf europäischem Boden: in Ostia antica. Man nimmt den Bus, die Metro und dann den Zug. Es dauert beinahe 2 Stunden, bis man vor dem Eingang steht – um zu erfahren: Die antike Synagoge liegt ganz am Ende der antiken Stadt, knapp 9 Kilometer entfernt. Tapfer mache ich mich auf den Weg. Unterwegs begegne ich zahlreichen Schulklassen, diesmal sind die Schüler älter als die im Museum, und sie sprechen Französisch oder sogar Deutsch. Es geht ziemlich flott voran. Unvermittelt stehe ich vor einem Straßenschild, das mir verkündet, ich hätte schon die Hälfte des Weges geschafft. Am Ende keine Ruinen, sondern nur Gras, das beinahe so hoch ist wie ich. Zum Glück für mich kommen zwei junge Franzosen vorbei. Ich kann sie bewegen, mit mir die Synagoge zu suchen. Da sie größer als ich sind, können sie über das Gras schauen und entdecken alsbald die Synagoge. Unterwegs erzähle ich ihnen von ihrer Geschichte, damit sie mir nicht davonlaufen. Dann stehen wir davor. Einige Mauern, einige Pfeiler, zwei oder drei Bodenmosaiken – aber leider auch einige Gegenstände, die im Rahmen einer Kunstaktion direkt in der Synagoge aufgestellt wurden. Am liebsten würde ich den Regenschirm und die beiden Eier an seinem Griff entfernen, wäre da nicht der Wächter, der schon etwas misstrauisch zu mir hinüberblickt. Sei's drum. Ich fotografiere Regenschirm mit Eiern und zwei Zeltplanen. Man stelle es sich einmal vor: Hier, an dieser Stelle, genau hier beteten vor beinahe 2.200 Jahren Juden: Freie Juden – noch keine römischen Sklaven – in ihrer Synagoge. Sie hatten daneben eine Mikve, ein Ritualbad, und eine Mazza-Bäckerei gebaut. Genau passend zum in einigen Tagen beginnenden Pessach-Fest, sage ich mir. Die jungen Franzosen hatten schon bald genug von „meiner“ Synagoge gesehen und zogen weiter. Ich blieb. Für den Rückweg nahm ich eine Abkürzung durch die Felder und war sehr viel schneller wieder auf der ehemaligen „Hauptstraße“, wo ich noch einmal meine beiden Franzosen traf.

Wer die jüdischen Katakomben in Rom besichtigen möchte, dem sei verraten, dass sie praktisch dauerhaft geschlossen sind. Das hat Uri vom Hotel nach längeren Telefonaten für mich herausgefunden.

Zweite Station: Florenz

Von Rom ging es weiter mit dem Zug, der pünktlicher war als viele Züge in Deutschland, nach Florenz. Mein Hotel, das „Arizona“, lag zwischen der Großen Synagoge und dem Chabad-Haus. Die meisten haben sicher schon das berühmte Foto dieser großartigen Synagoge in Florenz gesehen. Ein wunderschöner Kuppelbau mit maurischem Einschlag erhebt sich hinter einem sorgsam geschlossenen Tor. Besichtigt werden kann sie an den meisten Werktagen zwischen 10 und 13 Uhr. Eine Ausstellung jüdischer Ritualgegenstände befindet sich in dem Flur in allen drei Stockwerken der Synagoge.

Hier in Florenz hatte ich mich zum Seder angemeldet. Signore Emanuele Viterbo, der Sekretär der jüdischen Gemeinde von



Venedig, Ghetto. Scola levantina.

Florenz, bestätigte mir meine Teilnahme am Seder und gab mir seine schriftliche Erlaubnis, die Synagoge auch innen zu fotografieren, natürlich an einem Zwischenfeiertag. Der Seder fand im Gemeinde-

in regelmäßigen Abständen ordentliche Haltestellen für den Vaporetto, mit Zeitangaben, die meistens sogar eingehalten werden, denn mit Verkehrsstaus ist auf den Kanälen nur selten zu rechnen. Eher

italienischen Juden dann ihre Scola italiana. Sie ist wesentlich schlichter gehalten als ihre beiden Vorgängerinnen, wenngleich der dunkel getäfelte Innenraum mit seinen fünf großen Fenstern ansprechend elegant wirkt.

Zwischen 1538 und 1561 errichteten dann Juden aus dem östlichen Mittelmeergebiet ihre Synagoge, die Scola levantina. Sie hat sogar eine eigene Fassade, aus der ein für Venedig typischer Erker, der „liago“, hervorspringt. Diese Synagoge ist übrigens als einzige beheizbar und wird daher von der heutigen jüdischen Gemeinde in Venedig im Winter benutzt. Kurz vor Pessach zieht die Gemeinde dann in die Scola spagnola, die „spanische Synagoge“, um, die genau gegenüberliegt und ebenfalls über eine eigene Fassade verfügt. Sie wird im Jahr 1584 vom damals bedeutendsten venezianischen Baumeister Baldassare Longhena im Barockstil errichtet. Silberleuchter und Holzschnitzereien zieren das Innere. Prachtvoll! Beeindruckend! Immer wieder schweift der Blick vom Thora-Schrank im Osten zur erhöht angebrachten Bima im Osten – und diese Raumanordnung gilt für alle 5 Synagogen im Ghetto.

Seit 1989 gibt es Chabad auch in Venedig. Rabbiner Ramy Banin und seine Frau, Rebbetzin Schachar Banin, haben im Ghetto Novo einen Betraum und ein Chabad-Haus und im Neuen Ghetto das koschere Restaurant „Gam Gam“ sowie ein Geschäft, in dem koschere Lebensmittel verkauft werden, eingerichtet. Es gibt eine Jeschiwa, eine Talmud-Thora-Schule, an die Studenten aus aller Welt kommen.

Immer wieder ziehen, auch am Schabbath, Gruppen israelischer Touristen am Chabad-Betraum vorüber. Dann gehen zwei der Jeschiwa-Studenten hinaus, stellen einen Tisch auf und heißen die jüdischen Besucher mit Challot und Kiddusch-Wein willkommen und singen und tanzen mit ihnen. Alle machen begeistert mit. Im Ghetto sind die Juden unter sich. Da dürfen sie auch draußen laut singen und tanzen. Man fühlt sich Zuhause.

Mit viel Wehgefühl verabschiedete ich mich nach dem letzten Pessach-Tag von Venedig, von Italien, fahre, wie es sich gehört, stilecht mit einem Wassertaxi zum Flughafen Marco Polo und hebe ab in Richtung Norden.

Die libyschen Juden verlassen nach dem Pogrom von 1967 ihre Heimat hauptsächlich nach Italien.

haus gleich neben der Synagoge statt. Der Rabbiner, der ihn leitete, sprach natürlich Italienisch, aber freundlicher Weise flocht er auch Erklärungen auf Englisch für seine ausländischen Gäste ein. Die Haggada wurde auf Hebräisch und manchmal auch auf Italienisch vorgelesen. Als Festmahlzeit gab es koschere jüdisch-italienische Gerichte, die etwas anders als gewohnt, dafür aber herrlich schmecken. Mit meinen Tischnachbarn, Rosalyn und Emely sowie Itzak aus Kalifornien, Touristen in Florenz wie ich, habe ich einen unterhaltensamen Abend verbracht.

Wenn man schon in Florenz ist, besucht man nicht nur die Synagoge, sondern schaut sich auch einige andere Dinge an: den Dom und das Baptisterium, wegen der langen Schlangen nur von außen, Michelangelo David, das Original in der Accademia und den nachgemachten vor den Uffizien. Und stellt fest, dass dieser Jude nicht einmal beschnitten ist! Genauso wenig wie der kleine Jesus, den man in zahllosen Versionen und Posen gleich um die Ecke vom nachgemachten David in den Uffizien auf den beiden Stockwerken bewundern kann.

Dritte Station: Venedig

Von Florenz geht es nach einer eingehenden Foto-Session vor und in der Synagoge weiter mit dem Zug nach Venedig. Wer schon in Venedig war, wird es wissen, wer noch nicht in Venedig war, sollte es wissen: In Venedig spielt sich der öffentliche Verkehr ausschließlich auf den Kanälen ab. Was für ein Gefühl, als ich meinen ersten Vaporetto besteige, um in mein Hotel gleich neben dem Ghetto zu gelangen. Man staune – das gilt für diejenigen, die noch nicht in Venedig waren: Es gibt

schon mit Hochwasser, vor allem im November. Steigt das Wasser im Kanal um mehr als 85 Zentimeter, bleibt man besser zu Hause. Aber jetzt sind wir im Monat April, dachte ich glücklich. Die Sonne scheint, noch dazu viel wärmer als im um diese Zeit noch kühlen Berlin.

Danke, Napoleon!

Vom Hotel gelange ich über zwei Brücken innerhalb von einigen Minuten ins Ghetto. Ein großer Platz, gesäumt von bis zu siebenstöckigen Häusern, ohne Fahrstuhl, versteht sich, denn im 16. Jahrhundert war der noch nicht erfunden. Im März 1516 wird es eingerichtet, im Jahr 1797 werden die beiden Tore, die den Zugang zur Welt draußen jede Nacht verschließen, endlich abgebaut, als Napoleon in Venedig eintrifft. Danke, Napoleon!

Die einzigen, die sich frei im und außerhalb des Ghettos bewegen durften, waren jüdische Ärzte. Es ist eng, aber man richtet sich ein, so gut oder so schlecht es eben geht. Es entstehen nacheinander erst drei Synagogen im Ghetto Novo, dann noch einmal zwei Synagogen im Alten Ghetto, das eigentlich das jüngere ist. Die ersten Synagogen liegen allesamt im zweiten bzw. dritten Stock eines Gebäudes. Als erste wird 1528 die Scola tedesca, die „deutsche Synagoge“, errichtet. Sie liegt im so genannten „Ghetto Novo“, das eigentlich das ältere Ghetto ist. Von außen ist sie nicht als Synagoge zu erkennen, das Innere strahlt jedoch in goldenem Glanz, denn alle Zierelemente sind vergoldet. Die zweite Synagoge, die Scola Canton, wird im Jahr 1531 ebenfalls von deutschen Juden errichtet. Von außen ist sie lediglich dank einer Holzkuppel, die auf die umliegenden Dächer blickt, erkennbar. 1575 errichten die

8. Mai 1945 in Israel

Wie ein Zeitzeuge den Untergang des Dritten Reiches in Israel erlebte

Von Karl Pfeifer

Da ich mich bei der Arbeit im Kibbuz verletzt hatte, verbrachte ich den 8. Mai 1945, den Tag des Sieges im Krankenhaus in Haifa. Während alle feierten, verfiel ich in eine traurige Stimmung. Meine Verwandten in Zürich hatten mir bereits mitgeteilt, dass mein Vater nicht mehr lebte und von unserer großen Familie nur wenige am Leben geblieben waren. Insgesamt verlor ich 36 meiner nächsten Angehörigen in der Schoa.

Zu diesem Zeitpunkt war ich noch keine 17 Jahre alt und lebte – nach meiner Flucht mit dem ersten von drei Kinder- und Jugendtransporten aus Ungarn und Rumänien – seit Januar 1943 in einem Kibbuz. Dort sprach man ab 1944 immer häufiger von den „Porschim“, den Abtrünnigen, wie wir die Terrorgruppen Ezel und Lechi nannten. Während Lechi (Sterngruppe) der Hagana 1945 versprach, keine Aktionen gegen die Briten durchzuführen, war Ezel unter der Führung von Menachem Begin entschlossen, gerade am V-Day, also am Tag des Sieges gegen die Briten vorzugehen.

Ein solcher Angriff wurde verhindert als die Wache des Nachbar-Kibbuz Yagur, in der Nähe des Industriegebietes von Haifa vier Ezelmitglieder in einem LKW voller Sprengstoff festnahmen, die in der Nacht vom 13 auf den 14. Mai versuchten die Telegraphenmasten zu sprengen.

Als Mitglieder der linken Jugendbewegung Haschomer Hazair glaubten wir damals an die Möglichkeit eines binationalen Staates mit den Arabern. Doch die meisten Juden des Jischuv wollten schon damals einen jüdischen Staat, wie es Ben Gurion im Hotel Biltmore in den USA im Frühjahr 1942 neben der Zurücknahme des Weißbuches gefordert hatte.

Ziel der Erziehung im Kibbuz war es, uns ein säkulares Judentum nahezu bringen, verwurzelt in der kulturellen Tradition des jüdischen Volkes, dem Zugehörigkeitsgefühl zu Erez Israel, zur hebräischen Sprache, zu der Geschichte und den Feiertagen. Unserem Lehrer Joszke gelang es nicht nur uns Hebräisch beizubringen, sondern er vermittelte uns auch die Liebe zu dieser Sprache und zu unserer alten Kultur.

Wie alle im Kibbuz Schaar Haamakin war unser Lehrer für jüdische Fächer nicht mehr religiös, aber seine orthodoxe Erziehung hatte ihm ein profundes Wissen über die jüdische Religion vermittelt. Nicht nur dieses bemühte sich Joszke uns zu lehren, sondern auch die Achtung gegenüber den Werten dieser Religion. Maßstab für ihn waren die „Sprüche der Väter“, vor allem „Bedenke, woher du kommst“ war ein Leitmotiv seiner Erziehungsarbeit.

Auch wenn der Haschomer Hazair uns zu „neuen“, modernen Juden, die keine strengen religiösen Gesetze mehr brauchten, um ihr Leben zu meistern, erziehen wollte, war allen bewusst, das Judentum hatte fast 2.000 Jahre in der Diaspora nur überlebt, weil Juden über all diese Zeit ihre religiösen Gesetze nicht aufgeben wollten.

Die Sowjetunion war für uns damals das Modell der Zukunft

Die Arbeiterparteien übten im Jischuv die absolute Hegemonie aus, die politisch rechts stehenden Parteien hatten



Tag des Sieges in Jerusalem 1945

große Schwierigkeiten. Wenn die Anhänger der rechten Jugendbewegung Betar uns beim Aufmarsch am 1. Mai in Haifa störten, dann erhielten sie eine gehörige Tracht Prügel. Für uns waren es Faschisten, die Sowjetunion hingegen das Modell der Zukunft, „Olam hamachar“, die Welt von morgen, wie es auf Hebräisch hieß.

An eine Begebenheit kann ich mich noch lebhaft erinnern: Ich war eingeteilt Unkraut zu jäten, zusammen mit einem anderen Mitglied unserer Gruppe, der aus Polen stammte und der mit anderen jüdischen Kindern aus der UdSSR ausreisen durfte. Da ich neugierig war auf die Erfahrungen, die er in der Sowjetunion gesammelt hatte, fragte ich ihn, wie es dort war.

Eliahu Schirz, so hieß er, antwortete kurz und bündig: „Antisemitismus und Hunger“. Ich war erschüttert, und sagte „Antisemitismus ist doch in der Sowjetunion verboten“, worauf er mich mit Recht darauf aufmerksam machte, dass er dort war und nicht ich.

„Antisemitismus ist doch in der Sowjetunion verboten!“

Darauf fragte ich ihn, was denn seine Eltern in Polen gearbeitet hätten, „sie hatten ein kleines Geschäft“. Nun war alles klar und ich plärrte heraus: „Aus Dir spricht der Klassenstandpunkt“, denn nach meiner damaligen Anschauung gehörte ein kleiner Händler zu den Ausbeutern, der für uns natürlich auf der politisch falschen Seite stand.

Die Sowjetunion sahen wir nicht so kritisch wie die westlichen Alliierten. Für den dort weitverbreiteten Antisemitismus machten wir sie nicht verantwortlich, obwohl auch zu uns die Nachricht vom Bericht des jüdischen Partisanenführers Aba Kovner gelangte, der in den Wäldern Weißrusslands und Russlands eine jüdische Einheit führte, die im Rahmen der sowjetischen Partisanenbewegung gegen die

deutschen Besatzer kämpfte.

Russische Partisanen gegen jüdische Partisanen

Mit Erstaunen erfuhren wir, dass es auch Partisanen gab, die den Juden die Waffen wegnahmen und jüdische Partisaninnen vergewaltigten. Doch das stand natürlich nicht in der seit Juli 1943 vom Schomer Hazair herausgegebenen Tageszeitung Al Hamishmar, wo wir nur über die wunderbare „Welt des Morgens“ lasen. Über dem Titel der Zeitung stand das Motto: „Zum Zionismus, Sozialismus und zur Brüderlichkeit der Völker“.

Einer, der uns dort die Welt erklärte, war Zeev Laqueur, der später unter dem Namen Walter Laqueur Weltkarriere als Autor machen sollte.

Wir schwärmten für die neuseeländischen und die australischen Soldaten, die gerne als Besucher in den Kibbuz kamen und sich sehr für die Landwirtschaft interessierten. Zu den Briten hatten wir ein distanzierteres Verhält-

chen Liga spielen wie die USA und die Sowjetunion. Der Nahe Osten spielte eine Schlüsselrolle in der britischen Strategie. All dies hing ab von der Lösung der Palästinafrage.

Was wir damals natürlich nicht wussten, aber doch ahnten, war die Zusammenarbeit zwischen den britischen Nachrichtendienstern und dem der Hagana. Eine wichtige Rolle spielte dabei der in Ungarn geborene, jedoch in Wien aufgewachsene spätere Bürgermeister von Jerusalem Teddy Kollek. Seine Nonchalance und sein persönlicher Charme machten es ihm leicht die britischen Partner für sich zu gewinnen. Er sah seine Aktivität nicht als Spionage, sondern als Förderung von guten Beziehungen und beschreibt dies in seiner Biografie: „Wir luden sie ein für ein Getränk aus Anstand und Gastfreundschaft. Unsere ‚Politik‘ war es einfach und menschlich zu sein; wirklich, es war kein Bedürfnis die Briten auszuspionieren. Wir wollten auch nicht, dass sie uns verdächtigten, so dass wir mit ihnen zusammenarbeiten konnten, obwohl es einen Unterschied gab in den Zielen: Sie wollten hauptsächlich die Deutschen schlagen, wir hingegen wollten Juden retten. Es war keine einfache Sache, die Beziehungen mit ihnen zu kultivieren.“

Es ging um zwei sehr verschiedene Lebensweisen. Kollek wusste wie man mit den Briten trinkt – eine Fähigkeit, die er sich in Österreich angeeignet hatte, als er in der Hachschara (Vorbereitung auf landwirtschaftliche Arbeit) Weinfässer füllte. MI6 berichtete über Kollek, „er ist in der Jewish Agency [JA] als ‚der Goj‘ (der Nichtjude) bekannt, wegen seinem sehr unsemitischen Aussehen.“

Tatsächlich spielte der Alkohol eine große Rolle beim Brückenbau zwischen dem Jischuv und den Briten.

Die Beziehungen zwischen der Hagana und den Briten nach dem Kriegsende waren ambivalent, es gab gemeinsame aber auch sehr divergierende

Interessen. Die Hagana bemühte sich um legale und illegale Einwanderung, die Briten versuchten diese abzustellen. Doch die Briten waren in ihrem Kampf gegen die Terrorgruppen auf die Hagana angewiesen.

Alec Kellar, der bei MIS für Palästina zuständig war, berichtete über seinen Besuch noch im Februar 1945: „Die Polizei ist behindert durch ihre unzureichende Aufzeichnungen. Sie ist unglücklicherweise ohne Alternative und kann nur aufgrund der Informationen der JA, was immer die wert sind und wie auch mit Vorurteilen beladen, agieren. ... Die JA weiß, dass die Polizei eklatant gescheitert ist, die zwei terroristischen Organisationen zu penetrieren und dass der C.I.D. von den Sicherheitsoffizieren der JA abhängt, wenn es darum geht Beweise zu liefern, die zur Verhaftung der Terroristen führen können. Taktisch ist die JA in einer sehr guten Position und bei ihrer Kollaboration verfolgen sie ganz sicher eher ihre eigenen Interessen als die unseren. Umso mehr die Polizei von ihnen abhängt, desto mehr Autorität gewinnt die JA.“

Die KZ-Häftlinge kommen im Kibbuz an

Bald erreichten die ersten ehemaligen KZ-Häftlinge den Kibbuz. Wir bemerkten, dass viele von ihnen eine Nummer in ihrem Arm tätowiert hatten. Gebannt und entsetzt lauschten wir ihren Erzählungen. Es ist einfach falsch, wenn heute behauptet wird, der damalige Jischuv wäre gegenüber dem Leid der Überlebenden gleichgültig gewesen. Ganz im Gegenteil, wir waren zutiefst erschüttert von ihren Berichten. Doch das Leben ging weiter und gerade die Neueinwanderer waren bestrebt, so schnell wie möglich das Vergangene hinter sich zu lassen und ein neues, normales Leben zu beginnen.

Nach der deutschen Kapitulation gab es unter den Displaced Persons (DP) in Europa Hunderttausende Juden. Sie hatten Zwangsarbeits-, Konzentrationslager und Todesmärsche überlebt. Die meisten jüdischen DPs waren in überfüllten, früheren Arbeits- oder Konzentrationslagern untergebracht, in der britischen Zone war es das KZ Bergen-Belsen. Sie wurden bewacht und waren zum Teil einer demütigenden Behandlung, zeitweise auch antisemitischen Angriffen ausgesetzt. In Ungarn, Polen und der Slowakei wurden noch nach der Befreiung 1945 Gerüchte über von Juden begangene Ritualmorde ausgestreut und es kam zu Pogromen. Diese Ritualmordlegende wurde noch bestärkt, weil viele glaubten, die Polizei und die Volksgerichte wären von rachsüchtigen Juden beherrscht. Daher sind auch überlebende Juden aus diesen Ländern nach Österreich und Deutschland geflüchtet, weil sie in Lebensgefahr waren. Einigkeit im Jischuv bestand nur in einem Punkt, dass diese in Europa bedrohten Juden, die in keinem anderen Land der Erde willkommen waren, in Erez Israel eine neue Heimat finden sollten.

Ben Gurion verstand 1945, dass alle jüdischen Kräfte vereint wirken müssen, um die Einschränkung der jüdischen Einwanderung aufzuheben. Deswegen wurde Anfang Oktober 1945 die „jüdische Widerstandsbewegung“ (JRM) gegründet, in der Hagana, Ezel und Lechi gemeinsam wirken sollten.

Noch glaubte die Jewish Agency die Briten beeinflussen zu können, damit das Weißbuch von 1939 geändert und die freie Einwanderung ermöglicht



Menachem Begin

wird. Doch als dies nicht gelang, sind die Kämpfer des 1. Palmachregiments, zu denen auch eine Abteilung gehörte, die im Kibbuz Schaar Haamakim stationiert war, in der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober 1945 in das Internierungslager Atlit südlich von Haifa eingedrungen und haben 200 illegale Einwande-

wurde und die Hagana aber vorher über diese Aktion informiert war.

Die Briten scheiterten beim Versuch die Juden auszuspionieren

Die Hagana täuschte die Briten, deren Nachrichtendienste unfähig waren, ihre Kräfte einzuschätzen. Sie hatten auch nicht die Truppen zur Verfügung,

die antizionistischen Beamten des Foreign Office – den Widerstand der Muslime in ihrem Imperium provoziert.

Wenn es abzuwägen galt zwischen dem Mitgefühl mit der jüdischen Tragödie in Europa und dem Bedarf an Erdöl, wog letzteres viel schwerer und man beschuldigte schon damals die Juden, sie würden unproportioniert viel Sympathie auf Kosten anderer Opfer der Naziverfolgung gewinnen. Dies hatte Außenminister Bevin bereits im November 1945 öffentlich ausgedrückt, als er die vorgebliche jüdische Tendenz kritisierte, „sich an die Spitze der Warteschlange“ zu drängeln bei der Suche nach Hilfe.

Der milde, pro-britische, spätere erste Präsident Israels Chaim Weizmann antwortete: „Ist es zu viel verlangt, an die Spitze der Warteschlange zu gelangen, wenn nach dem Mord an sechs Millionen Juden der Rest von eineinhalb Millionen eine Zuflucht sucht in seinem Heimatland?“ Und er setzte hinzu: „Was für eine fadenscheinige Grabschrift war diese Erklärung auf den Gräbern unserer sechs Millionen Toten.“

Ab Anfang 1946 war unsere schulische Ausbildung abgeschlossen und wir arbeiteten ganztägig im Kibbuz. Obwohl wir drei Jahre Unterricht gehabt hatten, bekamen wir kein Zeugnis oder einen formellen Abschlussbescheid. In den Schulen der Kibbuzim wurde fächerübergreifend unterrichtet und es gab keine Zensuren. Im Gegensatz zu den Kibbuzkindern, die im Internat erzogen wurden, erhielten wir zum damaligen Zeitpunkt keine Möglichkeit, externe Prüfungen abzulegen, um zu studieren oder einen Beruf zu erlernen.

Wir beschlossen in einer heftig geführten Debatte, entgegen den Wünschen der Bewegung, uns freiwillig zum Palmach zu melden. Wir waren überzeugt, als Soldaten genauso gut zu sein, wie die im Land Geborenen und wollten dies auch beweisen.

„ Mit Erstaunen erfuhren wir, dass es sowjetische Partisanen gab, die den Juden die Waffen wegnahmen und jüdische Partisaninnen vergewaltigten.“

rer befreit und diese in die Kibbuzim Beth Oren und Jagur gebracht. Es war eine gut geplante Aktion, Schulklassen aus Haifa wurden auf den Karmel in Haifa gebracht, um die von den Briten eingeleitete Suchaktion zu behindern.

Die Briten beschlossen das Mandatsgebiet zum strategischen Mittelpunkt ihrer Truppen im Nahen Osten zu machen und entsprechend dieser Entscheidung kam im September die 6. Fallschirmjägerdivision ins Land. Doch bereits am 13. November beschlossen das Vereinigte Königreich und die USA ihre Politik im Nahen Osten zu ändern und eine gemeinsame Kommission zu beauftragen, um die Lage der Juden in Europa zu überprüfen und für die Probleme eine Lösung zu finden.

Weil das Weißbuch nicht abgeschafft wurde, brachen am 15. November in Tel Aviv und anderswo Unruhen aus. Die Briten schossen auf Juden, es gab 13 Tote und viele Verwundete.

Anfang Dezember traf Begin die Kommandanten des Palmach, der von den Briten als „Kommandotruppe“ qualifiziert wurde und am 27. Dezember griff Ezel die Polizeizentralen in Jerusalem, Jaffa und Tel Aviv an. Der C.I.D. schätzte richtig ein, dass diese Aktion allein von Ezel durchgeführt

um ihre Politik den Juden aufzuzwingen. Was noch wichtiger war – sie waren nicht informiert über die Absichten der Hagana.

Obwohl Teddy Kollek ansonsten die Briten genau informierte, führte er nach Kriegsende sie bei den Verbindungen der Hagana zu den beiden terroristischen Gruppen in die Irre. Die Hagana spielte erfolgreich ein doppeltes Spiel, einerseits Zusammenarbeit mit den Briten, andererseits Zusammenarbeit mit den beiden Terrorgruppen.

Die Briten übergaben die Verantwortung für die Zukunft des Landes Anfang Januar 1946 dem „Anglo-American Committee of Enquiry on Palestine“ (AACE). Sie sahen ein, dass ohne einen politischen Beschluss, den Jischuv mit Militärgewalt zu unterdrücken, sie keine Lösung erzwingen konnten. Sie erlaubten den Juden die Struktur ihres eigenen Staates und ihr eigenes Militär noch während des Mandats zu entwickeln, obwohl sie bestrebt waren die meisten ihrer eigenen Truppen aus dem Nahen Osten abzuziehen. Sie haben ihre eigene Stärke überschätzt und die der Juden unterschätzt. Die Juden waren nicht mehr bereit ohne freie Einwanderung mit den Briten zu kooperieren, dies hätte aber – das befürchteten

Ein deutscher Asylant in Syrien

Mein Nachbar, der Nazi-Täter Alois Brunner

Von Laila Mirzo

Zwischen Gerechtigkeit und Rache liegt oft nur ein schmaler Grat. Besonders dann, wenn einem selbst Unrecht widerfahren ist. Das unaussprechliche Unrecht gegen die Juden in Hitlerdeutschland hätte den Opfern jedes Recht zur Vergeltung und Rache zugesprochen. Doch trotz all des Leides, haben die Menschen besonnen gehandelt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat der Staat Israel ein solides demokratisches Fundament gebaut und einige NS-Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt.

Die Mörder und Helfershelfer auch Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus zur Rechenschaft zu ziehen, ist keine späte Rache an alten Männern – wie von Kritikern oft argumentiert wird – es ist ein Akt der Gerechtigkeit. Aus dem „Ich habe nur Befehle befolgt“ wird im Prozess ein „Ich habe die Verantwortung zu tragen!“. Das ist für die Opfer, die Überlebenden und Hinterbliebenen ein riesiger Unterschied.

Einer, der sich nie als bloßen „Befehlsempfänger“ verstanden hat und bis zu seinem Tod sogar stolz auf seine Verbrechen war, ist der SS-Kommandant Alois Brunner. Als „rechte Hand“ von Adolf Eichmann war er laut Simon-Wiesenthal-Zentrum für die Verschleppung von über 128.000 Juden verantwortlich. Wegen seiner abscheulichen Grausamkeit war er als „Bluthund“ bekannt. Seine Mission war es Europa von den Juden zu „säubern“. Er hatte die Deportation der Wiener Juden zu verantworten – 1942 erklärte Alois Brunner Wien schließlich für „judenfrei“.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nahm Brunner verschiedene Identitäten an. Als er aufzufliegen drohte, gelang ihm mit Hilfe ideologischer Gesinnungskameraden die Flucht aus Europa. Über Ägypten wurde er in den 1950er Jahren nach Syrien geschleust. Mit dem Namen und den Papieren seines Fluchthelfers, einem ehemaligen SS-Kameraden, lebte Brunner dann als Dr. Georg Fischer in Damaskus.

Hier trifft Brunner mit seinem unverhohlenen Judenhass auf Freunde. Das Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ führte zu einer Allianz zwischen syrischer Regierung und NS-Verbrecher. Er arbeitete fortan als Berater in „Judenfragen“ und unterwies den Geheimdienst in Foltermethoden der Nazis.

Alois Brunner lebte in Damaskus keineswegs versteckt, er pflegte Freundschaften zu Mitgliedern der deutschsprachigen Gemeinde. Die meisten wussten genau, wer dieser Georg Fischer in Wirklichkeit war.

Auch die Wege meiner Familie kreuzten die seinen. Als Kind besuchte ich den Deutschunterricht am Goethe-Institut



Alois Brunner erklärte Wien 1942 für „judenfrei“.

in Damaskus. Nach dem Kurs ging es immer in die hauseigene Bibliothek. Während wir Kinder unsere Bücher austauschten, trafen sich die Erwachsenen

war. Der freundliche alte Mann mit dem Sauerkraut war der gesuchte NS-Verbrecher Alois Brunner.

Die deutschsprachige Gemeinde pfleg-

„Eine deutsche NS-Anhängerin lebte als Asylantin in Syrien. In Hitler-Deutschland hatte sie einen arabischen Exilanten kennengelernt, der wiederum Asyl im NS-Staat genoss.“

zum Plausch. Meine Mutter erzählte ganz begeistert davon, dass im Nobelbezirk von Damaskus ein alter Herr aus Österreich, vor dem Supermarkt für europäische Lebensmittel, selbstgemachtes Sauerkraut und Schwarzbrot anbot. Später nahm eine Freundin sie zur Seite und erzählte ihr, wer dieser Mann eigentlich

te auch Freundschaften zu den auf dem Golan stationierten österreichischen Blauhelmen. Auch meine Familie zählte in den 80er Jahren UN-Ärzte und Sanitäter zu ihren Freunden. Die ärztliche Versorgung auf dem Golan war sehr schlecht, also brachte meine Mutter medizinische Notfälle zur Erstbehandlung ins UNO-Lager. Am Portal saß auch immer ein Vertreter des syrischen Geheimdienstes, der akribisch dokumentierte, wer im Militärlager ein und aus ging.

Da mein Vater als Assad-Kritiker in Syrien Berufsverbot hatte, betrieben meine Eltern einen kleinen Bauernhof auf dem Golan. Wir verkauften Butter, Honig und Weihnachtsgänse an die Österreicher im UNO-Lager. Am Wochenende luden wir oft deutsche Bekannte aus Damaskus ein, manchmal kam auch Besuch aus dem Lager zu uns. Dabei verfolgte mein Vater eine Unterhaltung zwischen einer Deutschen und dem österreichischen Major.

Die ältere Dame hatte ihr Feuerzeug verlegt und alle suchten danach. Auf die Frage, welche Farbe das Feuerzeug hätte, antwortete sie „braun“. Der Major fragte sie, ob nur das Feuerzeug braun sei, oder sie auch? Darauf antwortete sie „ich war immer braun und werde auch immer braun sein!“.

Die Rentnerin hatte eine einschlägige nationalsozialistische Vergangenheit: Sie war Mitglied der NSDAP und arbeitete im Dritten Reich als Sekretärin im Auswärtigen Amt. Sie lernte damals einen jungen Iraker kennen, der wegen seiner nationalistischen Haltung nach Deutschland geflohen war. Um heiraten zu können und den Rassengesetzen zu entsprechen, gab sich ihr zukünftiger Ehemann als Kurde aus. Nach Logik der Nazis galten die Kurden als indogermanisches „Arier“-Volk. Die zwei Gesinnungsgenossen hatten ihre Ideologie nie abgelegt, nannten ihren Sohn auch nach dem Ende des Nationalsozialismus mit zweitem Namen Adolf. Auch sie waren in Damaskus mit Brunner befreundet, ebenso der UNO-Major.

Als der UNO-Major bei der Verabschiedung meinem Vater, der Kurde war, die Hand reichte, zeigte auch er seine wahre Gesinnung. Er packte ihn am Arm und meinte voller Überzeugung: „Asem, bei dir sieht man, dass arisches Blut durch deine Adern fließt!“. Seitdem verzichteten meine Eltern auf solch „ehrenhaften“ Besuch.

Zum Zeitvertreib hatte Brunner Hühner gehalten und auch Hasen gezüchtet. Bekannte ließen dem Major über meine Mutter ausrichten, dass „Fischer wieder Hasen zu verkaufen hat“. Auf der anderen Seite hatte Brunner durch den Major immer wieder Bücher aus Deutschland und Österreich bestellt, vor allem Maria Treben hatte es dem Nazi angetan. Nachdem sich 1980 in einem Paket vom „Verein Freunde der Heilkräuter“ eine Briefbombe befand, die ihm die linke Hand zerfetzte, vertraute Brunner dem normalen Postweg nicht mehr und ließ die Post über seine UNO-Kontakte laufen. Denn bereits 1961 hatte er durch eine Briefbombe, die der Mossad geschickt haben soll, ein Auge verloren.

Die Verletzung am Auge muss wohl zu Komplikationen geführt haben, denn UNO-Leute haben eine Spendensammlung für einen österreichischen Rentner organisiert. Er würde dringend eine Augen-Operation in der Schweiz benötigen und hätte nicht genügend Geld dafür. Dabei kam heraus, dass die Geldsammlung für Georg Fischer war. Meine Mutter machte ihre Bekannten darauf aufmerksam, für wen sie hier eigentlich sammeln würden. Viele distanzieren sich daraufhin von der Sammelaktion.

Kurze Zeit später wurde meine Mutter vom syrischen Geheimdienst abgeholt. Der Offizier drohte ihr ganz offen: „Misch dich nicht in Sachen ein, von denen du nichts verstehst! Sonst werde ich dich vernichten!“ Dabei tat er so, als ob er mit seinem Daumen, ein Insekt auf der Tischplatte zerdrücken würde. Eingeschüchtert und in Sorge um meine Zukunft verließ sie Syrien mit mir, doch die Angst verfolgte sie auch in Deutschland noch viele Jahre.

Alois Brunner soll 2001 in Damaskus gestorben sein. Er entkam seinem Prozess, weil Syrien seinen Aufenthalt leugnete, aber auch, weil ihn Gesinnungsfreunde deckten. Damit haben sich die Mitwisser zu Mittätern gemacht.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Ein Haus für G'tt bauen

Warum die Menschen die Thora brauchen

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Wenn man an die jüdischen Feiertage denkt, ist das Schawuot-Fest in vielen Hinsichten einzigartig.

Man muss nicht wegen Gesäuertem das Haus auf den Kopf stellen wie vor Pessach, man muss keine Laubhütte bauen wie vor Sukkot.

Es gibt auch keine besonderen Gebote für Schawuot, wie das Schofar-Blasen zu Rosch Haschana oder das Fasten am Jom Kippur. Der Feiertag ist außerdem recht kurz (nur ein Tag in Israel und zwei in der Diaspora).

Nicht mal ein eigenes Datum hat dieses Fest: laut der Thora beginnt Schawuot genau 49 Tage nach dem ersten Pessach-Tag (was heutzutage auf den 6. Siwan des jüdischen Kalenders fällt).

Deshalb ist es nicht leicht in diesem Fest irgendwie große Bedeutung zu entdecken.

Als der Tempel noch stand und das jüdische Volk vorwiegend mit der Landwirtschaft beschäftigt war, hatte Schawuot noch eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung – doch jetzt ist auch dieser Faktor nicht mehr so wichtig.

Vielleicht entstanden deshalb rund um dieses Fest viele Bräuche, die uns das Feiern „schmackhafter“ machen sollen: der Käsekuchen, das Lernen während der ganzen Nacht, das Schmücken der Synagoge mit Pflanzen und Blumen und viele andere.

Auch dieses Fest hat einen tieferen Sinn

Jedoch haben unsere Weisen stets betont, dass man Schawuot nicht „auf die leichte Schulter“ nehmen sollte, dass auch dieser Feiertag eine große Bedeutung hat und viele Geheimnisse verbirgt.

Diese Geheimnisse haben uns unsere Weisen in Midraschim überliefert. Der Midrasch ist eine Art mündlicher Form der Schriftauslegung. Durch die Geschichten und die Gleichnisse haben unsere Weisen in Midraschim viele wichtige Ideen überliefert, die sonst verlorengegangen wären.

Und es gibt sehr viele Midraschim, die mit Schawuot zu tun haben. Dabei sind manche davon sehr komisch und machen bei der ersten Betrachtung nicht viel Sinn.

Deshalb lohnt es sich ein paar solcher Überlieferungen genauer zu analysieren, um zu sehen, wie hinter merkwürdigen Geschichten tiefe Gedanken verborgen sind.

Der Berg über dem Kopf

In Babylonischem Talmud im Traktat Schabbat finden wir folgende Betrachtung des Verses 19:17 („Und Mose führte das Volk aus dem Lager, G'tt entgegen, und sie stellten sich unten am Berge auf“):

„Es sprach Rabbi Avdimi bar Chama bar Chasa: ‚aus diesen Wörtern (‚Betachtit haHar‘ – unten am Berge) lernen wir, dass G'tt den Berg Sinai über das jüdische Volk gekippt hat wie eine umgedrehte Wanne, und ihnen sagte: wenn ihr meine Thora annehmt – gut! Wenn nicht – so wird hier auch euer Grab sein.“

Dieser Midrasch scheint ziemlich merkwürdig zu sein. Erstmal – wie kann es sein, dass die Juden gezwungen wurden die Thora anzunehmen? Wo ist der freie Wille? Und wie viel Wert hat so eine erzwungene „Annahme“?

Außerdem sagen unsere Weisen, dass als G'tt das jüdische Volk gefragt hat, ob



Eine Schawuot-Feier der Samariter

es die Thora annehmen möchte, habe es nichts gefragt, sondern einfach geantwortet: „naase venischma“ – „wir wollen tun und hören“.

Das klingt eher so, als ob die Juden absolut freiwillig die Thora angenommen haben. Was also möchte Rav Avdimi uns im Midrasch sagen?

Unsere Weisen bieten mehrere Erklärungen für den komischen Midrasch an.

Im „Midrasch Rabbi Tanchuma“ wird erklärt, dass unsere Vorfahren nur die Schriftliche Thora („Thora Schebich-taw“) freiwillig angenommen haben. Die Mündliche Thora („Thora schebealPe“) wollten sie nicht so gerne haben: es kostet viel Mühe sie zu lernen und es ist nicht

ständen einfach unmöglich war, „Nein“ zu sagen.

Nach dieser Erklärung gibt es überhaupt keinen Widerspruch zur Tatsache, dass die Juden dieses Geschenk G'ttes freiwillig angenommen haben. Der besagte Midrasch ist einfach eine Zustandsbeschreibung, die einen bestimmten Aspekt beleuchten soll.

Eifersüchtige Engel

Nur ein paar Zeilen bringt der Talmud einen weiteren merkwürdigen Midrasch, der sich auch mit dem Schawuot-Fest beschäftigt:

„Als Mosche in die Höhen hinaufgestiegen ist, sagten die Engel zu G'tt:

Auch diese Überlieferung hört sich fantastisch an und wirft viele Fragen auf: wozum geht's hier überhaupt? Was gab es in der Antwort von Mosche, dass die Engel sofort zugestimmt haben?

Jedoch auch hier zeigen unsere Weisen, wie in einer merkwürdigen Geschichte ein tiefer Sinn verborgen sein könnte.

Die einfachste Antwort auf diese Fragen ist, dass es auch hier um die Mündliche Thora geht. Mosche hat den Engeln gezeigt, dass die Mündliche Thora nur in dieser materiellen Welt nötig ist.

Wo soll G'tt wohnen?

Eine tiefere Antwort gibt der Ljubawitscher Rebbe: er weist darauf hin, dass unsere Weisen im Traktat „Bava Metzia“ Diskussion zwischen Mosche und den Engeln mit dem Gesetz „Bar Mitzra“ erklären.

Das „Bar Mitzra“-Gesetz besagt, dass wenn der Besitzer sein Grundstück verkaufen möchte, sein Nachbar als Erster den Anspruch hat dieses Land zu kaufen. Die Logik dahinter ist offensichtlich: für den Nachbar ist es einfach bequemer die Grundstücke nebeneinander zu haben und zu bearbeiten.

Und das war der Anspruch der Engel: „wir sind die Nachbarn von G'tt und haben Recht auf die kostbare Thora!“

Jedoch hat der „Gesetz von Bar Mitzra“ folgende Ausnahme: wenn der Nachbar auf diesem Feld säen möchte, und ein außenstehender Käufer ein Haus darauf bauen möchte, wird der Außenstehende bevorzugt.

Und das war auch die Erklärung von Mosche: ihr Engel braucht die Thora nur für spirituelle Betrachtungen. Wir, die Menschen, brauchen sie um ein Zuhause für G'tt in dieser materiellen Welt zu bauen.

Nur wenn man die Versuchungen und Herausforderungen dieser Welt hat, und trotzdem die G'ttlichen Gebote befolgt und G'ttlichen Willen erfüllt, nur dann lässt man die Schechina (die G'ttliche Präsenz) unter uns walten. Und da gab es seitens der Engel nichts mehr einzuwenden.

„Schawuot sollen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen.“

leicht sie zu behalten. Deshalb musste G'tt darauf bestehen: ohne Mündliche Thora macht die Schriftliche keinen Sinn.

Nach dieser Erklärung, also, war die „Freiwilligkeit“ des jüdischen Volkes nicht ganz komplett.

Eine andere Erklärung dieses Midrasches konzentriert sich auf die Umstände, bei denen die Thora-Übergabe stattfand.

Die Verse beschreiben dieses einmalige Ereignis folgendermaßen (2. Buch Moses 19:16,18-19): „Als nun der dritte Tag kam und es noch frühe war, erhob sich ein Donnern und Blitzen und eine dicke Wolke auf dem Berg und der Ton einer sehr starken Posaune. Da erschrak das ganze Volk, das im Lager war... Aber der ganze Berg Sinai rauchte davon, dass der HERR im Feuer auf ihn herabstieg. Und sein Rauch ging auf, wie der Rauch eines Schmelzofens, und der ganze Berg erbebte sehr. Und der Ton der Posaune ward je länger je stärker. Mose redete, und G'tt antwortete ihm mit lauter Stimme.“

Es gab also furchterregende „Spezialeffekte“: Blitze, Donner, laute Posaunentöne. Die Offenbarung von G'tt war so umwerfend, dass es unter diesen Um-

„Herrscher der Welt, was macht unter uns einer, der von einer Frau geboren ist?!“. Da sagte Er ihnen: „er ist gekommen, um die Thora zu empfangen“. Da sagten die Engel: „Das verborgene Schmuckstück, das 974 Generationen vor der Erschaffung der Welt geheim gehalten worden war, möchtest Du einem Menschen aus Fleisch und Blut geben?!“ Da sagte G'tt zu Mosche: „Antworte ihnen!“. Mosche sagte zu Ihm: „Herrscher der Welt, ich fürchte ihnen zu antworten, weil ich fürchte, dass sie mich mit Flammen aus ihren Mündern verbrennen“. Da sagte G'tt zu ihm: „halte dich an am Thron meines Ruhmes und gib ihnen die Antwort“.

Da hat Mosche Ihm gesagt: „Herrscher der Welt, Thora, die Du mir gegeben hast, was ist darin geschrieben? – „Ich bin der HERR, dein G'tt, der ich dich aus Ägypten, aus dem Diensthause, geführt habe“. Dann hat er den Engeln gesagt: „Wurden Sie vom Pharao verklavt? – Warum sollte die Thora Ihre sei?“ Und außerdem fragte Mosche die Engel bezüglich anderer Gebote: „Ist irgendwelche Arbeit bei Ihnen? Haben Sie Vater und Mutter?“ – Sofort haben die Engel G'tt zugestimmt“.

Jiddisch, bitte!

Ein Interview mit Niels Hölmer

Von Jerome Lombard

Niels, vu un ven bistu geboyrn gevorn?

Ikh bin geboyrn gevorn dem 14-tn oygust 1989 in Berlin. Mayne kindische yorn hob ikh farbrakht in Kreuzberg, in a gas vos gefint zikh teykef bay a kanal. Kreuzberg iz shoyn demolt geven a shkheynshaft mit a sakh mentshn fun ale lender. In mayn kinder-gortn hot men oft mol geredt farshidene sprachn. Tsum badoyern nisht keyn Yiddish.

Is yidish deyn mame loshn?

Neyn. Ikh hob ongehoyn zikh tsu lernen yidish mit veynike yorn tsurik, dank a profesorin mayne. Vi a bokher fun akhtsen yor bin ikh avek fun Berlin keyn Israel. Dortn hob ikh gearbet vi a frayviliker un zikh bakent mit etlekhe sheyres-hapleyte. Dos zaynen geven zeyer rivedike bagegenishn. Ikh bin geven shtork baayndrukt fun aza koyekh nafshi un zeyere freylikhkeyt. Ikh gedenk zikh bazundersh eyn (lady) voz hot nisht gekent kayn daytsh un kimat keyn english. Dos is geven dos ershte mol, az ikh hob gedarf ren yidish. In mayn universitet hob ikh dan bashlosn zikh tsu lernen yidische sprach, geshikhte, kultur un literatur.

Vos arbetstu?

Ikh arbet vi an akademisher asistent bay der fundatsye Topographie des Terrors, a groys institutsye in mitn Berlin, vos dokumentirt di retsikhische melukhshaft fun Natsi-Daytshland. Shpetsiel arbet ikh baym opteyl in Berlin-Schöneweide vos forsht oys di getsvungene arbet. Mir hobn do an arkhev, a biblyotek, tsenter far bildung un tsvey oysshtelung. Eyne vegn arbet unter di natsi melukhshaft bekhial un eyne vegn di italienische plenikes.

Vos is geven deyn ersht yidish bukh?

Ikh meyn dos ershte bukh vos ikh hob geleynt ingantsn oyf yidish iz geven Yisroel Rabons Di Gas. Ikh hob dos bukh zeyer lib tsulib Rabons bildleke sprach. Er hot a groys yekhoyley tsu bashraybn ales azoy az der leyener maynt me gefint zikh inmitn fun der mayse. Di Gas iz a

zeyer gut bukh far ale vos vilt farstheyn mer vegn yidishn lebn in di tsvantsiker yorn in Lodzh.

Redn a sakh mentshn in Isroel yidish in di hayntike zeytn?

Me iz meshayer az biz tsu a fertl milyon mentshn in Isroel kenen Yidish redn. Andere kheshboynes vayzn oys az es zaynen veniker vos redn yidish in der heym. Di merheynt fun di voz redn yidish vi togteglekh shprakh zaynen frume Yidn, ober s'iz nisht poshet tsu barekhn akurate tsoln. Ikh meyn, andersht vi me hot lange gehalten, yidish iz haynt a vaksndike sprach, oykh in Isroel. Lebn di voz redn yidish fun der heym hot me mer un mer yunge yidish-redners voz lernen zikh yidish in der universitet oder in sprachkursn.

Yidish is di sprach fun yidn in a sakh lender. Yidish varaynikt yidn fun alle lender. Aber far vos is yidish nisht gevorn di ofitsiele sprach fun Medinat-Isroel?

Dos iz a komplisirt inyen. Avade es zaynen do geven a sakh shtimen vos hobn gefodert as yidish darf zayn di ofitsiele sprach fun der nayer medine. Dos zaynen geven shpetsiel frume yidn un oykh sheyres-hapleyte vos hobn geredt yidish in der alter heym. Yidish is geven di sprach vos di merhayt fun ale yidn hot geredt eyder 1948, di sprach fun di yidische masn. Ober tsurikgeredt a sakh veltleke yidn, tsiyenistn un der alter yishev (di vos zaynen geboyrn gevorn in palestine) hobn gekemft far loshn-koydesh vi di ofitsiele sprach fun medinat-Isroel. Me hot gehalten as yidish volt geven di sprach fun fargangenhayt, fun shvakhkayt un funem khurbn. Bazundersh di tsiyenistn hobn gevolt shafn a nayan mentsh, vos iz in gantsn nisht gheert tsu di fargangene tsaytn fun goles ober darf zayn shtark un kenferish azoy vi di yidn geboyrn in der toyre.

Vu leben s'rov geboyrne redners fun yidish?

S'rov geboyrne redners fun yidish leben in der hayntiker tsayt in di tsender fun frumer yidishkayt. Ober es zaynen faran oykh mer un mer veltleke, shpetsiel yunge, mentshn vos lernen zikh yidish. Tsum erev funem khurbn es zaynen do geven arum elfmilyon mentshn vos



Niels Hölmer

hobn geredt yidish oyf der gantser velt. Haynt lebt s'rov fun di vos redn yidish vi a mame-loshn in Isroel un di Fareynikte Shtotn. Ober es zaynen faran yidish redners kimat oyf der gantser velt. Keners fun yidische sprach un kultur zaynen mesahyer az mer vi a milyon mentshn redn haynt yidish. Me ken hofn az es veln zayn afle mer in der tsukunft.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de abonnieren.